

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Breis ... Einzelne Nummer 5 Pf.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Freitag, den 18. Februar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Erzerum in den Händen der Russen.

Erzerum von den Russen genommen?

London, 17. Februar. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg vom 16. Februar: Erzerum ist eingenommen.

Aus der Praxis des Rohstoffbezuges.

Von Dito Sue.

Seiner Besprechung des „Buches der 16“ („Vorwärts“ vom 15. Dezember 1915, erste Beilage) hat der Genosse Dr. Gustav Casteln noch zwei Leitartikel über dasselbe Thema folgen lassen.

Casteln hat besonderen Anstoß an folgenden Satz in meiner Abhandlung genommen:

Selbstverständlich ist eine Industrie in der Regel am günstigsten gestellt, die ihren Bedarf an Rohstoffen und Halbfertigen kann im reichlichsten Maße aus dem Inlande decken.

Hierzu schreibt Casteln („Vorwärts“ vom 15. Dezember 1915), das sei „keineswegs“ ... selbstverständlich und führt dann Lehrbeispiele aus dem Gebiete an.

... Sie bewegen sich oft in sehr lustigen Höhen theoretischer Abstraktion, freilich meist ohne sich dessen bewußt zu werden.

Somit wären wir armen Kaiserlich glücklich als bewußtlose Nachplapperer der bürgerlichen Presse stigmatisiert.

Liebenswertig ist diese Kritik nicht; aber der Buchbesprecher hat auch nicht die Verpflichtung, liebenswertig zu sein.

Sin und her habe ich gesonnen, warum Casteln die Wichtigkeit des eben zitierten Satzes „keineswegs“ zugibt.

Diese Artikel des Genossen Sue sowie die Erwiderung des Genossen Casteln sind uns schon vor einiger Zeit zugegangen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 17. Februar 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung. Bei den Aufräumarbeiten in der neuen Stellung bei Oberfert wurden noch acht französische Minenwerfer gefunden.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teile der Front lebhaftere Artillerietätigkeit.

Unsere Flieger griffen Dünaburg und die Bahnanlagen von Wilejka an.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 17. Februar. (W. T. B.) Amtlich wird veröffentlicht: Russischer Kriegsschauplatz.

Nächtliche Fliegerangriffe gegen unsere Front an der Strypa verliefen ergebnislos.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das italienische Geschützfeuer war gestern vornehmlich gegen Ortshäfen im Ceresial, im Rombon-Gebiet und die Brückenköpfe von Tolmein und Görz gerichtet.

Bei Pola hielten die Abwehrbatterien des äußeren Kriegshafensviertels ein italienisches Flugzeug herab. Pilot und Beobachter wurden gefangen genommen.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Bedarf an solchen metallischen Roh- und Halbrohstoffen (Kupfer, Mangan, Zinn usw.), die wir vom Auslande beziehen müssen, decken könnten.

Warum nur greift Casteln ausgerechnet den Satz an: eine Industrie stehe sich am besten, wenn sie ihre nötigen Rohstoffe und Halbrohstoffe ausreichend „im Inlande“ besitze?

Könnte mich Casteln vielleicht mißverstehen? Vielleicht hätte ich mich korrekter ausgedrückt, wenn ich schrieb: die Produktionsbedingungen einer Industrie seien am günstigsten, wenn sie in der Lage sei, sich ihre Roh- und Halbrohstoffe in ausreichendem Maße zu erschwinglichen Selbstkosten aus nicht zu entfernt gelegenen Gewinnungsbezirken zu verschaffen.

Warum nur greift Casteln ausgerechnet den Satz an: eine Industrie stehe sich am besten, wenn sie ihre nötigen Rohstoffe und Halbrohstoffe ausreichend „im Inlande“ besitze?

gebietes wirtschaftspolitisch tatsächlich treffen. Die Wahl des Wortes „Inland“ hatte also auch einen bestimmten politischen Zweck, und daß gerade ein Sozialist diesen Zweck verkennt, ist erstaunlich.

Die zu behandelnden Wirtschaftspragen sind so mannigfaltig und umfassend, daß meine Darstellung nur sehr komprimiert gehalten werden konnte.

Eine solche Ausnahme von der Regel ist, wenn man will, z. B. das Kraftwerk bei Stettin. Es ist basiert auf schwedischen Erzbezug und wenigstens in den ersten Jahren völlig auf englische Kohlenlieferungen, deckt also seine wichtigsten Rohstoffe nicht im Inlande, erzielt aber doch hohe Ueberschüsse.

Uebrigens habe ich meinen von Casteln angefochtenen Vordersatz nach wirtschaftsgeographischen und technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten hin erläutert.

Entscheidend für den Wert der Erze ist natürlich ihr Metallgehalt. Wenn aber die Erze nahe genügenden Rohstoffkosten vorkommen und namentlich wenn die Gewinnungskosten relativ gering sind, dann können auch geringhaltige Erze profitabel verhüttet werden.

Weiter legte ich dar, daß nicht schlechtere Kohlen, sondern A o l s kohlen für die Verhüttungsindustrie nötig sind, und daß ferner durch moderne Anreicherungs- oder Bräunungsverfahren sonst minderwertige Erze brauchbar, auch durch das wahrscheinlich noch sehr entwicklungsfähige elektrolitische Verfahren geringhaltige Erze nutzbar werden können.

Auch bei diesen Erläuterungen hatte ich Lehrbeispiele vor Augen, z. B. die Eisenerz-Hütte. Sie liegt relativ weitab von den A o l s kohlenbezirken und verhüttet Erz von im Mittel nur 80 Prozent Eisengehalt.

Castelns Ausführungen („Vorwärts“ vom 1. 2. 16) über die infolge der Kriegereignisse eingetretene Erschwerung der Rohstoffbedarfsdeckung z. B. Frankreichs (Erze und Kohlen)

find erst recht abwegig. Meine Untersuchungen, der Ausgangspunkt der Eisenstein Kritik, beziehen sich auf die montan-industrielle Wirtschaft vor dem Kriege, und ich muß schon bitten, das Streitobjekt nicht zu verschieben. Folgt man indessen den neuen Einwendungen Eisensteins, so stellt es sich heraus, daß er sich auf die „Landesgrenzen“ versteht, um dann mit einem erlaunlichen Schimpf die „Landesgrenzen“ mit den gegenwärtigen Schlingengrabenlinien gleichzustellen. Sodann ruft er siegreich aus: „Was nützen jetzt Frankreich seine nördlichen reichen Kohlenlager und seine ebendort platzierte Textilindustrie?“ Ja, sie nützen ihm gegenwärtig nichts, weil diese Gebiete von dem französischen Inlande abgeschnitten sind! Nunmehr ist Frankreich auf außerordentliche, teure Kohlen-, Eisen- und Textilwareneinfuhr aus dem Auslande (England) angewiesen. Das eben belastet Frankreich ungeheuer — und die in der Tat lustigere Theorie Eisensteins: ob ein Roh- oder Halbstoff „im eigenen Lande oder im Auslande gewonnen wird, ist ökonomisch gleichgültig!“ erscheint in ihrer vollen abgrundtiefen Weisheit. Diesen Eisensteins Lapidarjah werde ich noch eigens beleuchten; jetzt will ich nur noch ein klassisches Schulbeispiel für die Eisensteinsche ökonomische Wissenschaft anführen.

Italien*) hat nur eine eigene Kohlenförderung von rund 700 000 Tonnen jährlich; es muß etwa 10 Millionen Tonnen (meist britische) importieren. Seine jährliche Eisen-erzförderung beläuft sich auf nur rund 600 000 (meist albanische) Tonnen; es führte für seine relativ ausgebreitete Hütten-, Eisen- und Stahlindustrie wenig Erze, meist Altmaterial, Roheisen und Halbzeug ein. Hier hätten wir mithin eine nationale Industrie, die sich in der Hauptsache nur durch den Import von Roh- und Halbstoffen hinaufgearbeitet hat. Das wäre schon mal ein Schulbeispiel für Eisensteins. Indessen, was sehen wir jetzt? England liefert nur noch einen Teil seines früheren Kohlenexports an Italien, dazu zu Phantasiepreisen; der Import von Roheisen, Halbzeug und Altmaterial aus Deutschland ist ganz, der aus Großbritannien größtenteils fortgefallen; Frankreich kann gar nicht ausbilden. Nun stellt sich auch für den Vain heraus, was Italiens Eisen- und Stahlindustrie fehlt: ausreichende inländische Rohstoffquellen! Und zwar ist dieser Mangel so dringend geworden, daß der Ministerpräsident Salandra dieser Tage in Genua unzweideutig die voraussichtliche völlige Erschöpfung Italiens ankündigt, wenn die Zufuhr von Rohstoffen sich nicht bessert. Was hilft es nun Italien, daß in den ausländischen Territorien Kohle und Erze in Ueberfluß vorhanden sind? Es braucht einmal ein Krieg zu sein, schon ein Ausfuhrverbot oder -einschränkung, schon eine exorbitante Preisstellung der für Italiens Eisen- und Stahlindustrie schlechtweg unentbehrlichen ausländischen Roh- und Halbstoffe würde die heimischen Selbstkosten so steigern, daß die Verarbeitungsindustrie einfach nicht mehr lebensfähig wäre.

Verteidigungsmaßnahmen der Alliierten bei Saloniki.

Athen, 16. Februar. (Z. U.) Die Zeitung „Embros“ meldet: Die englisch-französische Flotte, aus 15 großen Einheiten bestehend, ist bei Weichinar verankert, die Geschütze gegen Topzin gerichtet. Weiter draußen ankern die Torpedozerstörer sowie Torpedobote und ganz draußen die Hospitaltschiffe. Unweit des kleinen Karaburun hält ein alter französischer Kreuzer, der mit seinen Abwehrkanonen gegen Flugzeuge den französischen Flugplatz des kleinen Karaburun beschießt. Vom Kap des großen Karaburun bis zum jenseitigen Ufer der Kynosmündung in einer Länge von ungefähr 6 Kilometer dehnen sich lange Reihen von Drahtgesehten, deren Enden von den darauffolgenden immer 400 Meter entfernt sind, während die dritte

*) Nebenbei: Kürzlich wurde aus Italien (über die Schweiz) gemeldet, infolge des Kohlenmangels begm, der ungeheuerlichen Kohlenpreise hätten die . . . Schwefelgruben den Betrieb eingestellt, „etwa 100 000 Arbeiter feierten“. In der ganzen italienischen Schwefelgrubenindustrie sind noch keine 18 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt (1912: 17 226), im Hauptdistrikt Caltanissetta nur 7643. Rechnen wir die nächstverwandte chemische Industrie hinzu: hier betrug 1912 die Zahl der beschäftigten Arbeiter 11 798. Wo sollen die „etwa 100 000 feiernden Arbeiter“ herkommen?

Aus dem Winterkrieg im Felsengebirge.

Die Erstürmung des Bjelos.

Von Hugo Schulz, Wien.

8. Februar 1916.

Gleichzeitig mit den Kämpfen um den Lomcen drang von der Arvidocia aus die hauptsächlich aus Landsturmtruppen bestehende Brigade 3. in das Hochland von Grahovo ein. Den Weg dahin erschloß sie sich durch Erstürmung des Bjelos-Rückens. Das spricht sich ganz leicht aus, aber die physische und moralische Leistung, die da von unseren alten Landstürmern vollbracht werden mußte, grenzt an das Uebermenschliche; in früheren Epochen der Kriegsgeschichte hätte man kaum gewagt, sie den ersten Gardebrigaden zuzumuten. Was das heißt, Mitte Januar Bjelos zu erstürmen, darüber mag folgende Darstellung Aufschluß geben, die einen Auszug aus dem im Auftrag seines Kommandos verfaßten Aufzeichnungen des Wiener Reserveoberleutnants E. bildet.

Der Bjelos, mit der größten Erhebung, 1187 Meter, um 540 Meter niedriger als der Lomcen, ist der höchste Teil jenes von Nord nach Süd reichenden Höhenkamms, der das Dragali-Boden östlich abschließt und die auf montenegrinischer Seite liegende Grahovo-Ebene im Süden umfaßt und beherrscht. Mit der Einnahme dieser Höhen ist auch zugleich die Beherrschung der durch die Grahovo-Ebene führenden, für den Nachschub so überaus wichtigen Straße nach Niksic verbürgt. Diese Höhen galt es zu besetzen, die Aufmerksamkeit des Gegners auf sich zu ziehen und möglichst viele feindliche Kräfte zu binden. Zur Lösung dieser Aufgabe war vom Korps I. die aus deutschen, ungarischen und tschechischen Bataillonen gebildete Brigade des Obersten v. P. auszuheben. Aus dem Flachland stammend, mit dem Bergsteigen nicht vertraut, wurde die Brigade aus der frühlingswarmen, sonnigen Woche in Ruhmärschen nach dem 1000 Meter hohen rauhen, winterkalten Erboice gesendet und von dort am Abend vor dem Angriff verdeckt, vom Feinde unentdeckt in jene Räume gebracht, von wo aus der Angriff erfolgen sollte. Bei einbrechender Dunkelheit wurde der Vormarsch angetreten. Aller am Vordrücken in diesem unwegsamen Gelände hindernde Ballast wurde zurückgelassen, nur Gewehr, reichliche Munition, Reserveverpflegung, Helmbüchse und Wolldecke mitgenommen. Dann ging es schweigend hinaus in die sternklare Nacht. Schlag Mitternacht begann der Aufzug der zum Angriff bestimmten drei Bataillone. Es galt, die gegnerischen Bataillone zu überrumpeln und so den Westrand des Bjelosplateaus zu gewinnen. Das Schwebewort mit Heben umwunden, die Kältung festgebunden, um jedes verräterische Geräusch zu vermeiden, kletterten die Truppen mit fieberhafter Spannung in breiter schütterer Front lautlos die zerklüfteten Gänge hinan. Es ist die schwierigste Karstbildung, die unsere waderen Landstürmer hier zu

Reihe stromisch nahe an die mittlere heranreicht. Hinter einer kleinen Licht, welche durch das Vorspringen des großen Karaburun-Kaps gebildet wird, hält ein gepanzerter Kreuzer der Alliierten ständig Wache. Der zur Durchfahrt frei gelassene Raum in den Drahtlinien beträgt 100 Meter. Zwischen den mittleren, leeren Räumen der drei Linien bewegen sich ständig mit Schnellfeuergechützen ausgerüstete Schlepper. Vom Agios bis zum Alkalmas wachen ein englischer und ein französischer Torpedozerstörer. Südlicher, gegen Kefaterine zu, hält gleichfalls ein äußerst schneller Torpedozerstörer Wache. Von Karaburun bis Zagefi erstreckt sich in drei bis vier Kilometer Abstand eine Kette von bewaffneten Schlepsschiffen. Alle diese Maßnahmen vermöchten ein deutsches Unterseeboot an der Besetzung des feindlichen Transportdampfers zwischen Kefaterine und Karaburun nicht zu verhindern.

Französische Lastautomobile für die griechische Heeresleitung.

Paris, 16. Februar. (B. L. U.) Der französische Generalkommandant hat dem „Journal“ zufolge der griechischen Intendantur Lastautomobile zur Verfügung gestellt, um die Verpflegung der Truppen im Gebiete von Seres zu sichern.

Skuludis über die Besetzung Korfu.

Athen, 17. Februar. (B. L. U.) (Meldung der Agence Havas.) In der Kammer erzielte Skuludis dem Depu-tierten von Korfu Sokki, welcher gegen die Anwesenheit der alliierten Truppen auf Korfu Einspruch erhob, folgende Antwort: Es ist nicht wahr, daß die hellenische Regierung der Landung der Italiener auf Korfu zugestimmt habe. Wir haben protestiert. Wir besitzen eine amtliche Erklärung, daß die Integrität des Staates respektiert werden wird, denn sobald der Grund, welcher die Anwesenheit der alliierten Truppen auf Korfu herbeiführt, verschwunden sein wird, wird die Insel Griechenland zurückgegeben werden. Ich kann nicht nur die von Sokki betref- fende Korfu geäußerten Befürchtungen, sondern auch die der Kammer und der ganzen Nation beschwichtigend. (Beifall.) Die militärische Streitkraft, welche Italien nach Korfu senden wird, wird 50 Carabinieri, die die Mitwirkung Italiens an dem Unternehmen der Entente darstellen sollen, nicht überschreiten. Italien erklärt in Gemäßheit und im Sinne der Note der vier Alliierten vom 10. Januar, in der die Absicht der Ueberführung serbischer Truppen nach Korfu angekündigt wird, daß es gleichfalls Soldaten zur Begleitung der nach Korfu zu sendenden montenegrinischen Truppen schicken werde. Die hellenische Regierung hat dagegen Einspruch erhoben. Gestern wurde die Regierung verständigt, daß am Tage vorher 20 Carabinieri mit einem Offizier, einem ehemaligen Militärvatande der italienischen Gesandtschaft in Athen, in Korfu gelandet sind. Ich weiß nicht, ob die Zahl der Carabinieri 50 betragen wird — die Ziffer, welcher die italienische Regierung zugestimmt hat. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Zahl der Carabinieri auf 20 beschränkt bleiben wird, aber ich kann es nicht behaupten. Ich wiederhole, daß die Versicherungen, welche die alliierten Mächte gegeben haben, sehr klar und sehr kategorisch sind: sie betreffen, daß, sobald der Grund, welcher die Anwesenheit der Alliierten auf Korfu rechtfertigt, verschwunden sein wird, diese insgesamt und gleichzeitig die Insel verlassen werden.

Die Friedensverhandlungen mit Montenegro.

Wien, 17. Februar. (B. L. U.) (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Am 2. d. M. sprach der montenegrinische Bevollmächtigte Minister Jovo Popovic in Begleitung des Generalsekretärs im montenegrinischen Ministerium des Aeußern Ramadanovic bei dem Vertreter des K. u. K. Ministeriums des Aeußern in Cetinje mit der Bitte vor, er möchte einen vom montenegrinischen Ministerpräsidenten ad interim dem Justizminister Markow-Radolovic gezeichneten Vortrag an König Nikolaus zur weiteren Beförderung übernehmen. In dem erwähnten Schriftstück boten die montenegrinischen Minister den König unter Berufung darauf, daß unsere Delegierten zur Stelle seien, um die vom König selbst erbetteten Friedensverhandlungen zu beginnen, seine Unterhändler unberühlich zu ernennen und sie bevollmächtigen zu wollen. Da die montenegrinischen Minister tatsächlich keine Möglichkeit besäßen, mit dem in Frankreich weilenden König in Verbindung zu treten, so übernahm die K. u. K. Regierung, nachdem sie sich der Vermittlung der königlich spanischen Regierung versichert hatte, den montenegrinischen Vortrag

überwinden hatten. Kein Weg, kein Steg führt über die spitzkantigen und messerscharfen Steine. Diese enge Spalten durchfurchen das Gestein nach allen Richtungen und bilden natürliche Wolfgruben. Nichtachtend dieser furchtbaren Hindernisse, mit zerrissenen Kleidern, zerschneittenen Händen und wunden Füßen gingen sie unermüdlich weiter, ein Ziel vor Augen: die Höhe zu erreichen. Unter den klammenden Füßen löste sich mancher Stein und rollte in die Tiefe; dann stochte die Bewegung einen Augenblick, alles hielt bekommen den Atem an und lauschte angestrengt in die stille Nacht, ob das polternde Geräusch nicht die Aufmerksamkeit des Gegners geweckt habe. Nichts war zu hören, und so ging es weiter, und am frühen Morgen des 8. Januar gelang es unseren Truppen, den besetzten, jedoch nur durch schwache Feldwachen besetzten Westrand des Plateaus durch Ueberausung in Besitz zu nehmen. Wohl wurden sie mehrfach von heftigem Feuer empfangen, wohl prasselten vorbereitete Steinlawinen auf sie herab und rissen manchen von ihnen mit in die Tiefe, aber mit Todesberachtung ging es weiter. Es war ein unaufhaltsamer Drang nach vorwärts, der alle besetzte. Deutsche, Tschechen, Ungarn hielten sich alle wacker. Ihre Leistungen wuchsen mit der Schwierigkeit ihrer Aufgabe. Grauhäarige Männer, die die Berge nur vom Hörensagen gekannt hatten, wiesen hier Kletterleistungen auf, die an das Unfassbare grenzen. Wäre diese Ueberausung nicht geblüht, so wären unsere Truppen trotz aller Tapferkeit schwerlich Herren des Bjelos geworden. Darin ihrer doch in sicherer Stellung auf beständigster Höhe, geschäft und gedacht, zwei geländevertraute feindliche Bataillone mit zwei Gebirgsgeschützen und vier Maschinen-gechützen. Relativ eine bedeutende Uebermacht gegenüber den schwachen Bataillonen, die den Angriff von unten die grauenhafte Höhe hinan und über die ununterbrochene Kette natürlicher Hindernisse, welche das Bjelosplateau bildet, vorzuziehen mußten.

Der herrlichen Nacht folgte ein ebenso schöner Morgen, und die strahlende Sonne beleuchtete ein Felsenpanorama von so wunderbarer Schönheit, daß man für Augenblicke vergessen konnte, in welchem schrecklichen Gegenfug dieses Bild des Friedens zur Wirklichkeit stand. Doch zu Betrachtungen war keine Zeit. Mit der Erringung des Westrandes war die Aufgabe noch nicht beendet. Nun hieß es, den beherrschenden, zugleich auch taktisch wichtigsten Oststrand erreichen. Es entstand ein dreitägiges schweres Ringen. Unter unsäglichen Mühen kamen die Truppen unter der Feuerwirkung des hinter Steinblöcken gut gedeckten, völlig unsichtbaren Gegners nur langsam, auf allen vieren kriechend, vorwärts. Als wir diesen schwarzen Karst zum erstenmal erblickten, konnten wir unseren Augen kaum trauen. Trichter an Trichter, Steilwände bis zu 20 Meter Tiefe, zerrissenes, Kesselgestaltiges Gestein, kurzum ein Gelände, das Gott in seinem ärgsten Horn erschaffen hat.

Dem gegnerischen Feuer, dem entsetzlichen Gelände, das die Herstellung künstlicher Hindernisse überflüssig gemacht hatte, stellte sich gegen Abend ein dritter Gegner. Schon mittags hatte

und übermittelte ihn der königlich spanischen Botschaft am Wiener Hofe mit dem Ersuchen um Weiterleitung. Auf eine diesbezügliche Anfrage der königlich spanischen Regierung wurde dieser eröffnet, daß die K. u. K. Regierung nichts dagegen habe, daß die französische Regierung, in deren Bereich sich König Nikolaus befindet, von dem Inhalt der für ihn bestimmten Mitteilung Kenntnis erhalte. Vom König ist bisher keinerlei Antwort eingelangt.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 17. Februar. (B. L. U.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Aus der Nacht ist kein wichtiges Ereignis zu melden. In der Champagne eroberten wir durch einen Handgranatenangriff einige Laufgräben östlich der Straße Tahure—Sommeville zurück.

Paris, 17. Februar. (B. L. U.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Im Artois liegen wir an der Straße nach Lille eine Duettschmine springen, die die Minenarbeiten des Feindes zerstörte. Unsere Artillerie feuerte auf Probiantzüge nördlich von Truchy-Bal östlich der Duse und in der Gegend von Berry-au-Bac (Aisne). Südöstlich von St. Mihiel wurden die feindlichen Anlagen im Walde von Apremont beschossen. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Belgischer Bericht: An der belgischen Front verlief der Tag ruhig.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 17. Februar. (B. L. U.) Amtlicher Kriegsbericht vom Mittwoch:

Im Gebiete von Tolana (Gochboite) beschossen unsere Batterien mit sichtsicher Wirkung feindliche Truppenabteilungen und Maschinen-gechützstellungen. Im Seebachtal (Gailitz) rief die Tätigkeit unserer Abteilungen lebhaft Unruhe in den feindlichen Linien hervor. Im Gebiete von Rombo (Bezirk von Plitsch) versuchte der Feind gestern früh einen neuen Angriff gegen unsere Stellungen, wurde aber sofort abgewiesen. Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf die wohnbe Orte in der Ebene zwischen Ratisone und Fionzo. Keine Opfer, Schaden unbedeutend.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 17. Februar. (B. L. U.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront wurden ein feindlicher Monitor, der sich der Mündung von Man-Dere nähern wollte, und ein Kreuzer, der auf die Höhe von Kara Tepe kam, durch das Feuer unserer Artillerie gezwungen, sich zu entfernen.

Von den übrigen Kriegsschauplätzen ist nichts zu melden.

Die „Lusitania“-Verhandlungen.

Washington, 17. Februar. (B. L. U.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Graf Bernstorff hat gestern Anfang das letzte Konzept der definitiven Note Deutschlands über die Lusitaniafrage übergeben. Darin sind Änderungen des Textes enthalten, die von der amerikanischen Regierung vorgeschlagen wurden, und eine Abänderung der deutschen Regierung.

Amerikas Stellung zur Denkschrift des Reichsmarineamts.

Amsterdam, 17. Februar. (B. L. U.) Ein hiesiges Blatt gibt folgende Meldung des Washingtoner Korrespondenten der Zeitung „Times“ wieder: Wie zu erwarten war, weigert sich die Regierung der Vereinigten Staaten, Deutschlands Plan, bewaffnete Handelschiffe ohne Warnung zu versenken, gutzuheißen. Nach der gestrigen Beratung des Kabinetts wurde inoffiziell folgender Beschluß veröffentlicht: Obwohl die Regierung der Ansicht bleibt, daß Handelschiffe nicht bewaffnet werden sollen, wie in der inoffiziellen Aufzeichnung an die Alliierten gesagt wurde, sieht die Regierung ein, daß es unmöglich ist, ein internationales Gesetz ohne die Zustimmung aller Kriegführenden abzuändern. Man erwartete, daß Washington nicht von vornherein gegen die Pläne der Mittelmächte protestieren, sondern erst die Ereignisse abwarten würde.

sich der bis dahin klare Himmel bewölkt und in den ersten Abendstunden ging ein schweres Gewitter nieder, das die ganze Nacht anhielt. Bliz auf Bliz durchschneit das Gewölck und unaufhörlich rollte der Donner. Bis auf die Haut durchnäßt hielten die Truppen in ihren Stellungen aus. 21 Geschütze mittleren und kleineren Kalibers unterführten die Infanterie in ihrem schweren Ringen, waren aber durch die Ungunst des Wetters vielfach gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen. Die letzten Reserven wurden eingesetzt, um auf dem Plateau Raum zu gewinnen. Da stellten sich neue Hindernisse ein, die Mut und Ausdauer der bereits schwer mitgenommenen Truppen auf die härteste Probe stellten. Eine eilige Wora erhob sich und machte die nach dem Vortag nassen Kleider gefrieren, ein Schneesturm machte jedes Vordringen unmöglich. Dicht und immer dichter fielen die Flocken in tollem Tanze und deckten alles Lebende zu. Ueber das zerklüftete Gestein breitete sich eine einzige trügerische Decke und jeder Schritt konnte ein Fehltritt sein. Schwer arbeiteten sich die Leute aus dem Schnee, um nicht unter ihm begraben zu werden. Ohne Dach weit und breit, unter dem man hätte Schutz finden können; ohne Möglichkeit, auf den unformhertzigen harten Steinen ein Zelt zu errichten, lagten die Truppen nach warmer Kost, die ihre erparnten Kleider neu beleben, ihre gefuntenen Kräfte heben sollte. Sie hatten vergeblich; denn vergeblich mühten sich die Tragierte, die mit heiserer Liebe gefüllten Rockfisten den Truppen zuzuführen; elementare Gewalt hinderte sie daran. Vergeblich versuchten auch die Trägerkolonnen, dem Wetter Trotz zu bieten; Schneemassen umkammerten ihre Füße und schlugen ihnen ins Gesicht, eisiger Wind benahm ihnen den Atem. Immer wieder wurden die Verwunde erneuert mit dem Rute der Verzweiflung, immer wieder mußte der ungleiche Kampf gegen die entsetzlichen Elemente aufgegeben werden, bis der Himmel endlich ein Einsehen hatte und sich der Schneesturm allmählich legte. Nun setzte eine Tätigkeit ein, die geradezu rührend war. Ein einziges Gefühl besaßte alle, die dazu berufen waren, das notgedrungen Verfümmte nachzuholen, der glühende Drang, denen zu helfen, die der Erschöpfung nahe waren. Gebirgsjaren, Tragtiere und Träger schafften alles herbei, was den Truppen notat: große Mengen heißen Tees, kräftige Sonne, frisches Fleisch, Brennmaterial und wärmende Decken. Aber schon hatte die Wetterunbill Opfer gefordert. Doch angespornt von ihren Offizieren, nahmen die erschöpften Truppen ihre letzten Kräfte zusammen, und wieder ging es vorwärts. Mühsam, langsam, aber dennoch vorwärts, aufwärts, bis am 10. Januar um 1/4 Uhr nachmittags die erste Gruppe die beherrschende Höhe des Ost- randes nahm, dadurch die ganze feindliche Stellung aufrollte und den Gegner zum schleunigen Rückzuge zwang. Dell loberte am Abend eine einzige Kette zahlloser wärmender Lagerfeuer den ganzen Höhenkamm entlang und hell loberte auch der Jubel, als gleich darauf die Freudenraketen auf den Höhen des Lomcen zum Himmel stiegen.

Die Feldzüge im Orient.

Von Richard Wädle.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die kriegerischen Unternehmungen im Osten von Saloniki bis Erzerum und Bagdad in einem inneren strategischen Zusammenhang stehen und schließlich auch eine größere Bedeutung im Rahmen des ganzen Krieges beanspruchen dürfen, als wir ihnen im allgemeinen zuerkennen. Sie stellen einen umfassenden Versuch unserer Gegner dar, uns die Erfolge wieder zu entreißen, die wir durch die Niederwerfung Serbiens und Montenegro, durch die Öffnung der Bahn nach Konstantinopel und durch das Scheitern der englisch-französischen Offensive auf Gallipoli gewonnen hatten. Die Landung bei Saloniki sollte und die Beherrschung des Balkans streitig machen, Griechenland und Rumänien in den Krieg hineinziehen, ein russisches Heer von Norden her über die Donau ziehen, die Italiener zum Eingreifen in Albanien veranlassen und so mit einer gewaltigen neuen Anstrengung das bewerkstelligen, was die Landung bei den Dardanellen vergeblich angestrebt hatte: die Niederhaltung Bulgariens, die erneute und gründliche Trennung der Türkei von den Mittelmächten, ihre Abtötung zu einem der Unterwerfung gleichen Sonderfrieden, die Öffnung des Bosporus und der Dardanellen für den Vierverbund.

Die Unternehmungen in Asien gegen die Nord-, die Ost- und die Südgrenze des osmanischen Reiches, zu der nicht unerhebliche Truppenmassen angezogen wurden, sollte jene Aufgabe unterstützen, die Kräfte der Türkei teilen, ihnen ein starkes Eingreifen auf dem Balkan und gegen den Suezkanal verwehren und den Augen der Bagdadbahn für uns verringern oder ganz aufheben, indem nicht nur die Küste des persischen Golfes und ganz Mesopotamien in die Hand der Engländer gebracht, sondern auch Persien zwischen ihnen und Rußland aufgeteilt, Armenien aber von letzterem erobert wurde. Die Bagdadbahn wäre so zu einer Seelstraße geworden, während mittelbar auch die englische Herrschaft über den Suezkanal gestützt wurde und damit die Kontrolle des zweiten Weges nach dem fernen Osten.

Der Plan war weitestgehend angelegt, seine Durchführung in aller Stille gründlich vorbereitet, und er war nicht ohne jede Aussicht auf Erfolg. Glücklicherweise wurden unsere Gegner auch diesmal wieder durch etwas gebremst, was uns im ganzen bisherigen Verlauf des Krieges zugute gekommen ist: die Langsamkeit der Ausführung und die niemals völlige Uebereinstimmung ihrer Operationen zu einer einheitsvollen Bewegung nach Zeit und Raum. Wo zu dann noch die Mißerfolge ihrer Diplomatie traten, die in ihrer Wirkung großen militärischen Niederlagen gleichkamen.

Trotz aller großen Worte kam die Heranführung nennenswerter Kräfte nach Saloniki nur sehr langsam in Gang. Die Vierverbandszeitungen haben monatlang die Zahl der bereits verfügbaren Truppen mahlos übertrieben. Ende November und Anfang Dezember hielten sich die französisch-englischen Truppen schwere Niederlagen am Warden gegen die Bulgaren und mühten sich schließendlich auf griechisches Gebiet zurückzuziehen. Sie haben es wohl mehr politischen als militärischen Gründen zu danken, wenn sie hier bis zur Stunde unbehelligt blieben und sich im Laufe von zwei Monaten allmählich verstärken konnten. Zur Wiederaufnahme der Offensive sind sie noch nicht gelangt; ob die Ueberschreitung des Warden in westlicher Richtung am 10. Februar im Angriffssinn zu deuten ist oder nur eine Plankensicherung ihrer Verteidigungsfront um Saloniki sein soll, ist noch nicht zu übersehen. Mit dieser verunglückten Unternehmung zugleich fiel aber auch die Teilnahme Griechenlands und Rumaniens am Kriege, türkische Kräfte wurden frei für andere Kriegsschauplätze; besonders als am 19. Dezember und 8. Januar auch die Gallipoli-Halbinsel geräumt wurde.

Inzwischen waren nun freilich englische Kräfte, die auf mehrere Divisionen zu schätzen sind, unter General Townshend siegreich von Bassora über Korna am Tigris entlang gegen Bagdad vorgedrungen. Die ihnen entgegenstehenden schwachen türkischen Kräfte, die damals vielleicht auch Mangel an Kriegsmaterial litten, wurden langsam in nördlicher Richtung zurückgedrängt; bereits Anfang Oktober erreichte die englische Streitmacht das vielgenannte Kut-el-Amara, 180 Kilometer südöstlich Bagdad. Glücklicherweise geschah auch ihr Vorrücken infolge großer Versorgungschwierigkeiten nur langsam. Erst Ende November langten sie bei Ktesiphon an. Inzwischen war es den Türken gelungen, stärkere Waffen zum Schutze des schwer gefährdeten Bagdad zu versammeln, so daß die Engländer am 24. und 25. November bei Ktesiphon geschlagen wurden und in einem Zuge wieder bis Kut-el-Amara zurückgehen mußten. Die Türken folgten und schlossen sie bis zum 8. Januar dort auf beiden Tigrisufeln ein. Inzwischen haben die Engländer zu ihrem Entsatze neue Kräfte unter General Aylmer (später Lafe), anscheinend drei Divisionen, herbeigeführt. Bis zum heutigen Tage ist es ihnen aber nicht gelungen, den belagerten General Townshend zu entsetzen. Sie haben vielmehr anscheinend vom 6. bis 9. nach wechselvollen Kämpfen und dann wieder am 21. und 24. Januar durch eine umfassende Bewegung der Türken Niederlagen erlitten und stehen noch immer 45 Kilometer östlich Kut-el-Amara. Am 7. Februar haben türkische Streiftruppen in der dortigen Gegend ihren Stappentritten ein siegreiches Geheiß gesendet.

Die Lage der Engländer scheint augenblicklich keine günstige zu sein, und zwar nicht nur infolge ergiebiger Regengüsse und der Ueberflutungen des Tigris.

Im Laufe des Winters gelang es der Leibtruppe des Großfürsten Nikolai, ein starkes Heer im südlichen Kaukasus zu versammeln, während gleichzeitig die russischen Kavallerieeinheiten in Nordpersien, sowohl am Taurus wie um Teheran, beträchtlich verstärkt sein müssen. Am 10. Januar erst — als die englische Offensive gegen Mesopotamien bereits zum Stehen gebracht war — trat das russische Heer zum Angriff an. Auf die Festung Sars gestützt, brach seine Mitte von Ost und Sarhamsch aus in Richtung Erzerum vor, durchdrang trotz großer Hindernisse, die Schnee und Kälte ihr entgegensetzten, in einer Reihe glücklicher Kämpfe vom 17. Januar an die türkische Linie und nötigte sie zum Rückzuge auf die Berke von Erzerum. Der russische rechte Flügel hielt inzwischen den Gegner südlich Baturum fest und drang allmählich auch über den Arhame-Fluß vor, während die Linke in einer Reihe von Gefechten nördlich des Wan-Sees am 28. Januar über Relasqert hinausgelangte. Auch auf dem Ostufer des Wan-Sees haben ihre kleineren Abteilungen in südlicher Richtung Fortschritte gemacht. Gleichzeitig gingen die Streikräfte in Persien von Teheran und Teheran aus in fächerförmiger Ausbreitung gegen die türkischen Grenzen vor und unterwarfen ihrem Machtgedot den größten Teil Nordwestpersiens. Unsere Verbündeten wurden in Armenien besonders durch den vollkommenen Mangel an jeder Bahnlinie schwer benachteiligt, den der politische Druck Rußlands vor dem Kriege erzwungen hatte. Truppen, Kriegsbedarf, Verpflegung waren auf den zeitraubenden Landweg angewiesen, da auch der Seeweg durch die Herrschaft der Russen im Schwarzen Meere ganz oder größtenteils gesperrt war. Die letzteren hingegen hatten die Bahn bis Sars hinter sich, die in aller Stille bis Sarhamsch verlängert war. Trotzdem ist es den Türken gelungen, nach Erzerum Verstärkungen heranzubringen. Vor Erzerum ist der russische Vormarsch zum Halten gebracht, und auch nach Persien konnten Truppenabteilungen gemorfen werden, die im Verein mit irregulären persischen Scharen der weiteren Ausdehnung des Gegners entgegengetreten sind. Soweit man sehen kann, ist dieser bis jetzt nicht wesentlich über Hamadan, 400 Kilometer nordöstlich Bagdad, 310 bis zur Grenze, vorgedrungen. Er scheint vorläufig einige Mühe zu haben, seine linke Flanke gegen Korjische von Süden und Südosten her zu sichern. Aus dieser Gegend wenigstens (Doleabad, Reshtan, Durudjird, Sultana-bad) melden die Russen heftige Zusammenstöße.

Im großen ganzen hat sich im Anfang Februar 1916 also auch im Orient der Stellungskrieg herausgebildet, der diesem Kriege im Westen sein Gepräge gibt. Nur in Albanien dringen Deftreicher und Bulgaren zwar langsam, aber unaufhaltsam vor. Sollte sich die Nachricht bewahrheiten, daß die letzteren bereits Fieri, 35 (nicht 25 Kilometer) nördlich Valona erreicht haben, dann wäre die Kriegslage hier an einem entscheidenden Punkt angelangt. (2)

Neue deutsche Minensperren.

Stockholm, 16. Februar. (W. L. W.) Meldung der Schwedischen Telegraphen-Agentur. Der deutsche Gesandte hat dem Ministerium heute folgende Mitteilung überreicht: In nächster Zeit werden außerhalb des schwedischen Seegebietes an verschiedenen Stellen zwischen 55 Grad 18 Minuten und 55 Grad 26 Minuten nördlicher Breite und 12 Grad 42 Minuten und 18 Grad östlicher Länge Schiffsfahrts Hindernisse und Minen ausgelegt. Sobald nähere Mitteilungen eingegangen sind, werden die notwendigen Anweisungen für die Schifffahrt erteilt werden.

Solidaritätserklärung der Entente für Belgien.

Paris, 16. Februar. (W. L. W.) Meldung der Agence Havas. Vertreter Frankreichs, Englands und Rußlands beim König der Belgier haben dem belgischen Minister des Aeußern am 18. Februar in Sainte Adresse gemeinsam folgende Erklärung überreicht:

„Gute Eggellenz! Die verbündeten Signatarmächte der Verträge, welche die Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens gewährleistet, haben heute durch einen feierlichen Akt die Erneuerung der Verpflichtungen beschlossen, die sie gegen Ihr, seinen internationalen Verpflichtungen heroisch treues Land übernommen haben. Infolgedessen haben wir Gesandte Frankreichs, Großbritanniens und Rußlands, von unseren Regierungen gehörig bevollmächtigt, die Ehre, folgende Erklärung abzugeben: Die verbündeten Garantemächte erklären, daß die belgische Regierung im gegebenen Augenblick zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen aufgefordert werden wird. Sie werden die Feindseligkeiten nicht beendigen, ohne daß Belgien in seiner politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit wiederhergestellt und für die erlittenen Verluste reichlich entschädigt wird. Sie werden Belgien ihre Hilfe leisten, um seine kommerzielle und finanzielle Wiedergeburt zu sichern.“

Baron Behens antwortete: „Die Regierung des Königs ist den Regierungen der drei Garantemächte der Unabhängigkeit Belgiens, die Sie bei ihr vertreten, tief dankbar für die hochherzige Initiative, die Sie ergriffen haben, indem Sie ihr heute diese Erklärung überbringen. Ich spreche Ihnen ihren heißen Dank dafür aus. Ihre Worte werden ein bittersüßes Echo haben in den Herzen der Belgier, mögen sie an der Front kämpfen, im besetzten Lande leiden oder in der Verbannung die Stunde der Befreiung erwarten, alle von dem gleichen Mute befeelt. Die neuen Versicherungen, die Sie mir soeben gegeben haben, werden ihre unerschütterliche Ueberzeugung bekräftigen. Belgien wird aus seinen Ruinen wieder aufstehen und in vollständiger politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit hergestellt werden. Zu bin sicher, ihr Dolmetsch zu sein, wenn ich Ihnen sage, daß Sie volles Vertrauen zu uns haben müssen, wie wir volles Vertrauen zu unseren loyalen Garantem haben. Denn wir sind alle entschlossen, energisch mit ihnen bis zum Triumph des Rechts zu kämpfen, zu dessen Verteidigung wir uns ohne Zögern nach ungerechtfertigter Verletzung unseres heiligsten Vaterlandes geopfert haben.“

Der italienische Gesandte kündigte dem Baron Behens seinerseits an, daß Italien, obwohl es nicht zu den Garantemächten der Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens gehöre, kund tue, daß es nichts dagegen habe, daß die oben genannte Erklärung von den Alliierten abgegeben würde. Die japanische Regierung gab eine gleichlautende Erklärung ab.

Die belgischen Sozialdemokraten zur Verständigung bereit.

Aus einem kurzen Brief des internationalen Sekretärs E. Huysmans an das Kopenhagener Parteiorgan „Socialdemocraten“ geht hervor, daß die belgischen Genossen bereit sind, an einer internationalen Verständigungskonferenz teilzunehmen. Wir lassen die kurze Notiz in „Socialdemocraten“ in wörtlicher Uebersetzung folgen:

„Unser belgischer Parteigenosse Camille Huysmans sendet uns aus dem Haag eine Postkarte, worin er uns bittet, einen einzigen Satz in unserer Antwort an DeWimpe (jetzt in dem Organ der französischen Sozialdemokratie „L'Humanité“ veröffentlicht) zu berichten. Wir schreiben, daß die französischen und belgischen Parteigenossen nicht zu einer Verhandlung mit deutschen Parteigenossen im Haag zusammenkommen wollten, bevor die Deutschen vom französischen Boden vertrieben seien. Huysmans teilt uns mit, daß das nicht für die Belgier zutrefte. Das freut uns aufrichtig, und wir sprechen wiederholt die Hoffnung aus, daß auch die französischen Sozialdemokraten bald einwilligen werden, die von der deutschen Bruderpartei ausgestreckte Hand zu ergreifen.“

Die französischen Kriegskosten.

Paris, 16. Februar. (W. L. W.) Die Agence Havas meldet, erfolgt die Erhöhung der französischen Staatsausgaben fast ausschließlich auf Kosten des Kriegsministeriums. Die „Temps“ dazu schreibt, beträgt die Erhöhung gegenüber dem ersten Vierteljahr allein 450 Millionen Franz für das Artilleriewesen. Von den anderen Mehrausgaben entfallen u. a. fast 83 Millionen auf das Material für das Flugwesen, fast 13 Millionen auf die Militärsisenbahnen, fast 67 Millionen auf die Kosten für Truppenverpflegungen und Transporte, 11 1/2 Millionen auf die Unterbringung der Kolonialtruppen in den Lagern. Die Leuerung der Lebensmittel machte unvermeidliche Mehrausgaben notwendig, für Futtermittel nämlich annähernd 21 Millionen und über 35 Millionen für den Unterhalt des Meeres. Auch die Löhnung habe eine Mehrforderung von 7 Millionen beansprucht. Insgesamt belaufen sich die Kreditforderungen vom 1. August 1914 bis zum 30. Juni 1916 einschließlich der vor dem Ausbruch des Krieges bewilligten Budgetwölstel für die letzten fünf Monate des Jahres 1914 auf 46 1/2 Milliarden Franz.

Die türkische Schuld bei den Mittelmächten.

Nach dem Bericht des Haushaltungsausschusses der türkischen Kammer beträgt die Gesamthöhe der Vorschüsse, die die Türkei während des Krieges in Deutschland aufgenommen hat und noch ausnehmen wird, 73 Millionen Pfund oder rund 860 Millionen Mark.

Ein Brief Axelrods.

Das in Samara erscheinende Arbeiterblatt „Rasch Golos“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 17. (30.) Januar folgenden Brief des Genossen Paul Axelrod:

„In der Presse — darunter auch in Ihrem Blatte — ist vielfach der von Plechanow, Deutsch, Axelrod u. a. unterzeichnete Aufruf an die russischen Arbeiter erwähnt und zitiert worden.

Da die Erwähnung meines Namens neben denen Plechanow und Deutsch — meiner Genossen in der Gruppe der Befreiung der Arbeit — viele auf den Gedanken gebracht, es handle sich hier um meine Person, erachte ich es als notwendig, zu erklären, daß ich mit dem erwähnten Aufruf nichts gemein habe, da ich eine völlig andere Stellung einnehme. Die erwähnte Unterschrift jedoch gehört der Schriftstellerin Ida Axelrod.“

Den Parteifreien des Auslands, die in den russischen Parteiverhältnissen auch nur oberflächlich Bekand wissen, war es freilich schon früher bekannt, daß Axelrod, der das russische Organisationskomitee in Zimmerwald vertrat, mit dem für die Organisation der Nationalverteidigung und die Preisgabe des Klassenkampfes einsetzenden Aufruf der Plechanow-Gruppe nichts das geringste gemein hatte. In Anbetracht des Mißbrauchs jedoch, der in Rußland mit seinem Namen getrieben wurde, wird diese scharfe öffentliche Abgrenzung Axelrods von den Nationalsozialisten der Plechanow-Richtung um so mehr von Bedeutung sein, als das Auftreten des bekannten Führers der menschenwissenschaftlichen Richtung manchen schwankenden Genossen zur Besinnung bringen dürfte.

Ein russisches Arbeiterblatt über die Aufgaben des Proletariats.

Das in Samara erscheinende Arbeiterblatt „Rasch Golos“ (Unsere Stimme), das in einem nicht unbedeutlichen Teil der Arbeiterschaft im ganzen Reiche einen zunehmenden Einfluß besitzt, schreibt nach einer scharfen Kennzeichnung der Regierungspolitik für 1915 und nach einer heftigen Kampfansage an die herrschende Reaktion:

„Wird diese Politik der Reaktion Erfolg haben? Das hängt von vielen Umständen ab. Wie wir sehen, hat das Kriegsjahr mit seinen Siegen und Niederlagen die Reaktion der Staatsstreichregierung außerordentlich verstärkt und ihre neue Kräfte verlesen. Indessen bereitet derselbe Krieg, der alle politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen der Welt erschüttert, fortgesetzt den Boden vor für die tiefgehendsten Umgestaltungen in allen Ländern. Wann und in welchem Maße diese Umgestaltungen Wirklichkeit werden, hängt von der Tätigkeit der gesellschaftlichen Kräfte, vor allem aber davon ab, wann und in welchem Maße es dem Proletariat, diesem mächtigsten und konsequentesten Träger des Fortschritts, gelingt wird, seine Reihen wieder zu einer Macht zusammenzuschließen, die selbständige Aufgaben zu verwirklichen vermag, ohne sich den verderblichen politischen und ideellen Einflüssen fremder Klassen zu unterwerfen. Und es scheint, das vergangene Jahr hat genug Beweise erbracht, daß dieser rettende Prozeß der proletarischen Wiedergeburt bereits begonnen hat.“

Noch dieses ist ein besonderes Thema. Man muß aber daran denken, um nicht dem Pessimismus zu verfallen und die hellen Sterne der Zukunft nicht in der dunkeln Nacht aus den Augen zu verlieren.“

Die amerikanische Partei zur Rüstungsfrage

New York, 16. Januar. (Fig. Ver.) Die sozialistische Partei Amerikas wählt ihre Beamten durch Urabstimmung. Eine solche Urabstimmung ist zurzeit im Gange. Während dieser Abstimmung hat sich ein beachtenswerter Zwischenfall ereignet. Ein allgemein beliebter Parteischriftsteller, der, nachdem sich der Genosse Debs geweigert, wieder einmal in diesem Jahre als Präsidentschaftskandidat der sozialistischen Partei aufzutreten, die beste Aussicht hatte, als Bannerträger der Partei erkoren zu werden, trat unerwartet als ein bestiger Befürworter der Rüstungspolitik auf. Einige hundert Parteimitglieder hatten sich schon für ihn erklärt. Es entstand eine höchst kritische Situation, der der betreffende Parteischriftsteller (Charles Edward Russell) dadurch ein Ende bereitzete, daß er angesichts der großen antimilitaristischen Strömung in der Partei auf seine Kandidatur verzichtete. Aber auch andere bekannte Parteimitglieder äußerten sich in ähnlichem Sinne wie Russell, und so sah sich der Parteivorstand genötigt, etwas zu tun, um zu verhindern, daß der Partei unliebsame Rudusfeier ins Rest gelegt würden. Er beschloß in seiner letzten Sitzung, alle Kandidaten für die sozialistische Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidatur sowie für das Amt des Nationalsekretärs und die Mitgliedschaft in der Nationallegislative (Parteivorstand) um eine kurze Erklärung ihres Standpunktes zum Militarismus und zur Rüstungsfrage zu ersuchen. Fast alle sind dem Ersuchen bis jetzt nachgekommen.

Unter den Kandidaten zu den Parteiamtern befindet sich nicht ein einziger, der die Ansichten Russells und seiner Freunde teilt.

Der Aufruhr in Ceylon 1915.

Ueber den Aufruhr in Ceylon Ende Mai und Anfang Juni 1915 hat das englische Kolonialamt ein Mauduch veröffentlicht, aus dem nach dem „Judiaman“ vom 11. Februar folgendes zu entnehmen ist: Der Aufruhr brach am 29. Mai in Kandy und einigen Dörfern der Umgebung infolge von religiösen Streitigkeiten zwischen buddhistischen Singhalesen und Mohammedanern aus. In das religiöse Motiv mischte sich ein wirtschaftliches: der Handel in den höher gelegenen Distrikten des Landes ist meistens in den Händen von Mohammedanern, die aus Südbindien kommen und dorthin zurückkehren; sie werden gewöhnlich von den Eingeborenen als Fremde, die sich an ihnen bereichern und notleidende Schuldner ausbeuten, mit scheelen Augen angesehen. Die feindselige Stimmung zwischen den beiden Religionen war durch scharfe Angriffe in Eingeborenenzeitungen vorbereitet worden; auch verschiedene Verhandlungen in lokalen Temperenzgesellschaften, deren Tätigkeit schon lange nicht mehr dem ursprünglichen Zweck diente, wirkten im gleichen Sinne. Von deutscher Aufhebung ist bei den Unruhen nicht die leiseste Spur zu finden gewesen; auch gegen die Regierung oder die Europäer richteten sich die Angriffe nicht, wenn auch bei verschiedenen Gelegenheiten, wo die Polizei oder die Regierungstruppen den Frieden wiederherzustellen versuchten, europäisches Eigentum litt. In manchen Fällen wurde von den Singhalesen die Kriegsstimmung dazu benutzt, um das Gerücht auszusprengen, daß alle Mohammedaner Feinde der Regierung seien und aus Ceylon vertrieben werden müßten, eine Auffassung, der natürlich die Regierung mit allen Kräften widersprach. Der Gouverneur Sir Robert Chalmers hoffte zunächst, den Aufruhr mit Polizeimaßnahmen unterdrücken zu können; als aber die Unruhen von dem Gebirge sich auf die Ebene erstreckten und der Aufstand den Charakter einer wüsten allgemeinen Plünderung annahm, sah er sich gezwungen, am 2. Juni und an den folgenden Tagen das Kriegsrecht über die betroffenen Provinzen zu verhängen. Das Kriegsrecht wurde erst am 30. August wieder aufgehoben. In besonderen Kriegsgerichten wurde gegen 412 Personen verhandelt, von denen 83 zum Tode verurteilt und 34 tatsächlich hingerichtet wurden; 44 Angeklagte wurden freigesprochen, die übrigen zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Während der Unruhen wurden 68 Personen durch Militär und Polizei, 89 durch die Aufständischen getötet. Der anerkannte Schöffe, für welchen den Verstorbenen Entschädigung geleistet wird, beläuft sich auf 368 516 Pfund. Der Kolonialminister hat dem Gouverneur Chalmers seine Anerkennung ausgesprochen; dieser hat jedoch seinen Posten verlassen und das Amt eines Sekretärs in Schagamit übernommen.

Letzte Nachrichten.

Die Kriegslage bei Saloniki. (Havasmeldung.) Saloniki, 17. Februar. (W. L. W.) Die Franzosen haben sämtliche Wardenbrücken besetzt. Die Griechen besetzten das Flußufer von Topkahn bis zur Mündung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Schlichtungskommission der Militärschneider.

In der letzten Sitzung der Schlichtungskommission stand der Beständigstermin für die Klage gegen die Deutsche Planfabrik an. Das Urteil lautete auf kostenpflichtige Abweisung der Klage. In der Begründung wurde ausgeführt: Die Planfabrik habe entsprechend den ihr vorgeschriebenen Lohnsätzen richtig bezahlt. Auch seien die wegen der Krankenkasse erhobenen Ansprüche unbegründet. Die Firma habe alle Arbeiterinnen vom Tage der Einstellung angemeldet, allerdings erst später, aber mit rückwirkender Kraft, und zwar sei die Beitragszahlung irrtümlicherweise für einen Teil von Arbeiterinnen erfolgt, die wohl in die Listen eingetragen, aber nicht beschäftigt worden waren. In Wirklichkeit habe also die Firma einen Teil Beiträge zuviel gezahlt. Sie habe jedenfalls niemanden Beiträge abgezogen, die sie nicht selbst an die Kasse abgeliefert hätte. Ferner habe die Firma bereitwillig alle Bücher usw., die zur Klarstellung der Sache notwendig waren, vorgelegt.

In der Klage Klein war am 5. Januar ein Vergleich abgeschlossen worden, wonach der Beklagte 1155,28 M. zahlen sollte. Er hätte innerhalb drei Tagen Einspruch gegen den Vergleich erheben können, weil er dies nicht getan, war in der letzten Sitzung die Ratenzahlung zu vereinbaren. Der Beklagte wollte ursprünglich noch einen neuen Vergleich abschließen, worauf sich die Kommission jedoch nicht einließ. Er bot dann eine Ratenzahlung an, die die Erledigung der Angelegenheit außerordentlich in die Länge gezogen hätte.

Kunze lehnte eine Vergleichung in dieser Form ab. Die Kommission verkündete, die Klagen hätten in der Weise zu erfolgen, daß der Betrag von 579,14 M. am Donnerstagabend bis 5 Uhr und die zweite Rate von 579,14 M. bis nächsten Sonnabendvormittag beim Verband der Schneider eingezahlt sei.

Gegen den Unternehmer G. Damm klagten einige Heimarbeiterrinnen auf 263,00 M., andere wieder auf 548,40 M. Nachzahlung. Der Beklagte hat einen großen Betrieb unterhalten und konsequent die Zahlung der vorgeschriebenen Löhne unterlassen. Nach den bisher von den Arbeiterinnen gemachten Angaben hat Damm schätzungsweise im Zeitraum vom 1. Januar 1915 bis 15. Januar 1916 etwa 100.000 M. zu wenig gezahlt. Der Beklagte ist zum Termin nicht erschienen, hat aber den Klägerinnen schriftlich eine gültige Einigung in Aussicht gestellt. Die Klägerinnen waren anwesend und haben Kunde erteilt, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Gegen Damm ist übrigens vor einiger Zeit von etwa 80 Arbeiterinnen Klage erhoben worden auf Nachzahlung der zu wenig gezahlten Beträge. In dieser Sache hat Damm einen Vergleich angeboten und auch mit einem größeren Teil der Klägerinnen abgeschlossen, wonach er 5000 M. nachzahlt. Auch in dieser Angelegenheit klagt noch eine Anzahl Arbeiterinnen weiter, da sie mit dem Vergleich nicht einverstanden sind.

In der nächsten Klage überraschte es, daß der Beklagte erschienen war. Es war nämlich der Schneidermeister Rowoind, mit dem sich die Schlichtungskommission schon mehrmals zu beschäftigen hatte, der aber nicht zu den Terminen zu kommen pflegte. In der letzten Sitzung war er nun allerdings erschienen, aber auch nur, um die Erklärung abzugeben, daß die gegen ihn vor der Schlichtungskommission erhobene Klage bereits durch Verurteilung vor dem Innungschiedsgericht erledigt worden sei. Die Sache hätte vor der Kommission gar nicht mehr anzustellen brauchen, wenn der Beklagte den Vorladungen Folge geleistet und die Termine wahrgenommen hätte, was aber nicht geschehen ist. Er hatte es übrigens auch unterlassen, die Kommission von der inzwischen erfolgten Verurteilung durch das Innungschiedsgericht zu unterrichten. Die

Frage des Herrn Magistratsrats u. Schulz: „Geben Sie denn die Klägerinnen auch schon bezahlt?“ verneinte Rowoind mit dem Hinweis, daß er das Urteil angefochten habe. Als ihm auf den Zahn gefühlt wurde, ob und wann er seine Verpflichtung vom September 1915 erfüllen werde, wonach er 85 M. nachzahlen wollte, erhob er ein Klagegeld gegen die bösen Zeitungen, die ihm bitter Unrecht zugefügt hätten. Er bleibe niemandem etwas schuldig, die Leute belämen schon ihr Geld, beteuerte er. In die Enge getrieben, doch einen festen Zeitpunkt anzugeben, an dem er zahlen werde, versicherte er endlich, schreiben zu wollen, wenn seine Berufung gegen das Urteil erledigt sei. Kunze bezeichnete dies alles als leere Ausflüchte. Der Herr wolle sich nur um die Zahlung drücken. Einen Mahnbrief habe er gar nicht beantwortet und einen vom Verband geschickten Voten sehr unhöflich empfangen. Auch habe er sich geäußert, überhaupt nicht zu zahlen. Die Kommission konnte in dieser Sache keine Stellung nehmen, da sie in Wirklichkeit nicht zur Verhandlung stand. Es wurde dem Herrn aber unverblümt zu Gehör gebracht, daß er sich Unangenehmes ersparen werde, wenn er schließlich seinen Verpflichtungen nachkomme.

Der Deutsche Tabakarbeiterverband (Zahlstelle Berlin) hatte am Mittwoch eine Mitgliederversammlung, in der zunächst die Abrechnung vom 4. Quartal 1915 durch Wilhelm Börner gegeben wurde. Einschließlich eines Bestandes von 716,86 M., der am Schlusse des 3. Quartals verblieben war, wurden insgesamt im 4. Quartal für die Hauptkasse 9222,71 M. eingenommen. Nach Abzug der Ausgaben verblieb für die Hauptkasse am Schlusse des 4. Quartals ein Bestand von 2005,41 M. Für die Lokalkasse wurden einschließlich eines Bestandes von 220,65 M. im 4. Quartal insgesamt 2195,76 M. eingenommen. Davon verblieben nach Verrechnung der Ausgaben am Schlusse des Jahres als Bestand 60 Pf. — Der Vermögensbestand der Lokalkasse setzt sich zusammen aus einem Bankguthaben von 5000 M., aus 100 M. Rinsen und aus einem 500 M. betragenden Anteil am Gewerkschaftshause. Das macht zusammen 5600 M.

Mitglieder waren am Schlusse des 3. Quartals 1506 vorhanden. Am Schlusse des 4. Quartals waren es dagegen 1665. Von diesen 1665 Mitgliedern gehörten zur Zigarrenbranche 122 männliche und 60 weibliche und zur Zigarettenbranche 288 männliche und 1197 weibliche.

Die ebenfalls von Börner gegebene Jahresabrechnung, die natürlich dieselben Schlusssummen ergibt wie die Abrechnung für das 4. Quartal, zeigt Gesamteinnahmen von 26 513,84 M. für die Hauptkasse und von 6974,54 M. für die Lokalkasse.

Das Vorstandsmitglied Henrich gab eine Übersicht über die Lohnbewegung im abgelaufenen Jahr. Sie habe gute Vorteile erreicht. Leider habe sie nur die Zigarettenbranche umfaßt. Bei den Arbeitern und Arbeiterinnen der Zigarrenbranche habe keine Klage bestanden, die Löhne zu verbessern. Das möge an den ganzen Verhältnissen in Berlin liegen, wo in der Zigarrenbranche wenig Fabriken und viel Kleinindustrie sei. — Die Zigarettenindustrie habe in dem Jahre verschiedene Bewegungen durchgemacht, mit Streik und ohne Streik. Die vorgelommene Ausperrung habe nicht geschadet, sondern die Einheit gefördert. In den Betrieben, wo es zur Arbeitniederlegung kam, waren 480 männliche und 2224 weibliche Kollegen beschäftigt. Nicht alle diese streikten. Ueberall dort wurde aber im Maschinenaal die Arbeit niedergelegt und so der Erfolg herbeigeführt. — Die Bewegung ohne Streik erstreckte sich auf 18 Betriebe. Durch Schiedspruch wurde hier eine neue zehnprozentige Lohnzulage ausgesprochen. Man ist jetzt auch auf dem Wege, diejenigen Firmen, die sich dem Schiedspruch nicht fügten, zu seiner Anerkennung zu veranlassen. — Bei allem ist festzustellen, daß eine stärkere Festigung der Organisation eingetreten ist.

Ueber einen Antrag der Lokolverwaltung, den Lokalbeitrag in der Weise zu erhöhen, daß monatlich vom 1. April ab eine Zuschlags-

marke für 10 Pf. gelebt werden soll, enthielt sich eine lebhafteste Debatte. Dann wurde dieser Antrag angenommen.

Ausland.

Die Internationale der Lithographen und Steindrucker.

Alljährlich werden vom Sekretariat des Internationalen Bundes der Lithographen und Steindrucker Fragebogen verfaßt, um die Stärke und Leistungsfähigkeit der einzelnen Landesorganisationen zu ermitteln. Das Ergebnis der Umfrage wird im „Bulletin“, dem internationalen Publikationsorgan, veröffentlicht.

Vor einiger Zeit hat nun das Sekretariat an alle Landesorganisationen einen statistischen Fragebogen verfaßt, auf dem die Einwirkung des Krieges auf den Stand der einzelnen Verbände festgestellt werden sollte und in einem weiteren Fragebogen wird, wie jedes Jahr üblich, der letzte Jahresbericht verlangt. Während von den meisten Landesverbänden die Fragebogen ausgefüllt an das Sekretariat eingeleitet wurden, hat die französische Organisation das nicht getan, sondern ein Rundschreiben verfaßt, in dem beantragt wird, das internationale Sekretariat in ein neutrales Land zu verlegen und die internationalen Jahresberichte während des Krieges nicht mehr erscheinen zu lassen. Beide Anträge hat das Sekretariat abgelehnt. Der Krieg wird als kein Hinderungsgrund für die Veröffentlichung der Jahresberichte angesehen, im Gegenteil müßte gerade jetzt die Einwirkung des Krieges auf die einzelnen Verbände festgestellt und zur gegenseitigen Kenntnis gebracht werden. Und da die Mehrzahl der Landesorganisationen die Berichte eingeleitet hat, soll deren Veröffentlichung in der nächsten Nummer des „Bulletin“ erfolgen.

Die beantragte Verlegung des internationalen Sekretariats mußte auf Grund statutarischer Bestimmungen abgelehnt werden. Denn es heißt im Statut: „Land und Ort, wo das Sekretariat seinen Sitz haben soll, werden vom Kongreß bestimmt. Und einer solchen jetzt während der Kriegszeit einzuberufen, ist eine Unmöglichkeit. Ebenso kann die gewünschte Urabstimmung nicht erfolgen, da infolge des Krieges sich nur ein Teil der Organisationsmitglieder an der Abstimmung beteiligen könnte. — Nun haben auch die Vorstände einer Reihe von Landesorganisationen zu den französischen Anträgen Stellung genommen, denen sich aber nur der belgische Verband voll angeschlossen hat. Die spanische Organisation erklärte sich im Prinzip für die Verlegung des Sekretariats, fand sich aber, da das Statut der Verlegung entgegensteht, mit der Verfassung in Deutschland ab. Die Verbände von Deutschland, Norwegen, Desterreich, Schweden und der Schweiz stellten sich voll auf den Standpunkt des internationalen Sekretariats. Der holländische Verband stimmte ebenfalls der Auffassung zu, daß über die Verlegung des Sekretariats nur ein internationaler Kongreß entscheiden könne. Und die englische Organisation erklärte: Die Verlegung des Sekretariats müsse bis nach dem Kriege zur Erwägung zurückgestellt werden. Der französische Antrag ist jetzt nicht durchführbar, da zurzeit schwer ein neutrales Land für das Sekretariat gefunden werden kann.

Eingegangene Druckschriften.

Was mein einst war. Erzählung von P. Hg. Geb. 4 M. Euber u. Co., Braunsfeld.
Der Geburtenausgleich nach dem Kriege. Von F. Robert. Geb. 50 Pf. Verlag für Bevölkerungsfragen, Berlin W 55.
Der neue Wierkur. Monatsschrift für geistiges Leben. Herausgeber: E. Reich. Januarheft. 1,50 M. G. Müller, München.
Reinholdes Wasser fürs Heer. Von Dr. Ing. O. Lehmann. 1 M. Verlag der Internationalen Zeitschrift für Wasserforschung, Leipzig.
Kriegspsychologisches. Von Dr. M. Hirschfeld. (Deutsche Kriegszeit. Heft 20.) 32 S. A. Marcus u. C. Webers Verlag in Bonn.

A. Wertheim

G. m. b. H.

Kolonialwaren

- Gemischtes Backobst Pfund 88 Pf. 1.10
- Kalif. Aprikosen Pfund 1.60
- Kalif. Pfirsiche Pfund 1.50
- Kalif. Birnen Pfund 1.20 1.30
- Kalif. Pflaumen ... Pfund 98 Pf. 1.20
- Bosnische Pflaumen Pfund 95 Pf.
- Pflaumen ohne Steine Pfund 1.10
- Saure Kirschen Pfund 92 Pf.
- Zapfenbirnen Pfund 60 Pf.
- Feigen Pfund 52 Pf.
- Buchweizenmehl Pfund 60 Pf.
- Geiröcknete Steinpilze .. Pfund 3.40
- Getrockn. Weißkohl geschnitt. Pfd. 1.55

Verkauf Sonnabend

- Olympia-Bouillon-Würfel
- Dose 10 St. 20 St. 50 St. 100 St. 500 St.
- 32 Pf. 62 Pf. 1.50 2.90 14 M.
- Hühner-Bouillon-Würfel
- Dose 10 St. 20 St. 50 St. 100 St. 500 St.
- 35 Pf. 68 Pf. 1.60 3.10 15 M.

Marmelade

leicht gefärbt

Verkauf am Batterlager!

- Apfel-Marmelade Pfd. 45 Pf.
- Gem. Frischobst-Marmel. Pfd. 45 Pf.
- Johannisbeer-Marmelade Pfd. 55 Pf.
- Erdbeer-Marmelade ... Pfd. 55 Pf.
- Himbeer mit Apfel Pfd. 55 Pf.
- Pflaumen mit Apfel ... Pfd. 55 Pf.
- Orangen-Marmelade ... Pfd. 75 Pf.
- Pfirsich-Marmelade ... Pfd. 75 Pf.
- Aprikosen-Marmelade .. Pfd. 75 Pf.
- Rhein. Apfelkraut-Marm. Pfd. 60 Pf.
- Pflaumen-Marmelade ... Pfd. 55 Pf.
- Thüringer Pflaumenmus ... Pfd. 60 Pf.

Sowett Vorrat

Lebensmittel

Fische

- Grüne Heringe Pfund 23 Pf., 5 Pfund 1.30
- Norweg. Kabliau in ganzen Flaschen ohne Kopf Pfund 55 60 Pf.
- Norweg. Seelachs in ganzen Flaschen ohne Kopf Pfund 55 60 Pf.
- Ostsee-Dorsche Pfund 45 50 Pf.
- Getrocknete Klippfische . Pfund 65 Pf.
- Salzfische Pfund 40 45 53 Pf.
- Lebende Schleie Pfund 1.45
- Lebende starke Aale Pfund 2.4
- Leb. u. gekochte Hummern Pfd. 5.20
- Leb. Heidelberger Forellen Pfd. 3 M.
- Frische Lachs-Forellen ganze Flasche 2.50

Obst und Gemüse

- Mandarinen Pfund 48 Pf.
- Blut-Apfelsinen ... Dutzend 90 Pf. 1.20
- Apfelsinen ... Dutzend 65 80 Pf. 1.10
- Boskop-Apfel Pfund 30 38 Pf.
- Belle-Fleur-Aepfel Pfund 25 Pf.
- Koch-Birnen Pfund 25 Pf.
- Kranz-Feigen Pfund 65 Pf.
- Delikateß-Feigen Pfund 1.30
- Rotkohl Holländer Pfund 20 Pf.
- Wirsing-Kohl Holländer ... Pfund 15 Pf.
- Weißkohl Dänischer Pfund 11 Pf.
- Kohlrüben Holländer (gelbe) . Pfund 5 Pf.
- Grünkohl Holländer Pfund 13 Pf.
- Märkische Rübchen Pfund 22 Pf.
- Schwarzwurzeln Pfund 15 Pf.
- Große Dauer-Maronen ... Pfund 32 Pf.
- Zwiebeln Holländer Pfund 20 Pf.

Sowett Vorrat

Räucherwaren

- Geräucherte Sprotten . ¼ Pfund 43 Pf.
- Kisten von ca. 30 Pfund Pfund 80 Pf.
- Kieler Sprottbüchlinge ½ Pfund 40 Pf.
- Kisten mit ca. 4 Pfund 2.80
- Makrelbüchlinge Stück 40 Pf.
- Kieler Büchlinge 2 Stück 25 Pf.
- Strasunder Bratheringe 4-Lit.-Dose 5 M.
- Heringe in Celso, 4-Lit.-Dose 5.50 ¼ Pfd. 50 Pf.
- Rollmopse 4-Liter-Dose 5.50
- Nordsee-Muscheln in Celso, ¼ Pfund 40 Pf.
- Bismarckheringe 4-Liter-Dose 5.50
- Thüringer Sauerkohl ... Pfund 15 Pf.
- Mixed Pickles Pfund 65 Pf.
- Salzgurken 5 Stück 70 Pf.
- Hummer-Krabben ... ¼ Pfund 65 Pf.
- Prima geräucherter Lachs ¼ Pfund 1.10
- Oder-Aale geräuchert ... Pfd. 2.80 4 M.
- Sardellen Pfund 90 Pf. 1.80
- Kaviar-Ersatz leicht gefärbt, ¼ Pfd. 1.25
- Prima Kaviar Pfund 24 M.

Geflügel

- Mastputen Pfund 2.10 2.30
- Suppenhühner Pfund 2.10
- Brathühner Pfund 2.30
- Große Perlhühner ... Stück 5 M. 5.50
- Pommersche Land-Eier .. Stück 18 Pf.

Roselwein

- Obermoseler ¼ Fl. 1.10 Pf.
- 1911 Wintringer 72 90 Pf.
- 1911 Langsurer 1.05 1 M.
- 1912 Graacher 1.05 1 M.
- 1911 Enkircher 1.35 1.30
- 1911 Oldegund-Bienengart. 1.60 1.55
- 1911 Zeltinger-Schloßberg 1.90 1.85

Rheinwein

- 1912 Edenkobener 72 70 Pf.
- 1912 Diedesfelder 82 80 Pf.
- 1912 Mailkammerer 90 85 Pf.
- 1912 Gaubckelheier ... 1.05 1 M.
- 1912 Niersteiner 1.15 1.10
- 1911 Hahnheimer 1.45 1.40
- 1909 Erbach-Steinmorgen 1.80 1.75
- 1911 Oppenh. Goldberg 2.10 2.05

Rotwein

- 1913 Chät. Calmette ... 1.25 1.20
- 1911 Sardin Ruch 1.35 1.30
- 1909 Domäne de la Jalle 1.50 1.45
- 1911 Moulis Médoc 1.55 1.50
- 1911 Crü la Fontanelle . 1.85 1.80
- 1911 Beychevelle 2.10 2.05
- 1907 Chät. Lahontan ... 2.70 2.60

Südwein

- Tarragona 1.60 1.55
- Feiner alter Tarragona .. 1.80 1.75
- Sherry I 2 M. 1.95
- Vinhó do Portugal 2.40 2.35
- Vinhó Superiore Portugal 2.50 2.45
- Feiner alter Douro Portwein 3 M. 2.90
- Vermouth Cinzano 2.40 2.35

Obstschäumwein

- Olympia Silber 1.55 1.50
- Olympia Gold 1.80 1.75
- Deutsches Porter Bier ... 50 Pf. 48 Pf.

Edamer Käse

- in ganzen und halben Kugeln
- Pfund 1.65 im Ausschnitt 1.80

Verkauf Sonnabend

- Große Schneehühner St. 2.60
- Hühner geiroren Pfund 1.50

Die Ernährungsfrage im Landtage.

9. Sitzung Donnerstag, den 17. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer.

Die zweite Lesung des Etats wird mit der Besprechung der Fragen der

Volksernährung

fortgesetzt.

Abg. Hoff (Fortchr. Sp.)

begrüßt die Erklärung des Präsidenten der Reichsgetreidekasse, daß die Brotpreise während des ganzen Krieges nicht erhöht werden sollen. — Der Abg. Koesfide hat dem Abg. Hoyer agitatorische Verbeugung vorgeworfen. Wir stimmen mit der Tendenz der Rede des Abg. Hoyer nicht überein, aber wir sind jedenfalls das Gefühl nicht losgeworden, daß die Rede des Abg. Dr. Koesfide von agitatorischen Tendenzen nicht frei war. (Sehr richtig!) links.) Unverständlich ist mir, wie Abg. Dr. Koesfide dagegen sein kann, daß das Brotgetreide der kommenden Ernte wirksamer als bisher gegen Verfallung gesichert wird. Das beantragen nicht nur wir, das hat auch Graf Schwerin-Sömig kürzlich energisch gefordert. Die Bewahrung des Abg. Koesfide, daß die Landwirtschaft zurzeit Rot leide, wird von diesen Landwirten für geradezu lächerlich erklärt. Redner polemisiert des weiteren gegen einzelne Äußerungen des Abg. Koesfide. Den Vorwurf, wir seien Feinde oder Gegner der Landwirtschaft, weisen wir auf das entschiedenste zurück. (Bravo! links.)

Abg. Johausen (fl.):

Der Kennzeichnung der Tendenz der Rede des Abg. Hoyer durch den Abg. Koesfide habe ich nichts hinzuzufügen. — Der Abg. Hoff hat früher immer für die Viehzucht der kleinen Landwirte gekämpft. Da ist es mir unbegreiflich, wie er sich jetzt gegen Viehzüchter wenden kann. Der erhöhte Hoyerpreis sollte rückwirkende Kraft für die schon erfolgten Lieferungen erhalten.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer:

Es ist meine feste Überzeugung, daß wir einen so langen Krieg wie den gegenwärtigen ohne die Vorzüge unserer bisherigen Wirtschaftspolitik nicht hätten durchhalten können. (Sehr richtig! rechts.) Auch ich betone, wie die meisten der Vorredner, daß unsere Vorräte in jeder Beziehung ausreichen, auch wenn der Krieg wider Erwarten noch längere Jahre andauern sollte. Allerdings müssen wir sparsam wirtschaften. Man hat die vielen Verordnungen der Regierung, z. B. in der Kartoffelfrage, bemängelt. Man muß eben berücksichtigen, daß dieser Weltkrieg uns immer neue Probleme zu lösen aufgibt. — Die Kartoffelnot in einzelnen Städten ist nicht wunderbar, wenn man die Kartoffeln dem Kleinhandel übergibt und dann nicht zugleich dafür sorgt, daß sie gleichmäßig verteilt werden. In den weitaus den meisten Städten wird die Kartoffel aus dem Osten geliefert, wenn man die Schweine verfüttert worden. (Hört! hört! rechts.) Eine Erhöhung der Kartoffelpreise nach dem 15. März erschien notwendig, weil auch sonst die Kartoffelpreise um diese Zeit steigen. Eine generelle Beschlagnahme der Kartoffeln ist undurchführbar, sie würde die Erhaltung unserer Viehbestände in Frage stellen. (Sehr richtig! rechts.) Es kommt eben bei allen Produkten nicht nur darauf an, sie möglichst gleichmäßig den Verbrauchern zuzuführen, sondern auch darauf, die Produktion zu sichern und zu steigern, und das ist unter Umständen nur durch Erhöhung der Höchstpreise möglich. Eine Abschätzung der erhöhten Hoyerpreise an die Landwirte, die schon zu billigeren Preisen geliefert haben, kann die Regierung nicht zusehen. Abgesehen von der Kostenfrage, war auch der frühere Hoyerpreis durchaus kein niedriger. Die Erhöhung des Preises für besonders schnell gelieferten Hoyer war durch besondere Bedürfnisse der Deeresverwaltung geboten. — Die Butterknappheit wird ebenfalls noch anhalten, dabei wird die Einführung einer Butterkarte für einzelne Großstädte und Industriorte notwendig werden. — Das die Vorkürfe an die Landwirte wegen Zurückhaltung ihrer Vorräte anlangt, so mögen solche einzelnen Fälle namentlich bei kleinen Landwirten vorgekommen sein, um ihre Viehbestände zu sichern, in allgemeinen kann aber ein solcher Vorwurf nicht erhoben werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Braun (Soz.):

Wer Fragen der Volksernährung und der Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt anders beurteilt als die Vertreter der agrarischen Interessenspolitik, dem werden die Agrarier stets den Vorwurf entgegenzuhalten, er verstehe von landwirtschaftlichen Dingen nichts. So hat man auch meinem Freunde Hoyer, der selbst praktischer Landwirt ist, das Verständnis für die Landwirtschaft abgesprochen. Das ist ja ein sehr billiges Rezept, aber beweiskräftig ist es in diesem Falle wirklich nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dann hat Dr. Koesfide bedauert, daß die Beschaffenheit, die draußen an der Front zu so erfreulichen Erfolgen geführt hat, auf dem wirtschaftlichen Kriegsschauplatz nicht mehr so vorhanden sei. Ja, woran liegt das? Da draußen gibt es keine Lebensverteilung des einen auf Kosten des andern, deshalb sehen wir in der Tat dort eine geschlossene Front. Auf dem wirtschaftlichen Kriegsschauplatz wird diese aber in steigendem Maße immer weniger geschlossen, je nachdrücklicher einzelne Berufsgruppen ihre eigenen materiellen Interessen der Allgemeinheit voranstellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf mich wirkt es geradezu abstoßend, wenn man angesichts der unzähligen Blutopfer, die draußen an der Front gebracht werden, hören muß, wie im Inland von Produzenten und Händlerkreisen auch über „Opfer“ gelaugt wird, wie das kürzlich in einer Generalversammlung des Verbandes Deutscher Kartoffelinteressenten durch den Vorsitzenden geschehen ist. Ich protestiere dagegen, daß die opfervolle Hingabe unserer Truppen draußen auf eine Stufe gestellt wird mit der Veräußerung dieser Kartoffelgroßhändler, die im vorigen Jahre in der schlimmsten Weise durch spekulative Zurückhaltung der Kartoffeln das Volk ausgehungert haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ein solcher Vergleich wirkt wie eine Blasphemie gegenüber unseren Truppen. (Sehr richtig!) Es wäre auch sehr gut, wenn die Herren Agrarier sowohl im Parlament wie auch in ihren stillen Käufern etwas weniger von den „Opfern“ der Landwirtschaft sprächen. Beißt es doch in einem Aufruf des Bundes der Landwirte vom 28. Oktober 1915, daß die Landwirtschaft das, was sie geleistet hat, nur unter Anspannung all ihrer Kräfte und „unter den schwersten Opfern“ hätte durchführen können! Da ist doch ein Worter der Wahrheit viel näher gekommen, der kürzlich in seinem Gemeindeblatt an die im Felde weilenden Gemeindeglieder schrieb: „Am uns dabei macht und keine Sorgen. Es ist zwar manches teurer geworden, aber wir haben doch alles Rötige immer gehabt, und beim Verkauf der Früchte und des Viehs werden solche Preise gezahlt, daß der Landwirt mitten im Kriege große Einnahmen hat!“ (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Also es sollte mit dem

Wauopsertum

etwas mehr Zurückhaltung geübt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dies Wauopsertum muß auf große Kreise des Volkes erbittern wirken, die doch selbst klar sehen, wie die Dinge liegen, die wissen, daß die Geldeinlagen in den ländlichen Sparbanken steigen und daß die Preise für die ländlichen Produkte eine ganz unerwartete Höhe erreicht haben. Da bedarf es keiner agitatorischen Reden, die Tatsachen selbst wirken

hundertfach besser als wir es durch alle Reden können. Es ist auch gar nicht verwunderlich, daß die Erhöhung der Preise aller anderen Bedarfsartikel schließlich auch den Landwirten in die Schuhe geschoben wird. Das Volk hat doch gesehen, daß zuerst die Lebensmittel teurer wurden, und zwar gleich in den ersten Tagen nach Ausbruch des Krieges, als von einer Erhöhung der Produktionskosten noch keine Rede sein konnte. Herr Koesfide meint, man könne den Landwirten nicht vorwerfen, daß sie die Teuerung absichtlich verschuldet hätten. Im allgemeinen kann man einen solchen Vorwurf auch sicher nicht erheben, und ich gebe auch zu, daß gerade der Bund der Landwirte bald nach Ausbruch des Krieges systematische Maßnahmen gegenüber der verderblichen Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt gefordert hat. Aber was zwingt denn jetzt die Landwirte, sich zu Auslieferern dieser unhaltbaren Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt zu machen? Tatsache ist auch, daß viele Landwirte den Maßnahmen, die eine Bindung der Verhältnisse herbeiführen sollen, mindestens eine sehr starke passive Resistenz entgegensetzen. (Sehr wahr! bei den Soz.), daß sie auch nicht davor zurücktreten, die Lebensmittelknappheit und die Kriegskonjunktur zu ihrem persönlichen Vorteil auszunutzen. Jetzt hat man die Formel geprägt, man könne die Lebensmittel am wirksamsten durch hohe Preise steuern. Infolge der entsetzlichen Erbittern ist man nun zu einem neuen Prinzip gekommen; man brauche die hohen Preise, um einen Anreiz für die Erhöhung der Produktion zu schaffen. In der Wirkung auf die Konsumenten kommt das auf dasselbe heraus. Uebrigens hören wir doch sonst immer, daß die deutsche Landwirtschaft ihren Stolz darin setzt, in diesen schweren Zeiten das deutsche Volk mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen. Wozu bedarf es dann aber noch des besonderen Anreizes von Kriegsgewinnen zur Erhöhung der Produktion? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Da bewahrt sich wieder das haubadene Wort:

Dem Profit raucht der Schornstein,

nicht vom Stolz und Ehrgeiz! Auch als Begründung der Erhöhung der Zuckerpriese hat man die Notwendigkeit angeführt, die Andauische für Zuckertreiben zu vergrößern. Gerade bei der Erhöhung der Zuckerpriese zeigen sich deutlich die verhängnisvollen Folgen der unzulänglichen Höchstpreispolitik seit Beginn des Krieges. Durch die Systemlosigkeit sind wir zu diesen unhaltbaren Zuständen gekommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Hier muß systematisch vorgegangen werden. Das hat die Regierung auch schon im vorigen Jahre erkannt. Staatssekretär Delbrück hat im August 1915 ausdrücklich erklärt, daß die Reichsregierung keinen anderen Ausweg sehe, um aus dem Wirrwarr auf dem Lebensmittelmarkt herauszukommen, als systematische Festlegung von Höchstpreisen für alle Lebensmittel. Weshalb die später gekommenen Bestimmungen dieses Versprechen nicht erfüllt haben, ist bisher im Dunkel geblieben. Es müssen sich hier also stärkere Widerstände geltend gemacht haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nur dadurch, daß man die Erfahrung, die man in Friedenszeiten mit der Spannung zwischen den Lebensmittelpreisen gemacht hat, benutzt, um systematisch alle Lebensmittel in die Höchstpreispolitik einzubegreifen, ist es möglich, Ordnung in den jetzt so ungeordneten Lebensmittelmarkt hineinzubringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dort, wo in der Preispolitik einseitigen Systemen gelegen hat, wie beim Brotgetreide, sind die Preise wenigstens erträglich. (Zuruf rechts.) Die Agrarier haben allerdings, als wir im vorigen Jahre bei der neuen Ernte vor der Preisfestsetzung standen, auch hier nach Preiserhöhung gerufen und nur dem energischen Widerstande der Konsumentenkreise ist es gelungen, eine Erhöhung abzuwenden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Erhöhung der Hoyer- und Gerstepreise muß aber bei längerer Dauer dieses Krieges dahin führen, daß der Anreiz zum Bau von Brotgetreide zurückgeht, denn wenn der Landwirt das Doppelte für Gerste und Hafer bekommt, so wird er nicht Weizen und Roggen bauen, zumal er bei Sommergetreide, Gerste und Hafer das geringere Risiko hat. Die hohen Preise für Gerste und Hafer können doch wahrlich durch die Produktionskosten nicht gerechtfertigt werden. Der Minister hat ja selbst den alten Preis von 300 M. für ausreichend erklärt. Nur um eine schnelle Lieferung für das Heer herbeizuführen, soll jetzt der Preis auf 360 M. erhöht werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man die schnelle Lieferung für das Heer von den Landwirten nur dadurch erreichen kann, daß man die Preise wesentlich erhöht, so weist das auf das patriotische Empfinden der betreffenden Landwirte nicht gerade ein günstiges Licht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Daß nicht immer die Erhöhung der Produktionskosten für die Preisgestaltung ausschlaggebend ist, haben die Preistreiberinnen am Gerstenmarkt im vorigen Jahre gezeigt. Da hat der Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates den Landwirten ausdrücklich angeraten, nur ja nicht zu schnell die ganze Gerste aus dem Markt zu bringen, sondern eine Hälfte vorläufig zurückzubehalten und die weitere Entwicklung abzuwarten. Und die „Deutsche Tageszeitung“ riet noch außerdem den Landwirten, auf jeden Fall die Gerste nur zu dem für ausländische Gerste zu zahlenden Preise, also für 700 M. pro Tonne zu verkaufen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie sagte doch gestern Herr Koesfide? „Die Landwirte sind nun einmal so ideal veranlagt.“ (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Abg. Adolf Hoffmann: Klingendes Ideal! Hier ist diese Veranlagung offenbar in besonders konzentrierter Form in der Erscheinung getreten. (Heiterkeit und Seht gut! bei den Sozialdemokraten.) Sehr interessant wird diese Art Idealismus auch durch ein Interim aus der Festschrift des Bundes der Landwirte zu einer Tagung in Kiel beleuchtet. Da heißt es: „Einigkeit macht stark!“ Milchproduzententerein Kiel und Umgegend. 1911 betrug der Milchpreis 18—15 Pf., 1915 ist der Milchhöchstpreis 20 Pf. pro Liter! Einigkeit macht stark! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zurecht: Sehr patriotisch! Gewiß, den Geldbeutel dieser Milchproduzenten macht diese Einigkeit stark, ebenso stark steigt aber auch die Sterblichkeit der Säuglinge, denen durch derartige Preistreiberinnen die Milch vom Munde weggerissen wird. Wenn sich da in weiten Volksteilen eine große Erbittern breit macht, ist das wohl verständlich. Das ist nicht nur in den uns nabe stehenden Volksteilen der Fall, wie ein Feldpostbrief beweist, der einem Zentrumskreisler zugegangen ist. Hier schreibt ein gutachtlicher Mann: Ich kann doch nicht glauben, daß Dabgier und Berechnung auch in dieser schweren Zeit

aus der Not des Volkes Kapital

schlägt und daß in diesem furchtbaren Kriege, der so ungeheure Leiden und Entbehrungen von uns verlangt, es hinter der Front Gewinnsummen gibt, die unsere unermesslichen Opfer benutzen, um sich den Geldsack zu füllen und sich aus der Not unserer Frauen und Kinder zu bereichern.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also die Kreise, die hier von der Not der Landwirtschaft sprechen, sollten doch auch daran denken, daß infolge dieser Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt mit der Zeit auch draußen eine Stimmung Platz greift, daß die Leute sich sagen: Der schlimmste Feind steht nicht vor uns, der steht hinter uns. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Zurecht: Das für sorgen Sie mit Ihren Reden! Nein, ich möchte wahrlich, ich könnte eine andere

Rede halten, aber nicht dadurch, daß man Tatsachen tollschweigt oder vertuscht, besser man, sondern dadurch, daß man sie vor der ganzen Öffentlichkeit aufzeigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Besonders auch die

Preistreiber auf dem Buttermarkt

Ende vorigen Jahres hat bewiesen, wohin man kommt, wenn man die „ideale Veranlagung“ gewisser Landwirte sich völlig frei entfalten läßt. Es war ein großer Fehler, daß man zwar Höchstpreise für Käse und Schmelzfleisch usw. festsetzte, aber den Verkäufern das Recht gab, ausländische Produkte teurer zu verkaufen. Damit wurde dem Schwindel Tür und Tor geöffnet. Die Verkäufer laden einem ja ins Gesicht, wenn man sie fragt, ob denn alles, was jetzt zu höheren Preisen verkauft wird, ausländische Ware ist. So scharf sonst die Polizei eingzugreifen weiß, hier hört man nichts davon, daß sie gegen einen solchen Vortag vorgeht. Man hätte bestimmen müssen, daß die ausländische Ware nur unter Kontrolle irgendwelcher Körperschaft in besonderen Verkaufsstellen verkauft werden darf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die schwanfende Taktik der Regierung bei der Höchstpreisfestlegung wirkt geradezu als Anreiz auf die Produzenten und Händler zur spekulativen Zurückhaltung der Waren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) wenn die Leute sehen, daß trotz aller Warnungen der Regierung schließlich doch die Preiserhöhung kommt. Der Umstand, daß jetzt in der Zeit der Lebensmittelknappheit große Mengen verdorbener Lebensmittel angeboten werden können, ist geradezu ein Schandfleck an unserer Wirtschaftspolitik. Solche Leute müssen als Landesverräter behandelt werden. Kürzlich ist ein Händler, der Lebensmittel nach England lieferte, zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Aber die Leute, die Lebensmittel in spekulativer Absicht zurückhalten und dann verderben lassen und damit der Ernährung des deutschen Volkes entgegen, handeln genau so verwerflich und bieten England dieselbe Miße wie jener Händler. Das Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers ist ja eine sehr schöne Sache, aber wenn es nicht angewandt wird, verfehlt es seinen Zweck. Offenbar werden die Polizeibeamten nicht genügend instruiert, was man als Lebensmittelwucher aufzufassen hat. Wenn der Weiskohl in einem Ort den Höchstpreis von 5 Pf. pro Pfund hat und dicht daneben an einem anderen Ort ohne Höchstpreis für 15 Pf. verkauft wird, so ist das auch Lebensmittelwucher, gegen den die Polizei vorgehen muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren mögen nur mal an Wochentagen über die Märkte gehen und den Unwillen der Frauen über diese Wirtschaft hören! Der deutsche Landwirtschaftsrat hat für Weiskohl und Rotkohl Preise empfohlen, die viermal so hoch sind als die Preise im Frieden. Wollen Sie etwa behaupten, daß die Produktionskosten der Gemüsehauern sich seitdem um das Vierfache erhöht haben? Dabei sind die dort empfohlenen Preise niedrig gegenüber denen, die die Konsumenten tatsächlich bezahlen müssen. Auf dem

Kartoffelmarkt

setzt jetzt hier dasselbe Versteckspiel ein wie im vorigen Jahre. (Zuruf rechts: Maßnahmen der Regierung!) Wenn die Regierung unseren Anregungen gefolgt wäre, wären die jetzigen Vorkürfe nicht eingetreten. Aber es liegt doch kein Grund vor, nun durchaus auf dem verfahrenen Wege fortzufahren, statt mit energischem Mut in die richtige Fährte einzulenken. Herr Koesfide meint nun, man könne die Produktionskosten nicht für die einzelnen Produkte berechnen. Die Herren geben eben jetzt nicht mehr gern auf die Berechnung ihrer Produktionskosten ein, weil das Verhältnis zu den Preisen zu offensichtlich ist. Herr Koesfide nennt das eine Spielerei. Aber von landwirtschaftlichen Interessentverbänden und auch der „Deutschen Tageszeitung“ wurde diese „Spielerei“ noch vor kurzem geübt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Landwirtschaftsminister hat eine Beschlagnahme der Kartoffeln heute wieder für nicht möglich erklärt. Gleichwohl ist jedoch durch eine Bundesratsverordnung angeordnet worden und der Gouverneur von Warchau hat gleichfalls die Kartoffelbeschlagnahme angeordnet und auch durchgeführt. Warum soll es auch unmöglich sein, bei einer Ernte von 50 Millionen den notwendigen Bedarf sicherzustellen, wo man sagen kann, daß in diesem Kriege technisch überhaupt nichts unmöglich ist. Bei gutem Willen und der nötigen Energie lassen sich zweifellos die Maßnahmen treffen. Nun wird gesagt: geht man bei den Kartoffeln energisch vor, so gefährdet man die Ernährung des Viehes. Nun, wenn ich vor dieser Alternative stehe, dann geht mir die Ernährung des Volkes doch vor. (Zuruf rechts.) Es müssen jetzt Millionen ohne Futter und Fleisch leben und sind sehr froh, wenn sie nur Kartoffeln haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber Sie (nach rechts) können sich das offenbar nicht vorstellen, daß man ohne Futter und Fleisch leben kann.

Herr v. Schorlemer hat dann wieder behauptet, unsere agrarische Wirtschaftspolitik hat sich in diesem Kriege wohl bewährt, man kann aber auch entgegengesetzt schließen: Wir hätten auch verschiedenen neutralen Ländern viel besser Lebensmittel bekommen, wenn nicht vorher diese Hölle- und Absperungspolitik gewesen wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Also die Ernährung des Volkes muß unter allen Umständen sichergestellt werden, und zwar zu erschwinglichen Preisen. Der Vergleich mit dem Auslande hinkt. England ist bei seiner Preisgestaltung vom Ausland abhängig, wir aber erzeugen fast alles, was wir gebrauchen, selbst und haben es in der Hand, unsere Preisgestaltung so auszubauen, daß sie der Kaufkraft des Landes entspricht. Die Regelung darf nicht beim Konsum stehenbleiben, es muß auch energisch in die Produktionsverhältnisse eingegriffen werden. Auch hier muß ein Zwang ausgeübt werden. Herr Koesfide meint, wir seien sonst gegen den Arbeitszwang. Nun, wir erstreben eine Gesellschaftsordnung, wo kein Mensch als Ruhenier der Arbeit eines anderen auftritt, und daraus ergibt sich der Zwang zur Arbeit für jeden Menschen gang von selbst. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wenden uns nur dagegen, daß man die Arbeiter zwingt, für andere zu arbeiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es gilt, das Volk mit Lebensmitteln zu versorgen, müssen alle Rücksichten auf das Verfügungsrecht des Privatunternehmers schweigen. Herr Koesfide meint, wir haben kein Interesse daran, mit einem ausgehungerten Bauernstand in den Frieden zu gehen. Nun, diese Gefahr liegt nicht vor. Im übrigen bilden die selbständigen landwirtschaftlichen Betriebe nur 10 Proz. des Volkes, und ich richte an ihn die Gegenfrage: Hat Deutschland ein Interesse daran, daß wir mit einem ausgehungerten Arbeiter- und Mittelstand — das sind 90 Proz. des Volkes — in den Frieden hineingehen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie das nicht, dann müssen Sie für diese 90 Proz. des Volkes die Ernährungsverhältnisse erträglich gestalten. Es muß ganze Arbeit gemacht werden, es müssen einheitliche Richtlinien ausgearbeitet und noch insonde in dem Interesse der Allgemeinheit ohne Rücksicht auf besondere Berufsinteressen energisch gehandelt werden. (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (B.):

Für die Zukunft ist die rechtzeitige Vorbereitung eines wirtschaftlichen Kriegsplans nötig, ebenso die Auswahl gewisser Beamter nicht nur nach ihren juristischen und verwaltungstechnischen, sondern auch nach ihren volkswirtschaftlichen Kenntnissen. Wenn im Westen Kartoffeln verfallert wurden, so wäre das streng zu ahnden; aber es dürften in der Hauptsache nur Kartoffeln per-

Tuffert worden sein, die zur Menschenernährung nicht verwendbar waren. Wir alle danken unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung für ihre gewaltigen Leistungen, wir bewundern den Geldmuth der ostpreussischen Bauern, die noch im Geschickdonner den Acker bestellen. Denken wir nur daran, wie wir unsere Kriegswirtschaft weiter auf der Höhe halten. Man sollte mit den Bauern Verträge auf Anbau gewisser Kartoffelmengen abschließen unter Zusicherung auskömmlicher Preise. Die Versorgung der Städte muß der Spekulation entzogen und unser Volk mit dem Gemeinschaftsgedanken erfüllt werden.

Abg. Kretsch (L.):

Das Volk muß zu erschwinglichen Preisen ernährt werden; ist das nicht möglich, so müssen öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Höher als alles aber steht die Erhaltung einer Stimmung, die uns alle durchhalten läßt bis zu einem sieghaften Frieden, bei dem das deutsche Volk bestehen kann. (Beifall.) Das wollen auch die deutschen Arbeiter, selbst wenn ihre angeblichen Vertreter anders sprechen. Wir leben in einer belagerten Festung, daher die Teuerung. Die deutschen Landwirthe sehen zu hoch, als daß ich sie zu verteidigen brauchte. Wo scharf geschossen wird, tritt der Geldstandpunkt zurück. Wer das nicht glaubt, dem rate ich, dorthin zu gehen. Von dem Einfluß der Agrarier auf die Regierung habe ich nichts gemerkt; wir würden diesen Einfluß für außerordentlich reichhaltig halten. Die Belgier bekommen eine höhere Protration als wir. Erst kommen wir und dann die besetzten Gebiete. Das ist kein Vorrecht. (Zustimmung.) Ich habe draußen Partei-freunde der Herren Braun und Hofe gesprochen, sie sprechen anders als die Herren hier im Hause. Herrn Hoff's volkswirtschaftliche Betrachtungen waren mir ganz neu, obwohl ich mich schon 30 Jahre mit diesen Dingen beschäftige. (Zuruf links: Rauscher lernt's nie! — Große Heiterkeit.) Nach Herrn Hoff steht Dr. Koeslde nicht auf einer hohen Warte. Wenn Herr Hoff da schon steht, dann ist doch für niemand mehr Platz. (Stürmische Heiterkeit.) Was die Landwirthe jetzt mehr verdienen, wird später durch Mindererhebungen und Mehrausgaben wieder draufgehen. In die Psychologie der Kartoffel sind nur wenige Redner eingedrungen. (Heiterkeit.) Wenn Herr Hofe jetzt einen Berliner Kartoffeln für 1,20 M. herstellen kann, so sollte dieses Geheimnis sofort zu Gunsten des Reiches beschlagahmt werden. (Heiterkeit.) Wie die Hebung des Abg. Braun von einer Stimmung, die sage, der eine Feind stehe draußen der Front gegenüber, der andere heute hier das Volk aus, unwiderprochen, so könnte das zu einer gefährlichen Situation führen. (Sehr richtig!) Die Witterung muß richtig verteilt werden, die Wohlhabenden müssen durch freiwillige Beschränkung mit gutem Beispiel vorangehen. Freilich wollen manche Kreise auf Luxus und Wohlleben, die in diese erste Zeit nicht passen, nicht verzichten. Das muß die ärmeren Schichten verstimmen. Aber wir wollen nicht wehklagen, sondern uns die freundliche Inberücksichtigung auf den Sieg der deutschen Waffen erhalten. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Hoff (Sp.) erklärt, daß er weder die gänzliche Aufhebung der Völle fordert, noch einseitig nur Konsumenteninteressen vertreten habe.

Abg. Hofe (Soz.):

Der Abg. Kretsch hat die Behauptung aufgestellt, ich hätte mich gestern gegen die Errichtung der Umverteilung in Warschau ausgesprochen. Das habe ich natürlich nicht getan. Ich habe nur ausgesprochen, daß man erst den größten Hunger des Volkes stillen müsse. Erst wenn der leibliche Nahrungsbedarf gedeckt ist, sei der Boden für die Aufnahme der Geisteskost vorbereitet. Abg. Dr. Koeslde hat gestern in seiner Rede behauptet, ich hätte gesagt, man müsse die Bauern mit der Peitsche auf den Acker zur Produktion treiben. Ich habe diese Behauptung nicht getan. Vielmehr sagte ein Mitglied der Rechten in der Kommission, wenn die von mir vorgeschlagenen Maßnahmen durchgeführt würden, dann könnte man die Bauern doch nicht mit der Peitsche auf den Acker zur Produktion zwingen. Mir und meinen Freunden liegt die Anwendung der Peitsche selbstverständlich sehr viel ferner als den Mitgliedern der Rechten des Hauses, denn die Zeit liegt noch nicht lange zurück, als unter der Herrschaft der Leibeigenschaft die konservativen Rittergutsbesitzer die Peitsche über den Bauernrücken schwenkten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Koeslde (Konf.):

In der Kommission war von anderer Seite, nicht von uns, gesagt worden, daß man die Bauern nicht mit der Peitsche zur Arbeit zwingen könne. Darauf bemerkte Herr Hofe: Warum denn nicht, man zwingt doch auch Tausende von Soldaten zum Heeresdienst. Dagegen habe ich mich in meiner Rede gewendet.

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge und Resolutionen. Angenommen werden die Anträge der Kommission auf Sicherstellung der Versorgung des Volkes mit Speisepotatofeln. Die Forderung nach Ausnahmepreisen für keine Speisepotatofeln wird gegen die Linke angenommen. Angenommen wird weiter der Antrag v. Campe (natl.), nötigenfalls Kartoffelbestände zu enteignen. Der Zentrumsantrag, daß die Kartoffelhöchstpreise bis zum Frühjahr überhaupt nicht und später nur um einen dem Schwund entsprechenden Betrag erhöht werden dürfen, findet gegen die Rechte Annahme. Das Haus stimmt den Kommissionsanträgen auf ausreichende Gemüse- und Fleischversorgung des Volkes zu, ebenso einen Antrag v. Campe, wonach die Produzenten, Gemeinden, die Fleischer und der Handel auch im Vorstand der Viehhändlerverbände vertreten sein sollen, und zwar soll die Veruhung auf Antrag v. Poppenheim (Konf.) „tunlichst bald“ erfolgen. — Angenommen wird ein fortschrittlicher Antrag auf wirksamere Sicherung des Brotgetreides gegen Verfüttierung unter tunlichster Erhöhung der Protration; gegen die Fortschrittler und Sozialdemokraten wird ein fortschrittlicher Antrag abgelehnt, der Vorlegung einer Uebersicht über den Abschluß von Bild und die Vereinerung des Bildschabens verlangt, dagegen werden die Kommissionsanträge hierzu, sowie auf Erleichterung der Lieferung von Düngemitteln an die Landwirthe und auf Sicherung der Bestellung und Erntearbeit, sowie auf erhöhte Berücksichtigung der mittleren und kleineren Röhlen angenommen. Der Kommissionsantrag auf rückwirkende Erhöhung des Haferepreises wird gegen die Linke zum Beschluß erhoben. Die übrigen Resolutionen der Kommission (Staats- und Reichszuschüsse an die Gemeinden zur Abgabe von Nahrungsmitteln, deren Preis nicht verbilligt werden kann, an die minderbemittelte Bevölkerung, Verteilung der Futtermittel und Beförderung von Düng- und Futtermitteln auf den Eisenbahnen) werden angenommen.

Damit ist die Beratung der Ernährungsfragen erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr (Beratung des Kommissionsberichts über die Lage der Industrie und des Handels).

Schluß 5 1/2 Uhr.

Die Zensur des Abgeordnetenhauses.

In der Mittwochssitzung des preussischen Abgeordnetenhauses hat sich ein Vorgang abgespielt, der in den Annalen der Geschichte dieses Hauses wohl ohne Parallele war und einer näheren Erläuterung bedarf. Das Abgeordnetenhaus hat sich nämlich durch Majoritätsbeschluß darauf festgelegt, bei der Erörterung der Kommissionsberatungen des Staatshaushaltsausschusses auf die Beipredung der Kriegsziele und der auswärtigen Politik Verzicht zu leisten. Dieser Beschluß erscheint völlig räthselhaft, wenn man berücksichtigt, daß gerade in der Staatshaushaltskommission mehrere Tage lang über

diese Fragen nicht nur die lebhafteste Debatte geführt worden ist, sondern auch Beschlüsse nicht nur angenommen, sondern veröffentlicht worden sind, die den lebhaftesten Einspruch der Reichsregierung heraufzudenken. Nach der außerordentlichen Geschäftigkeit und dem ausgiebigsten Redebedarfnis im Geheimen der Kommission auf einmal die wunderjamste Abstimmung dem Plenum gegenüber! Man sollte doch meinen, daß, wenn die Kommission des Abgeordnetenhauses die zur Erörterung stehenden Fragen für so ungeheuer wichtig hielt, sie auch das Bedürfnis verspürt haben müßte, diese Fragen vor der Öffentlichkeit zu behandeln. Sintermalen doch die Redner der verschiedenen Parteien in der Kommission sich mit aller Entschiedenheit auf die angelegliche Zustimmung der hinter ihnen stehenden Volksmassen berufen hatten. Immer wieder war dort die Redewendung wiederholt worden, daß das Volk dieses oder jenes nicht verstehen würde, daß die Massen des Volkes diesen oder jenen Standpunkt einnehmen, kurzum, daß die Vertreter der Parteien nur deshalb das Wort in der Kommission ergriffen, um dem Willen und dem heißen Sehnen der hinter ihnen stehenden Wählermassen Ausdruck zu geben.

Demgegenüber wäre es doch äußerst interessant gewesen, einmal die Probe auf das Exempel zu machen, einmal durch die Verhandlungen im Plenum und ihre Aufnahme durch die Volksmassen festzustellen, ob denn wirklich die Vertreter in der Kommission beabsichtigt waren, im Namen breiterer Volksmassen zu sprechen. Aber ein solches Bedürfnis lag für die Parteien, die für die Abstimmung eintraten — und es waren alle bürgerlichen Parteien — offenbar nicht vor, nur der Vertreter der sozialdemokratischen Partei erhob Protest gegen derartige Geheimverhandlungen und die Verusche, durch unkontrollierbare und der Öffentlichkeit vorenthaltene Beratungen und Entschlüsse den Willen des Volkes nach dieser oder jener Richtung hin festlegen zu wollen.

Auch die Regierung hat sich durch den Mund des preussischen Ministers des Innern, Herrn v. Voebell, mit dieser Taktik einverstanden erklärt. Wir wollen demgegenüber nur bemerken, daß die sozialdemokratische Partei sich der Auffassung des Ministers in keiner Weise anschließen kann. Von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion wäre wahrscheinlich nicht zu befürchten gewesen, daß er kritische Fragen der Tagespolitik in einer Form behandelt haben würde, die den Interessen des deutschen Volkes schädlich gewesen wären. Die Sozialdemokratie hatte nichts zu verheimlichen und nichts zu verschweigen. Sie war sich dessen völlig sicher, daß sie nur zum Wohle des Vaterlandes und unter Zustimmung der ihr zugehörigen breiten Wählermasse sprechen werde. Sie gerade wünschte, daß den Volksmassen eine Kontrolle über die von ihren Vertretern gemachten Ausführungen gegeben würde. Aber offenbar wurde diese Auffassung von den Wortführern der anderen Parteien nicht geteilt.

Das ist außerordentlich bedauerlich. Denn nachdem einmal die Kommission des Abgeordnetenhauses nicht nur im Namen des Volkes selbst zu sprechen gewagt, sondern auch trotz des Widerspruchs des Regierungsvorgängers die Veröffentlichung ihres Beschlusses durchgesetzt hatte, war es nach der sozialdemokratischen Auffassung doppelt notwendig, nimmere auch die Meinungsabstimmungen soweit als möglich der Öffentlichkeit zur freiesten Begutachtung zu unterbreiten. Daß es sich bei der Beschlusfassung nicht nur, sondern auch bei ihrer Veröffentlichung nicht um einen Zufall, sondern um eine sorgfältig abgewogene Aktion gehandelt hatte, unterliegt keinem Zweifel. Zweifellos war dadurch eine politische Wirkung nicht nur beabsichtigt worden, sondern man hatte auch eine Wirkung auf einflussreiche Kreise erreicht zu haben geglaubt, eine Wirkung, die im höchsten Maße bedauerlich erscheinen und für das deutsche Volk unter Umständen verhängnisvoll werden konnte. Es war deshalb notwendig, diese Aktion der bürgerlichen Vertreter des preussischen Abgeordnetenhauses zu beleuchten und zurückzuweisen. Vor dem Lande zurückzuweisen, das ja nach den Ausführungen selbst der Redner der Konservativen ein Recht hat, bei Erörterung seiner Lebensfragen und Lebensinteressen mit aller Entschiedenheit mitzuspochen.

Für die Vertreter der arbeitenden Klassen besteht ja leider zurzeit keine Möglichkeit, ihre Meinung auf anderem Wege zur Kenntnis der Massen des Volkes zu bringen. Nur die herrschenden Klassen sind in der Lage, ihren Einfluß auf anderem, direktem Wege geltend zu machen. Die Sozialdemokratie ist dazu nicht imstande. Da aber die Presse durch die bekannten Umstände verhindert ist, ihre Meinung frei heraus zu sagen und da dieselbe Unmöglichkeit besteht, durch Reden in Versammlungen dem Volk die sozialistischen Auffassungen zu vermitteln, bleibt eben nichts anderes übrig als durch Reden im Parlamente das zu sagen, was nach Ansicht der Vertreter breiterer Volksmassen zum Heil des deutschen Volkes gereicht.

Eine solche Aussprache wäre, wir betonen das immer wieder, durchaus möglich gewesen, ohne dadurch irgendwelche Interessen Deutschlands zu gefährden. Im Gegentheil.

Politische Uebersicht.

Das Ende der Ernährungsdebatte.

Das Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag die Debatte über die Ernährungsfragen zu Ende geführt. Wie vorausgesehen war, sind fast alle Wünsche der Produzenten zu Beschlüssen erhoben worden. Ob sie Gesetzeskraft erlangen, steht freilich dahin, da maßgebend hierfür nicht Preußen, sondern das Reich ist. Allerdings wird man darauf rechnen können, daß der preussische Landwirtschaftsminister seinen ganzen Einfluß auf den Bundesrat ausüben wird, um die Gesetzgebung in seinem Sinne zu beeinflussen. Bekannt ist doch, daß er in seiner Rede, mit der er in die Debatte eintritt, nicht nur unumwunden zur heutigen Schutzpolitik, sondern lieh er doch auch deutlich die Absicht, daß für ihn das Interesse der Landwirtschaft an erster Stelle steht. Die von verschiedenen Seiten geforderte generelle Beschlagnahme der Kartoffeln bezeichnet er rundweg als undurchführbar, zumal da dadurch die Erhaltung unserer Viehbestände in Frage gestellt werden würde. Auch der weiteren Erhöhung von Höchstpreisen steht Herr v. Schorlemer-Lieser nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, wenn es gilt, durch diese Maßnahme die Produktion zu steigern.

Den Interessen der Verbraucher nahm sich außer dem fortschrittlichen Abgeordneten Hoff, der in der Hauptsache gegen den Abgeordneten Dr. Koeslde polemisierte, in besonders wirksamer Weise Genosse Braun an, dessen Ausführungen eine vorzügliche Ergänzung der Hoferschen Rede vom Mittwoch bilden. Gestützt auf eigene Erfahrungen war es unsere Vertreter ein leichtes, die landwirtschaftlichen Uebertreibungen auf das richtige Maß zurückzuführen. Die von ihm vorgeführten Tatsachen werden dem Volke die Augen über die wahren Ursachen der Lebensmittelteuerung öffnen und in den weitesten Kreisen Aufklärung darüber schaffen, wer in Wirklichkeit die Opfer bringt. Wir sind überzeugt, auch weit über die Reihen unserer Parteigenossen hinaus wird der Appell unseres Redners, ohne Rücksichtnahme auf irgendwelche Profitinteressen nur das Wohl

der Gesamtheit im Auge zu behalten, verständnisvolle Zustimmung finden.

Den Standpunkt der Produzenten vertrat diesmal mit besonderem Nachdruck der Abg. Kretsch, der es an heftigen Ausfällen gegen unsere Partei nicht fehlen ließ. Eine noch-malige Erwiderung machte die Mehrheit uns unmöglich, sie schnitt unserem Redner einfach das Wort ab.

Die Abstimmung ergab im großen und ganzen die Annahme der Kommissionsanträge; nur in wenigen Punkten stimmte das Haus anders als seine Kommission. So gelangte der Antrag, der sich auf die Lebensmittelversorgung durch die Gemeinden bezieht, in folgender von fortschrittliche Seite beantragten Fassung zur Annahme: Die Regierung wird ersucht, Maßnahmen zu treffen, um durch Gewährung von Zuschüssen des Staats und Reichs die Kommunen und Kommunalverbände in die Lage zu versetzen, in Notfällen der minderbemittelten Bevölkerung, namentlich den Kriegerfamilien und Kriegshinterbliebenen, unentbehrliche Nahrungsmittel zu einem unter dem Erwerbsspreise liegenden Preise zur Verfügung zu stellen.

Weiter beschloß das Haus — gleichfalls auf Antrag der fortschrittlichen Volkspartei — an die Regierung das Ersuchen zu richten, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das Brotgetreide aus der kommenden Ernte wirksamer als bisher gegen Verfüttierung zu sichern, um — unter tunlichster Erhöhung der Protration — eine möglichst große Menge Brotgetreide für die Volksernährung bereitzustellen zu können.

Gegen beide Anträge stimmten nicht nur die konservativen Parteien, sondern auch die nationalliberale Gruppe um Fuhrmann.

Am Freitag beginnt die Beratung über die Lage der Industrie.

Eine Kundgebung des unterelsässischen Bezirkstages.

Nach zweijähriger Unterbrechung fand in Strassburg i. E. am Dienstag und Mittwoch eine Tagung des unterelsässischen Bezirkstages statt. Am Schlusse der Dienstagsitzung kam es zu einer Kundgebung über die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zu Deutschland. Die Vertreter des Zentrums, der Sozialdemokraten und der liberalen Fraktion, Abg. Graf v. Andlau, Abg. Böhle und Abg. Wehrung brachten folgenden Antrag ein:

„Der Bezirkstag des Unterelsaß gedenkt mit seinem heftigsten Wünschen der im Osten und Westen die Grenzen des Vaterlandes schützenden und verteidigenden elsässischen Landesinder.“

Die Mitglieder des Bezirkstages legen dabei nachdrücklich Wert auf die sowohl von verantwortlichen Stellen als auch sonst in Frankreich immer wieder ausgesprochene Auffassung, welche die Angliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich als Hauptkriegsziel bezeichnet.

Sie geben demgegenüber als Ausdruck ihrer Ueberzeugung die Erklärung ab, daß die wirtschaftliche Wohlfahrt Elsaß-Lothringens, das in 45jähriger Friedensarbeit ein Glied der deutschen Volkswirtschaft geworden ist, nur durch seine Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche unangetastet bleibt und daß eine murelechte kulturelle Zukunft unseres Landes nur im Anschluß an das gesamte deutsche Volksleben möglich ist.

Graf von Andlau, Böhle, Wehrung.“

Dieser Antrag fand in der Abstimmung einstimmige Annahme.

Ein dringendes Gebot der Stunde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ vertritt erneut in einem langen Artikel den Standpunkt, der von den Reichsparteien des preussischen Abgeordnetenhauses in der Staatshaushaltskommission eingenommen und durch die Resolution zum Ausdruck gebracht worden ist. Sie verwahrt sich dabei auch gegen den Vorwurf, daß die Aktion des preussischen Abgeordnetenhauses eine innerpolitische Bedeutung gehabt habe. Sie sagt:

„Auf die Unterstellung schließlich, die Veröffentlichung der Kommission entspringe gewissen innerpolitischen Gründen, brauchen wir, nachdem sie von einer berufenen Stelle als „zu dum“, von einer anderen als „frivol“ gekennzeichnet worden ist, nicht wieder einzugehen; wer derart den Burgfrieden bricht, der richtet sich selber. Die Veröffentlichung der Kommission war weder ein Mißtrauens- noch ein Vertrauensvotum, sie hatte keine Person, sondern nur die Sache zum Ziel: der Stimme des Landes Ausdruck zu geben, um in kritischen Tagen dieses großen Daseinskampfes der deutschen Nation dem Reiche zu dienen. Nicht um politische Interessen ging es ihren Urhebern, sondern, wie ein Wort es treffend sagte, um Krieg und Sieg. Damit haben diese Männer nicht Mißtrauen und Demüthigung, sondern den Dank des Landes verdient!“

Diese Sachlage klarstellen und Mißdeutungen zu beseitigen, ist ein dringendes Gebot der Stunde!“

Die „Deutsche Tageszeitung“ bestätigt durch diese erneute Kundgebung nur, daß es ihr in Wirklichkeit auf eine hochpolitische und selbstverständlich auch innerpolitische Aktion angekommen war. Gegen ihre Auffassung mit so starken Ausdrücken zu polemisieren, wie sie das selbst beliebt, ist uns — und zwar nicht nur aus Gründen der politischen Wohlansichtigkeit — unmöglich. Aber es kommt auch auf polemische Schärfe gar nicht an, sondern auf die Heraushebung des Kerns der Streitfrage. Und wie diese Streitfrage von der „Deutschen Tageszeitung“ beurteilt wird, ergibt sich ja deutlich genug aus dem Wortlaut ihrer eigenen Ausführungen. Daß die „Deutsche Tageszeitung“ und ihre Parteigänger dem Wohle der deutschen Nation zu dienen beabsichtigen, braucht keineswegs bestritten zu werden. Die Frage ist einzig die, ob ihre Auffassung und die ihrer Ansicht nach anzuwendende Taktik berechtigt ist und wirklich den Interessen der Nation dient. Die Reichsregierung war anderer Auffassung, und wir sind es natürlich erst recht. Inwiefern es sich dabei um eine innerpolitische und eine Personenfrage handelt, können wir momentan nicht erörtern. Wenn später einmal das Archiv des preussischen Abgeordnetenhauses erschlossen und die Verhandlungen in der Kommission der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, wird die Öffentlichkeit sich ja selbst ein Urteil über die Darstellung der „Deutschen Tageszeitung“ zu bilden vermögen. Dies Urteil wird unserer Ueberzeugung nach freilich nicht im Sinne der „Deutschen Tageszeitung“ ausfallen.

Auch gegenüber all diesen Darstellungen müssen wir es aufs äußerste bedauern, daß der Beschluß des preussischen Abgeordnetenhauses, keine öffentliche Verhandlung über die Erörterungen des Staatshaushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses stattfinden zu lassen, nicht verhindert worden ist. Hätte diese Aussprache, die — wir betonen es immer wieder — sich durchaus im Rahmen der Staatsnotwendigkeit hätte halten können, stattgefunden, so würde es der „Deutschen Tageszeitung“ unmöglich gewesen sein, etwas Derartiges zu Papier zu bringen, wie wir es oben gillert haben.

Einzelsindtage und auswärtige Politik.

Die konservative Fraktion der Zweiten sächsischen Ständekammer hat folgende Interpellation an die Staatsregierung gerichtet:

„Was gedenkt die Kgl. Staatsregierung zu tun, um der in der Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 12. Februar 1916 zutage tretenden Auffassung des Herrn Reichsanwalters gegenüber, daß nur der Reichstag berechtigt sei, zu Fragen der auswärtigen Reichspolitik Stellung zu nehmen, die Rechte des Bundesrats und der sächsischen bundesstaatlichen Volksvertretung zu wahren?“

Die Interpellation ist von sämtlichen Mitgliedern der Fraktion unterzeichnet.

Bundesratsbeschlüsse.

Am 11. d. M. Berlin, 17. Februar. (B. L. B.) In der heutigen Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme: Eine Aenderung der Bekanntmachung vom 29. April 1903 zum Gesetz gegen den verbrecherischen Gebrauch von Sprengstoffen und eine Ergänzung der Verordnung über Veräußerung von Kaufahrtschiffen an Nichtreichsangehörige vom 21. Oktober 1915.

Die Ernährungsfrage im sächsischen Landtage.

Die II. Kammer des sächsischen Landtages beschäftigte sich am Donnerstag abends in einer fünfständigen Debatte mit der Ernährungsfrage. Die neueren Erörterungen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung veranlaßte die sozialdemokratische Fraktion, einen Antrag zu stellen, der die sächsische Regierung ersucht: 1. im Bundesrate einen dringlichen Antrag dahingehend einzubringen, daß die Erhöhung der Preise für wichtige Lebensmittel insbesondere der Kartoffeln sofort rückgängig gemacht wird; 2. im Bundesrate einer etwa beabsichtigten Erhöhung der Preise für weitere Lebensmittel mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. — Die Nationalliberalen interpellieren, ob die Regierung bereit sei, über die Gründe, die den Bundesrat zu einer Heranführung der Höchstpreise für Brotgetreide und Kartoffeln veranlassen könnten, und über ihre Haltung bei der Beschlußfassung Auskunft zu geben.

Die Beisprechung bot sachlich wenig Neues. Von unseren zwei Rednern wurde dringend verlangt, daß die Reichsregierung energischer vorgehe. Den vielen Worten müßten nun endlich die erforderlichen Taten folgen; das Volk habe nachgerade die immerwährenden Verträge satt. Die Erklärungen der Regierung boten in dieser Hinsicht leider wenig Aussicht. Von verschiedenen Seiten wurde scharf betont, daß die Regierung und die landwirtschaftlichen Organisationen in Preußen in erster Linie für die herrschenden bedenklichen Zustände verantwortlich zu machen sind. Der sozialdemokratische Antrag wurde ohne Verweisung an eine Kommission sofort einstimmig angenommen.

Der sächsische Landtag wird diesmal nicht geschlossen, sondern vertagt werden. Er erhält dadurch die Möglichkeit, eine Entscheidung über die von der Regierung geforderten Einkommensteuerauslässe noch nicht sofort treffen zu müssen. Außerdem kann er, wenn es die Kriegslage erfordert oder Friedensverhandlungen in Aussicht stehen, schnell einberufen werden, worauf die Mitglieder des Landtages besonderen Wert legen.

Die Butterversorgung im Fürstentum Lippe.

Eine für das Fürstentum Lippe am 16. Februar erlassene Butterverkehrsverordnung bestimmt:

Wer für die Kalendertwoche im freien Handel 125 Gramm Butter für jedes Mitglied seiner Haushaltung nicht zu erwerben vermag, kann den Unterschied zwischen dieser Menge und der freihändig erworbenen Menge als Fehlbetrag bei der Butterverorgungsstelle seiner Wohnsitzgemeinde zur Lieferung anmelden.

Der Besteller kann auch ausschließliche Versorgung durch die Gemeinde beantragen. Die größeren Kollereien sind verpflichtet, einen Teil ihrer Erzeugnisse an Butter an die Gemeinden abzugeben. Sie bekommen von den Gemeinden für das Pfund 2,30 bis 2,40 M. vergütet. Der Abgabepreis der Gemeinden darf nicht über den von der Regierung festgesetzten Kleinhandelshöchstpreis hinausgehen (zurzeit 2,40 M.).

Behördlicher Zwang zum Sparen.

Ein Erlass des stellvertretenden Generalkommandos des 11. Armeekorps in Kassel wendet sich gegen Jugendliche. Es heißt darin, daß Minderjährige oft von den während des Krieges sehr hohen Löhnen keinen vernünftigen Gebrauch machen und, ansstatt zu sparen und ihre Angehörigen zu unterstützen, verschwenderisch leben. Es ist tatsächlich vorgekommen, daß in Thüringen junge Burken sich die Zigaretten mit Papiergeld angulden, 1. Klasse ins Theater führen, dort sich auf den 1. Rangplätzen recht machen u. a. Gegen solche leichtsinnigen oder böswilligen Geldverschwender wendet sich die Verordnung. Danach sind Minderjährige (d. h. Personen bis zum 21. Jahre) verpflichtet, von ihrem Lohn und ihren sonstigen Einkünften einen dem Ernst der Zeit angemessenen, sparsamen Gebrauch zu machen, insbesondere ihre Angehörigen zu unterstützen und das Geld, das sie nach Erfüllung dieser Pflicht über die notwendigen Bedürfnisse hinaus übrig haben, auf die Sparkasse zu legen. Minderjährigen, die diese Pflicht gröblich verletzen, wird der Lohn nicht ausgezahlt. Das Geld erhalten ihre gesetzlichen Vertreter, ein angemessener Teil davon wird einbehalten, an eine mündelsichere Sparkasse abgegeben und bleibt bis zum Kriegsende (jedoch nicht über das 21. Lebensjahr hinaus) gesperrt. Auch kann ihnen verboten werden, ihren bisherigen Aufenthaltsort ohne besondere Erlaubnis zu verlassen.

Die ungenügende Kriegsgewinnsteuer.

Angeichts der Gewinnsteuern in den bisher veröffentlichten Abzählungen für das Kriegsjahr 1915 dürften die Börsengerüchte richtig sein, die von einer Wiederholung des Antrages wissen wollen, der schon beim Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne eingebracht worden ist, daß nämlich durch eine Steuer 75 Proz. der Kriegsgewinne weggesteuert werden. Und das mit gutem Recht: die übermäßigen Gewinne sind auf Kosten des Reiches und der privaten Verbraucher gemacht worden, und sind bei ihrer fabelhaften Höhe nicht mit der Ausrede von der Notwendigkeit, die Volkswirtschaft anzuregen, entschuldigbar. Ein Antrag auf Einführung eines Steuerfußes von 75 Proz. findet auch darin eine Stütze, daß die englische Regierung nach den „Financial News“ den Kriegsgewinn zu drei Vierteln wegsteuern will. Diese Maßnahme ist dabei in England noch radikaler als in Deutschland, weil die englische Steuer das jährliche Einkommen trifft, ohne Rücksicht darauf, ob es gespart oder verbraucht wird, während die geplante deutsche Steuer nur den Vermögenszuwachs, also nur das in dem langen Zeitraum von drei Jahren gesparte Einkommen treffen soll. Die deutschen Kapitalisten werden diese Vorschläge hoffentlich dankbar begrüßen, da es ihnen sonst fatal sein müßte, an Steuerfreudigkeit fürs Vaterland von den englischen Kollegen übertroffen zu werden! Von den steuerlichen Maßnahmen ganz abgesehen erweist sich eine Überprüfung der erzielten Gewinne und Preise als un-

abwendbar, da im Drange des Augenblicks und unter Ausnutzung der laufmännischen Unerfahrenheit vieler Beamten Preise bewilligt worden sind, die eine dauernde Ueberzahlung darstellen. Justizrat Georg Romberg stellt in einer jüngst erschienenen Broschüre über Kriegsgewinn- und Kriegserbschaftsteuer mit Zug und Recht dazu einen Vergleich her mit der Befugnis, die Gebühren eines Rechtsanwalts nach dem Gutachten des Vorstandes der Anwaltskammer herabzusetzen, soweit eine übermäßige Ausdeutung des Klienten vorliegt. Die nachträgliche Reduzierung der Preise auf ein angemessenes Maß ist einfach eine Notwendigkeit. Das ist auch die Meinung der überwiegenden Reichstagsmehrheit, die den Antrag des Nationalliberalen Schiffer annahm: durch ein Gesetz für den Reichsdienst einen Anspruch auf Ausgabung solcher übermäßiger oder unlauterer Gewinne zu begründen, die bei Beförderung oder Vermittlung von Kriegslieferungen erzielt worden sind.

Gegen die Zollunion.

Der Wunsch nach einer Zollunion der Zentralmächte wird keineswegs von den Industriellen der beiden Mächte allgemein geteilt. In einer Berliner Tageszeitung veröffentlicht zum Beispiel der Präsident des Bundes österreichischer Industrieller Heinrich Wetter einen Artikel gegen die Zollunion (mit Zwischenlinie). Er verlangt nur:

„Ohne Zollvereinigung ist die Führung einer gemeinsamen Handelspolitik der beiden Reiche in der Richtung möglich, daß die Handelsverträge mit dritten Staaten in Zukunft gleichzeitig verhandelt und gleichzeitig abgeschlossen werden. So sind die Kaiserreiche in der Lage, einander auf handelspolitischem Wege Begünstigungen zu bieten, welche dritten Staaten niemals zufließen können. So kann eine Gleichheit der Gesetzgebung, die ohnedies nicht prinzipielle Verschiedenheiten aufweist, eine leichtere Durchsetzbarkeit der Rechtsansprüche der Angehörigen beider Staaten in den Nachbarstaaten und vieles andere das Wirtschaftsleben der beiden Zentralmächte einander noch wesentlich näherbringen und eine wirtschaftliche Einheit schaffen, welche in einem späteren Zeitpunkt auch in einer Zollgemeinschaft, vielleicht sogar in einer unbeschränkten Zollunion ihre Krönung finden könnte.“

„Geben wir schrittweise vor, versuchen wir zunächst, einige wenige Schritte nach vornwärts in unseren zolltariflichen Beziehungen auf dem Wege der Vereinigung zu machen, suchen wir außerdem möglichst viele Gebiete der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit, beginnen wir damit, schon in der gemeinsamen Arbeit der Rohstoffversorgung nach dem Kriege. Dies wird der erste Schritt sein, dem andere folgen können.“

Von den Raumannschen „Gedankenflügen“ nach „Mitteleuropa“ hält er also nicht viel. Ebenso hat sich dieser Lage der Reichstagsabgeordnete Dr. Sirefemano in Budapest zwar für ein wirtschaftliches Zusammenwirken, aber gegen eine Zollunion ausgesprochen.

Siedelungspolitik.

Uns wird geschrieben: „Ist es auch zu verwerten, wenn Siedelungsbestrebungen nur unter dem Gesichtspunkte der Kriegsbeschädigtenversorgung betrieben werden, so hat der Gedanke, durch eine verständige Siedelungspolitik die Bodenverträge zu steigern und weite Volksschichten in gesundheitlich und wirtschaftlich einwandfreie Verhältnisse zu bringen, sicher etwas für sich. Der Gedanke kann und darf aber nicht in der Weise verwirklicht werden, wie man sie bisher geübt hat, nämlich in der Absicht, dem Lande wieder billige Arbeitskräfte zuzuführen. Die Siedelungspolitik der neuen Zeit“ muß auf andere Zielpunkte eingerichtet werden, sie muß nach den Richtlinien betrieben werden, die das Wohl der Volksgemeinschaft vorschreiben.

In diesem Sinne ist schon etwas gewonnen und getan, wenn man die Unvereinbarkeit der bestehenden Zustände mit der Durchführung von großzügigen Reformen aufzeigt.

Das geschieht zurzeit durch eine Veröffentlichung des „Fachausschusses für An siedelung von Kriegsbeschädigten in der Provinz Westfalen“, in der zunächst hervorgehoben wird, daß nur eine Lösung der Siedelungsfrage im ganzen in Betracht kommen könnte, und daß nur tiefgreifende Reformen auf dem Gebiete der Bodenpolitik eine gezielte Entwicklung der Verhältnisse im Siedelungswesen sichern würden. Dann heißt es mit einer an dieser Stelle immerhin erfrischend wirkenden Deutlichkeit u. a.:

„Bisher sind alle Bestrebungen, die innere Kolonisation zu fördern, ... in der Hauptsache den Grundstücksverläßern, den Grundstücksvermittlern, Agenten und Zwischenhändlern zugute gekommen... Die Folge davon ist, daß die Grundstückspreise in den letzten 20 bis 30 Jahren erheblich gestiegen sind, so daß der wirtschaftliche Eigentümer auch bei günstigen Bedingungen unter normalen Verhältnissen trotz der hohen Lebensmittelpreise kaum einen nennenswerten Reinertrag erzielen kann.“

Die Gründe für die hohen, eine gesunde Siedelungspolitik ausschließenden Grundstückspreise sind folgende: Die Nachfrage nach Grund und Boden übersteigt bei weitem das Angebot. Die Nachfrage geht aus: 1. von den Fiskusbesitzern... 2. von der Großindustrie, welche immer mehr ihre großen Kapitalien in Land anlegt, 3. von den Kapitalisten, welche erhaltungsgemäß zur Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Stellung ihre Gelder in Land anlegen (nach dem Kriege werden die Kriegsgewinne hierzu besonderen Anreiz geben), 4. von der gewerbetreibenden Bodenpekulation.

Eine Aenderung zu wirksamer Förderung der inneren Kolonisation sei nur möglich, wenn zu Siedelungszwecken ein allgemeines Vorkaufrecht an Grund und Boden geschaffen würde und ein Enteignungsrecht für Boden, dessen Ankauf im Interesse der Ansiedelung unentbehrlich ist, ferner für Deduzierungen und für Boden, dessen Verwässerung der Eigentümer vernachlässigt. Verzüglich zur Erwerbung von Grund und Boden auf diesen Wegen sollen nur der Staat, die Provinzen, Kreise und politischen Gemeinden sein.

Es handelt sich hier nicht um eine „großzügige Reform“, wie sie zur Gesundung unserer inneren wirtschaftlichen Zustände erforderlich wäre, aber es ist immerhin das Verdienst dieser von sozusagen autoritativ bürgerlicher Seite angehenden Rundmachung, den Finger auf Wunden gelegt zu haben, die zunächst mal behandelt und beseitigt werden müssen, ehe man weitere Schritte in der Angelegenheit tun kann.

Es ist namentlich sehr wertvoll zu hören, daß bisher alle Bestrebungen, die innere Kolonisation zu fördern, in der Hauptsache — sagen wir ruhig ausschließlich — anderen Leuten als denen, die angezogen sind, schätzbare Früchte gebracht haben.“

Die Kriegswirkung auf die Städte.

Nach einer Aufstellung des Statistischen Amtes in Eberfeld sind die direkten Gemeindesteuern in 110 preussischen Städten mit mehr als 80 000 Einwohnern im Kriegsjahr 1915 um 37 Proz. gestiegen, die indirekten um 36,52 Proz. zurückgegangen. Gerade die Hälfte der angeführten Städte — nämlich 55 — hat die direkten Gemeindesteuern erhöht. In den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern schwankt der prozentuale Zuschlag zur Einkommensteuer von 125 auf 250 Proz.

Das preussische Eisenbahn-Anleihegesetz.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Eisenbahn-Anleihegesetzes zugegangen. Mit Rücksicht auf die gegen-

wärtigen Verhältnisse sieht der Entwurf von der sonst üblichen Einstellung von Mitteln zum Bau neuer Bahnen einstweilen ab. Es sind nur Forderungen für die dringendsten Bedürfnisse der Eisenbahnverwaltung eingestellt, und zwar werden verlangt 11 382 000 M. zur Herstellung von zweiten und weiteren Gleisen, 20 672 000 M. für Bauausführungen, 280 200 000 M. zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Bahnnetzes und 1 000 000 M. zur weiteren Förderung des Baues von Kleinbahnen. Zu dem Gesamtbetrage in Höhe von 313 254 000 M. hat Sachsen-Weimar einen Zuschuß von 350 000 M. zu leisten. Die übrige Summe soll, wie üblich, durch Staatsschuldverschreibungen aufgebracht werden.

Der Haus- und Grundbesitz im Kriege.

Nach Schilderungen der Haus- und Grundbesitzer muß deren Lage geradezu trostlos sein. Nun mag es in der Tat richtig sein, daß manche dieser Leute durch den Krieg schwer geschädigt worden sind. Im allgemeinen ist jedoch die größte Vorsicht gegenüber den Klagen geboten. Daß es mit dem wirklich soliden Haus- und Grundbesitz nicht so schlimm bestellt sein kann, geht aus dem Bericht des Dortmunder Spar- und Bauvereins für das zweite Kriegsjahr hervor. Der Verein war nicht besser gestellt als die übrigen Hausbesitzer; auch er mußte bei den Familien der Kriegsteilnehmer auf 60, dann 40 und zuletzt 30 Proz. der verfräglich vereinbarten Miete verzichten. Trotzdem hat der Verein, der mehr als 2000 Wohnungen besitzt und vermietet hat, im Berichtsjahr sehr günstig abgeschlossen, er hat nämlich noch einen reinen Uberschuß von rund 100 000 M. erzielt. Außer sonstigen Rücklagen wurden dem Fonds 27 000 M., dem Reparaturausgleichsfonds 30 000 M. überwiesen und 4 Proz. Dividende werden zur Verteilung gebracht. Das ist ein Ergebnis, das bei der Bewertung der Klagen der Haus- und Grundbesitzer doch von einiger Bedeutung ist. Denn in der Hauptsache werden die Klagen wohl auf geschäftliche von Spekulationen zurückzuführen sein.

Kriegsorganisationen für den Gemüsebau.

Die mehrfach in Presse und Parlamenten geäußerte Forderung des Gemüsebaus soll durch die Schaffung von zwei neu gegründeten Kriegsorganisationen gefördert werden. Ein aus allen Teilen Deutschlands in der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft einberufene Ausschuß von Fachmännern wählte einen Ausschuss, bestehend aus zwei Vertretern der Produzenten, zwei Vertretern der Konsumindustrie und zwei Vertretern der Händler, sowie dem Leiter der Vermittlungsstelle des Verbandes deutscher Gemüsezüchter. Die Aufgabe dieses Ausschusses ist zunächst: Rekrutierung von Gemüse zum Wassergebrauch. Der Zweck soll erreicht werden durch Aufklärung unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammern und der örtlichen Gartenbauvereine, durch Regelung des Absatzes an die Heeresverwaltung, Stadtverwaltung, Trockenindustrie sowie den privaten Handel, durch Abschluß von Anbauverträgen, um sich ein bestimmtes Quantum von Gemüse sichern zu können, und durch Versorgung der Produzenten mit Stickstoffdünger, Saatgut, Arbeitskräften usw. Um juristische Rechte zu erlangen, wurde im Anschluß an die erwähnte Sitzung eine Kriegs-Gemüsebau- und Verwertungsgesellschaft m. b. H. mit dem Sitz in Berlin gegründet. Das Reich wird dieses neue Kriegsunternehmen durch eine größere Beihilfe fördern und unterstützen.

Technische Ziele wie die Kriegs-Gemüse- und Verwertungsgesellschaft verfolgt die vom Reichsamt des Innern ins Leben gerufene Zentralstelle für den Gemüsebau in Kleingärten, zu deren Leitung der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Arbeiter- und Schrebergärten, Geheimrat Dieckhoff, Direktor der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte, berufen worden ist. Die Hauptaufgabe dieser Zentralstelle, die ihre Tätigkeit über das ganze Deutsche Reich erstrecken wird, ist, auf die Gemeinden, Verbände, landwirtschaftlichen und gemeinnützigen Vereine in dem Sinne einzuwirken, daß sie geeignetes und, wenn möglich, sehr viel und preiswertes Land schleunigt für den Gartenbau zur Verfügung stellen. Dieses Land soll womöglich unentgeltlich oder höchstens zum Selbstkostenpreis an alle Bewerber abgegeben werden, die sich ernsthaft mit der Bepflanzung der überlassenen Flächen beschäftigen wollen. Im Interesse der Gemeinden und der Volksernährung wird es liegen, sich mit der Zentralstelle in allen den Gemüsebau in Kleingärten betreffenden Fragen schleunigst in Verbindung zu setzen. Nach den von dem Leiter der Zentralstelle einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ gegenüber dargelegten Richtlinien für die Tätigkeit dieser Zentralstelle wird sie sich namentlich die Beschaffung des geeigneten Düngers, die Samenbeschaffung und den Unterricht der Landbesitzer angelegen sein lassen und bemüht sein, den zum Heeresdienst eingezogenen Gärtnern und Gartenbesitzern für die Zeit des Anbaus, also für etwa vier bis sechs Wochen, Urlaub oder Befreiung vom Heeresdienst zu erwirken, damit die Bestellung der Felder ohne Verzögerung vor sich gehen kann.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Hoffmanns Stärkefabriken A.-G. in Salzwica zahlen eine Dividende von 12 Proz. gegen 6 Proz. im Vorjahr.

Die Continental-Gaoutchouc- und Gutta-percha-Compagnie Hannover schlägt für 1915 30 Prozent Dividende wie im Vorjahr vor.

Die Rauchwaren-Zurichterei und -Färberei A.-G. in Marzahn erhöht die Dividende von 14 auf 15 Proz.

Die Sächsische Kartonnagen-Maschinen-A.-G. in Dresden erhöht ihre im Vorjahr von 11 auf 6 Proz. herabgesetzte Dividende wieder auf 9 Proz.

Die Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik vorm. B. v. Ritter Aktiengesellschaft schüttet für das Geschäftsjahr 1915 aus einem Ueberschuß von 1 778 657 Mark (im Vorjahr 1 206 490 Mark) wieder 25 Proz. Dividende aus. In ihrem Geschäftsbericht wird zu dem Ergebnis u. a. folgendes bemerkt: Die durch den Krieg hervorgerufene anhaltend starke Nachfrage in unseren Erzeugnissen konnten wir durch Ausnutzung aller zur Verfügung stehenden Räume und Einlagen von Doppelschichten in einigen Abteilungen zum großen Teile befriedigen, um so mehr, da wir uns auch nach Kriegsausbruch ausschließlich dem Bau unserer eingeführten Maschinentypen gewidmet haben. Hierdurch und durch weitestgehende Anordnung bei Materialbeschaffung konnten wir die Auslieferung um reichlich 60 Proz. steigern und damit den höchsten Umsatze seit Bestehen unserer Fabrik erzielen. Die Gesellschaft schlägt eine Erhöhung ihres Aktienkapitals um 900 000 M. auf 8 Millionen Mark vor. Im Geschäftsbericht wird die Kapitaltransaktion damit begründet, daß eine abermalige Erweiterung des Werkes geboten erscheint, da es unmöglich ist, das derzeitige Fabrikationsprogramm den Anforderungen der Kundschaft entsprechend durchzuführen.

Die Phönix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Hörde weist in ihrer Halbjahresbilanz einen Betriebsüberschuß von 21 651 395 M. gegen 10 587 390 M. in der Vergleichszeit des Vorjahres resp. 22 636 121 M. am 31. Dezember 1912 und 18 849 945 M. am 31. Dezember 1913 auf. Bei einem Vergleich mit dem Ergebnis des ersten Halbjahres 1914/15 ist nach der Verwaltung zu bemerken, daß in den ersten Monaten durch den plötzlichen Ausbruch des Krieges große Störungen im Betriebe verursacht wurden und namentlich der Wegfall des größten Teils des Exportgeschäftes eintrat. Die Beschäftigung sei zurzeit lebhaft und die Preise im Steigen begriffen. Die Verfassung der Rohstoffe und der Arbeiter sei noch wie vor mit Schwierigkeiten verknüpft. Die Gesellschaft besitze aber Rohmaterialien in einem Umfang, der denjenigen der normalen Friedenszeiten übersteigt.

Einschränkung des Umfangs der Tagesblätter.

Der Wiener „Arbeiterzeitung“ wird aus Budapest gemeldet, daß in Ungarn infolge des Papiermangels Verhandlungen im Gange sind, den Höchstumfang der Tagesblätter durch Regierungsverordnung festzustellen, und zwar je nach dem Einzelverkaufspreis der Zeitungen. So sollen Blätter, deren Einzelnummer bis zu sechs Heller kostet, höchstens sechs Seiten, solche zu acht oder zwölf Heller höchstens acht oder zwölf Seiten stark erscheinen dürfen. Der Umfang von zwölf Seiten darf nicht überschritten werden, auch an Sonn- und Feiertagen nicht.

Soziales.

Heimarbeiterlöhne.

Vor einer Woche fand in Berlin eine Aussprache über Maßnahmen zugunsten der Heimarbeiter statt. Die Einladung ging von der Arbeitsstelle für Heimarbeiterreform und vom Bureau für Sozialpolitik aus. An der Besprechung nahmen Vertreter und Vertreterinnen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sowie der Zentralstelle für Arbeiterinneninteressen und der Verband der katholischen erwerbsfähigen Frauen und Mädchen teil. Als Ergebnis der Aussprache wurde in Aussicht genommen, eine Eingabe an Reichstag und Bundesrat betreffend die beschleunigte Durchführung des Heimarbeitergesetzes zu richten, an das Kriegsministerium das Ersuchen um Einführung von Sachverständigen zu richten und an die übrigen behördlichen Auftraggeber (Eisenbahn, Post, Gemeinden) das Verlangen zu stellen, eine gleiche Regelung der Lohnverhältnisse einzuführen, wie dies im Heimarbeitergesetz vorgesehen sei. Eine Kommission von 5 Personen soll in Gemeinschaft

mit dem Bureau für Sozialpolitik diese Eingaben bearbeiten. Dann trat man für planmäßige Verteilung der Heimarbeiter auf Heimarbeit ein und schlug hierfür die Bildung eines Beirates von Sachverständigen beim Kriegsministerium vor, worüber bereits Verhandlungen mit letzterem eingeleitet sind. Auch diese Angelegenheit wird der erwähnten Kommission überwiesen. An letzter Stelle wurden Mitteilungen über die Beteiligung sogenannter Wohlfahrtsorganisationen an der Übernahme von Heimarbeiteraufträgen für Heimarbeit gemacht und auf eine energische Bekämpfung des Heimarbeiter-Schwindels sowie auf die Notwendigkeit der Förderung der ortstatutarischen Krankenversicherung der Heimarbeiter hingewiesen.

Ein raffinierter Trick zur Umgehung des Tarifs.

Während auf der einen Seite die Militärbehörden den Unternehmern und Zwischenmeistern auf Militärarbeit die Zahlung der Tarifsöhne an die Arbeiter zur Pflicht machen, wissen auf der anderen Seite raffinierte Zwischenmeister immer neue Auswege zu finden, um einen Teil des den Arbeitern und Arbeiterinnen zustehenden Lohnes in die eigene Tasche zu stecken. Ein derartiges Manöver, welches der Kaufmann Oskar Haupt, Königsgraber Straße 67, seinen Arbeiterinnen gegenüber ausgeführt hat, wurde gestern durch die Kammer 2 des Gewerbegerichts als ein Verstoß gegen die guten Sitten bezeichnet.

Haupt ist Zwischenunternehmer auf Feldflaschenriemen. Dieser Artikel ist wegen seiner geringen Entlohnung schon seit längerer Zeit Gegenstand von Erörterungen in Sattlerversammlungen gewesen. Später sind die Löhne für Flaschenriemen durch die Schlichtungskommission für Militärartikel geregelt worden. Die Firma Gebr. Israel, welche die betreffende Lieferung von der Militärbehörde übernommen hat und die Arbeiten an Zwischenunternehmer weitergibt, verpflichtete sich der Schlichtungskommission gegenüber, die bis zum 31. Dezember 1915 entstandenen Lohnunterschieden an die betreffenden Arbeitnehmer nachzahlen und dafür zu sorgen, daß die Zwischenunternehmer vom 1. Januar ab die in der Schlichtungskommission festgesetzten Löhne zu zahlen haben. Der Kaufmann Oskar Haupt, der bis dahin statt 15 Pf. nur 9 Pf. Stücklohn bezahlt hatte, gewährte seinen Arbeiterinnen vom 2. Januar ab zwar den Tarifslohn von 15 Pf., ließ aber jede Arbeiterin ein Schriftstück unterzeichnen, wodurch sie sich verpflichtet, ein Drittel des Lohnes an Haupt zurückzahlen als Vergütung für seine Geschäftskosten und seine Bemühungen.

Eine dieser Arbeiterinnen klagte nun beim Gewerbegericht auf Zahlung von 5,70 M., die Haupt von dem Arbeitslohn der ersten Januarwoche als das ihm vermeintlich zukommende Drittel abgezogen hatte. Der Beklagte berief sich auf das erwähnte Schriftstück. Er bezeichnete daselbst als einen Vertrag, den die Klägerin mit ihm abgeschlossen habe, den sie also halten müsse! Das Gericht unter dem Vorsitz des Justizrats Marcuse verurteilte selbstverständlich den Beklagten zur Zahlung des geforderten Betrages mit der Begründung: Der Beklagte hat der Klägerin gegenüber erklärt, daß er den Tarifslohn zahlen wolle. Gleichzeitig hat er mit ihr ein Abkommen getroffen, wonach sie ihm ein Drittel des Lohnes zurückzahlen solle. Dieses Abkommen verstößt gegen die guten Sitten und ist deshalb nichtig. Der Tarif ist zu dem Zweck gemacht, damit den Arbeitern ein bestimmter Lohn gesichert werde. Solche Verträge, wie der Beklagte mit seinen Arbeiterinnen abschloß, laufen darauf hinaus, die zugunsten der Arbeiter getroffenen Tarifbestimmungen heimlich zu umgehen. Solche Verträge können deshalb keine Gültigkeit haben.

Am Montag, den 14. Februar, verschied nach kurzem schweren Leiden meine liebe Frau, unsere innigstgeliebte Mutter **Albertine Wascher geb. Neumann.** Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Karl Wascher** nebst Kindern. Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr auf dem neuen Jakobikirchhof, Reußlin, Hermannstraße, statt.

Herzog zu Lauenburg
3 Pfg. Cigarette
WILANDE DRESDEN
Trustfrei

SINGER NÄHMASCHINEN
für Hausgebrauch und für den Erwerb.
Zu haben in den Läden mit nebenstehendem Schild oder durch deren Agenten.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Filialen in allen Stadtteilen.

Wichtig für Herren!
Während des Krieges gibt Erste Herrenkleiderfabrik Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß im Einzelverkauf vom grossen Fabriklager ab. Verkaufszeit 10-6. Sonnabends 10-8. Holkenmarkt 7/8 IV. Fahrstuhl.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kränzchen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schneiders **Wilhelm Prillwitz** sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Stadtvorordneten Walter Ranalle für seine trostreichen, wahrheitsgetreuen Worte am Sarge des Unseligen, dem Fleiß-Quartett am Sarge und am Grabe, dem Schneiderverband und den Kollegen meinen herzlichsten Dank.
Berlin, im Februar 1916.
Im Namen aller Hinterbliebenen **Martha Mühl.**

Zigaretten billig!
Wollen Sie wirklich gute Zigaretten zu ansehnlich billigen Preisen kaufen, so besuchen Sie meine
2 1/2 Pf. - Zigarette 100 Stück 1,40 M.
3 1/2 Pf. - Zigarette 100 Stück 1,95 M.
5 Pf. - Zigarette 100 Stück 2,85 M.
Gold- oder Papiermundstück.
Bei Abnahme von 500 Stk. franco.
E. Feldsler, Tüffelhof 1,
Herderstraße. 121/14

Wwe. Mathilde Prillwitz,
105H Chausseest. 33.
Dankfagung.
Allen Freunden und Bekannten, dem Bahlerverein für den 2. Vertreter Reichstagswahlkreis, dem Verband der freien Woll- und Seidenwirte, sowie dem Transportarbeiter-Verband sage ich für die herzlichste Teilnahme und Kränzchen bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters herzlichsten Dank.
Frau Berta Strauß und Kinder.
Eier billiger!
Drische Rogete von 12 Pf. an.
Koller, Graudenburgstr. 51.
121/16 Ede Ritterstraße.

Münzen kauft Ball, Münzhandlung, Büchelstr. 46/47.
Reuters Werte 3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
Trotz des Krieges liefern
Wohnz. 134-196, 203.50, 255.75, 293, 363, 446, 534
Schlafzimmer . . . 242, 322, 360, 429, 495, 853
Speisezimmer . . . 323, 447, 715, 748, 935, 1395
Herrenzimmer . . . 205, 337, 473, 503, 576, 823
Küchen 37.25, 47, 60, 79, 94, 105, 121, 138, 193
Einrichtungen bis 10 000 M.
Bestellung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierter Katalog Nr. 13 gratis und franko!

Am Montag, den 14. Februar, verschied nach kurzem schweren Leiden meine liebe Frau, unsere innigstgeliebte Mutter **Albertine Wascher geb. Neumann.** Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Karl Wascher** nebst Kindern. Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr auf dem neuen Jakobikirchhof, Reußlin, Hermannstraße, statt.

Berichtigung.
Die Beerdigung der **Frau Auguste Meyer geb. Klein** findet am Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der neuen Halle des jüdischen Friedhofes in Weissenhof aus statt. Im Namen der Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kränzchen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **August Nieter** sage ich allen Teilnehmern, Freunden und Kollegen meinen innigsten Dank. **Witwe Nieter nebst Kindern.**

Weil der Inhaber im Felde, verkaufe wegen vollständiger **Geschäftsauflösung** 1 Posten **Kostüme** feiner in besten, schw. u. weiß kariert, und anderen farbigen Stoffen, auf Seidenfutter jetzt **15⁰⁰, 19⁰⁰ M.** Hochf. **Seiden-Moirée-Mantel** und **-Jaquette, Tuch- und Alpaka-Mantel** **spottbillig** 1 Posten **Ulster, Wettermäntel** und **Sport-Jackette** größtentheils Backfischgrößen jetzt durchweg **7⁰⁰ M.** 1 Posten **Mädchen-Mantel** in allen Größen, in Leinen- und Wollstoffen, jetzt **3,95, 4,90.** Die Restbestände in Stoffen, Futtersachen u. Knöpfen, 1 Nähmaschine, 2 Zuschneidetische, Plättchen, Scheren, Stoffregale, Rollständer, Bügel billig.

W. Durra, Schwedter
Hof, Fabrikgebäude 2 Treppen. Untergrundb. Senefelderplatz.

In Freien Stunden
Die Wochenschrift für Arbeiterklassen **Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.**

Gegründet 1876
Versand nach allen Pflätzen Deutschlands. Wertpapiere und Kriegsanleihe nehme zum vollen Wert anstatt bar in Zahlung.

Gewidmet zum 31. Geburtstag meines innigstgeliebten Mannes und Vater meines einzigen Töchterchens, unseres braven Sohnes und unvergesslichen Bruders und Schwagers **Paul Schlenker** gefallen durch Granatschuß am 10. Juli 1915. 116H In schmerzlicher Erinnerung **Frida Salenter** nebst Töchterchen, **Frau Wehner** als Mutter, **Marie Salenter, Max Schlenker** als Bruder, **Alma Bodenstein** als Schwester, **Hud. Bodenstein**, kurzelt im Felde, **Wally Seifert** als Schwester, **Arno Seifert**, kurzelt im Felde. Er ruht nun friedlich aus vom Schmerz. Ein treues Vaterherz. Er wird von den Seinen daheim beweint, Die Gott auf Erden nicht mehr vereint. So ruht nun aus, Du gutes Herz, Du hast jetzt Frieden, wie den Schmerz.

Verband der Fahrkarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Am Montag, den 14. Februar, verstarb unser Mitglied **Karl Krüger.** Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes, Reußlin, Hermannstraße, aus statt. 53/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Feilenhauer **Paul Kopplin** Vansow, Schmidtstr. 6, am 16. Februar gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Legehalle des Vantower Gemeindefriedhofes, Schönholzer Heide, aus statt. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker **Karl Brunke** Reußlin, Jägerstr. 70, am 16. Februar gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr in Sarau statt. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gärtler **Gustav Sauer-Zurowski** Reußlin, Zahnstr. 4, am 11. Februar gestorben ist. Ehre seinem Andenken! 112/8 Die Ortsverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Stiefvater, der Feilenhauer **Paul Kopplin** nach langem, schmerzlichen Leiden im Alter von 28 Jahren entschlafen ist. Dies zeigt tiefbetrußt an Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des dritten Vantower Friedhofes, Schönholzer Heide, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. d. Berl. Reichstagswahlkreises.
Frankfurter Viertel. Bez. 209.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler **Ernst Jahn** Weberstraße 41 gestorben ist. Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt. Frankfurter Viertel. Bez. 392 I. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler **Ernst Tischmann** Hornbörfer Str. 17 gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, statt. Ehre ihrem Andenken! Um rege Beteiligung ersucht 912/1 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Britz-Beckow.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse **Paul Brasch** am Dienstag, den 15. Februar, im 45. Lebensjahre an Herzschwäche gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes Britz aus statt. Rege Beteiligung erwartet 194/12 Der Vorstand.

Neuköllner Liedertafel 1918.
(M. d. D. u. S. B.)
Am 15. Februar 1915 starb unser Sangesbruder **Paul Brasch.** Die Beerdigung findet heute Freitag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Vitzger Gemeindefriedhof, Chausseestraße, statt. Rege Beteiligung erwartet 57/10 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Am 14. Februar verstarb unsere Parteigenossin **Berta Münch** Böhmische Str. 7, 11. Bezirk. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Neuköllner Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg, statt. Um rege Beteiligung ersucht 206/14 Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin.
Bezirk Reußlin.
Am 15. Februar starb unser Mitglied, der Hilfsarbeiter **Paul Brasch.** Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Freitag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Britz aus statt. 140/15 Der Vorstand.

Stadtverordnetenversammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 17. Februar 1916, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Mischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Zur Verhandlung steht zunächst der dringliche Antrag Cassel und Genossen betr. die gleichmäßige Anwendung der Vorschriften des Reichsgesetzes von 1888/1914 wegen

Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer. Referent ist Stadtv. Imberg (Fr. Fr.). Der Ausschuhentwurf geht dahin:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, darauf hinzuwirken, daß von den einzelnen Unterstützungskommissionen der Stadt Berlin in gleichmäßiger Anwendung der reichsgesetzlichen Vorschriften, der Gemeindebeschlüsse und insbesondere der Bundesratsbeschlüsse vom 21. Januar 1916 über die Unterstützung der Kriegsfamilien bei den Beschlüssen über die Unterstützungsgesuche verfahren wird.

Die Versammlung nimmt ferner Kenntnis von dem vom Magistrat in der Ausschuhverhandlung vom 10. Februar 1916 abgegebenen Erklärung, daß er auf Grund des § 7 der Bundesratsbeschlüsse vom 21. Januar 1916 eine Beschwerdeinstanz geschaffen hat, und sieht in dieser Einrichtung eine weitere Gewähr für ein gleichmäßiges Verfahren der verschiedenen Kommissionen.

Stadtv. Adolf Hoffmann (Soz.): Die Stadt tut auf dem Gebiete der Unterstützungen sehr viel. Deshalb sollte man aber doch nicht z. B. in Bezug auf die Zuwendungen seitens der Arbeitgeber so kleinlich sein. Die Anrechnung dieser Zuwendungen ist gesetzlich nach unserer Meinung unzulässig. Ebenso steht es hinsichtlich des von einigen Kommissionen immer noch befolgten Verfahrens nach dem Prinzip der Teilbarkeit der Unterstützung, das nach dem Gesetz ebenfalls unzulässig ist. Nun haben wir ja endlich das Wichtigste, nämlich die Beschwerdebefugnis, die uns bisher fehlte; und nun möchte ich den Magistrat dringend bitten, dafür zu sorgen, daß wir nicht erst von den Staatsbehörden verteidigt werden, sondern von selbst tun, was unsere gesetzliche Pflicht ist. Die Arbeit des Ausschusses ist von der Reichsgesetzgebung überholt worden. Wir halten im Ausschuh ein Einkommensminimum von 1750 M. beantragt; das geht nicht, hier es jetzt kommt der Staat und setzt es, unbeschreiblich als wir, sogar auf 1500 M. fest, und nun geht! Wenig realistisch sieht es um die Unterstützung bei unseren städtischen Arbeitern; wir wollten sie durch eine Sonderstellung besser stellen als die übrigen Kriegsteilnehmer, tatsächlich aber sind sie jetzt unter Umständen schlechter gestellt. (Redner gibt dafür mehrere Beispiele.) Hier muß revidiert werden; der Einklang mit den neuen Unterstützungsgesetzen ist herzustellen. Endlich bitten wir den Magistrat um Auskunft, wie er sich zu unserem einstimmigen Beschlusse stellt, den Zuschlag auch für die Kinder auf 100 Proz. zu bemessen, das heißt von 6 M. auf 7,50 M. zu erhöhen. Bei dem freien Steigen der Lebensmittelpreise, bei der Ausichtslosigkeit ihres Verabgebens muß Berlin auch leisten, was selbst schwache Vorkriegszeiten gekostet haben. Der Magistrat soll doch also endlich dazu Stellung nehmen. Bei der Anzahl von Millionen, die jetzt gesperrt werden müssen, sollte hieran am allerwenigsten gespart werden.

Stadtv. Cassel (Linke): Auch ich nehme an, daß sich der Magistrat hierüber bald erklären wird. Im Punkt der Anteilbarkeit der Unterstützungen stehe ich völlig auf dem Standpunkt des Kollegen Hoffmann. Von der Beschwerdebefugnis erhoffen wir das endliche Verstummen der Klagen über die unterschiedliche Behandlung der Gesuche.

Stadtv. Dörflein: Die Frage, ob dem Magistrat eine Einwirkung auf die Kommissionen zusteht, ist jetzt durch die Bundesratsverordnung vom 21. Januar entschieden. Es ist eine Beschwerdebefugnis eingefügt, natürlich liegt das letzte Wort beim Magistrat selbst. Durch diese Einrichtung wird dem Wunsch nach Gleichmäßigkeit der Handhabung entsprochen. — Einer Nachprüfung der Verhältnisse hinsichtlich der städtischen Arbeiter wird sich der Magistrat nicht entziehen. Betreffs der Kinderzulage bittet der Magistrat die Versammlung, diese Frage im Zusammenhang mit der Etatberatung zu erörtern, nur dann wird sich ihre Tragweite und die Einwirkung auf die städtischen Finanzen beurteilen lassen.

Stadtv. Ad. Hoffmann: Diese Ausführung muß doch wie ein kalter Wasserstrahl wirken. Also noch bis gegen Ende März soll damit gewartet werden! Die nötigen Mittel fließen doch gar nicht aus dem Etat, Warum kann nicht jetzt schon darüber eine Aussprache sein? Die Säuglingssterblichkeitsziffer steigt an, Reich und Staat denken schon an Maßnahmen, um einzugreifen. Die 150 M. für das Kind pro Monat bedeuten sehr viel, wo heute die Mißpreise so hoch stehen und viele Nahrungsmittel kaum zu haben sind. Man sagt mir, es würde 4 Millionen kosten. Wo soviel Millionen verpulvert werden, kommt es auf 4 Millionen mehr an; in einer Zeit, wo so viel Menschenleben vernichtet werden, haben wir die doppelte Pflicht, für die Erhaltung der zukünftigen Generation zu sorgen! (Beifall.)

Stadtv. Düring (Fr. Fr.): Dem Magistrat muß in der Frage der Kinderzulage Zeit gelassen werden. Früher habe er einen ablehnenden Standpunkt eingenommen, jetzt prüfe er offenbar, ob er sich nicht der Versammlung anschließen könne. Die Not der Zeit tritt an jeden heran; wenn der einzelne den Rahmen seiner persönlichen Verhältnisse in Gefühlsauslassungen überschreitet, so ist das seine Sache. Die 4 Millionen müßten doch später auch durch Steuern gedeckt werden und diese müssen auch die draußen tragen, wenn sie später von der Front zurückkehren.

Stadtv. Adolf Hoffmann: Der Magistrat will warten, aber die Kinder können nicht warten. Schon seit November warten die Frauen auf diese Erhöhung. Berlin sollte doch musterhaftig sein und vorbildlich auf diesem Gebiete. Ich habe auch drei Söhne an der Front und weiß, was es heißt, durchhalten müssen; hätte Herr Düring dazu in gleicher Weise Gelegenheit, so würde er verstehen, was diese 150 M. bedeuten. Die zurückkehrenden Soldaten werden diesen Anteil an den schweren Steuern nach dem Kriege freudig zahlen, wenn sie ihre Kinder gesund, nicht unterernährt und lebensfähig wiederfinden.

Oberbürgermeister Wermuth: Seit Ihrem Beschlusse ist durch die bedeutenden Erhöhungen, welche in dem Bundesratsbeschlusse liegen, eine starke Milderung des Sachverhalts eingetreten. Unsere Unterstützungsleistungen sind von monatlich zwei auf zehn Millionen gestiegen. Der Standpunkt des Magistrats ist absolut einwandfrei.

Stadtv. Cassel: Die Bemerkungen des Kollegen Hoffmann über die auffallend große Kindersterblichkeit in Preußen sind begründet; was Berlin angeht, so werden wir uns noch darüber zu orientieren haben. Für die Kinder der Kriegsteilnehmer wird aber durchaus genügend gesorgt. Die Extraktfonds der Kommissionen sind wieder aufgefüllt und gewähren reichlich Extranutzleistungen.

Stadtv. Düring: Eine stärkere Säuglingssterblichkeit ist in Berlin nicht eingetreten.

Stadtv. Ad. Hoffmann: Ich bin Mitglied der Fraktion der Arbeiter, die doch wohl eine nähere Kenntnis von den Verhältnissen haben, die hier in Frage kommen, als der Vorkredner haben kann. Die Säuglings- und Kindersterblichkeit steigt wesentlich infolge der Unterernährung. Auch die Zahl der Diphtherieerbfälle wächst. Wir

könnten doch ganz gewiß schon heute eine gemischte Deputation mit der Sache betrauen. Die Erweiterung des Kreises der Unterstützungen hat mit der Kinderzulage nichts zu tun. Extranutzleistungen sind für Extranothfälle bestimmt.

Stadtv. Dr. Weber: Von einer kolossalen Säuglingssterblichkeit ist nicht die Rede; die Ziffer ist konstant herabgegangen. (Redner gibt die Zahlen der Monate September-Dezember 1915 und 1914.)

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Der Kollege Hoffmann hat ausdrücklich berichtet, daß er die Kindersterblichkeit gemeint hat, und die ist zurzeit außerordentlich hoch. (Widerspruch; Zuruf: In Preußen!) Berlin gehört doch auch zu Preußen. (Weiterer Zuruf: Die Zahl der Diphtherieerbfälle hat seit dem Herbst sehr erheblich zugenommen, im wesentlichen infolge Unterernährung, neben der Indolenz der Frauen.)

Stadtv. Dr. Weber: Die Erkrankungsfiguren an Diphtherie und Scharlach sind zurzeit sehr hoch, aber die Sterblichkeitsziffer bleibt weit dahinter zurück.

Stadtv. Dr. Landau (Linke): Nicht Unterernährung, sondern eine Epidemie ist die Ursache der Steigerung.

Nachdem Stadtv. Hoffmann noch selbst berichtet hat, daß er von der Kindersterblichkeit habe sprechen wollen, schließt die Debatte. Die Ausschuhentwürfe gelangen zur Annahme.

In einer umfangreichen Vorlage schlägt der Magistrat eine Reihe von Änderungen der Lieferungsbedingungen der Städtischen Elektrizitätswerke Berlin vor. Ueber die Einzelheiten ist bereits Mitteilung gemacht worden.

Stadtv. Dr. Levy II (Linke) empfiehlt Annahme der Vorlage. Der neue Pauschalzins für kleine und mittlere Abnehmer sei ebenso ein Vorteil wie der neue Einheitszins für Wohnungen und Werkstätten. Auch die sonstigen kleinen Zugeständnisse seien mit Freuden zu begrüßen.

Stadtv. Ritter (Soz.) tritt ebenfalls für sofortige Annahme ein. Selbstredend werde man nach dem Kriege das Verlangen der Tarifreform erneuern. Den weitergehenden Wünschen eines Teils der Interessenten könne aber zurzeit nicht nachgegeben werden.

Stadtv. Rosenow (Fr. Fr.) äußert sich in ähnlichem Sinne, während Stadtv. Erb (Linke) jeden kommunalpolitischen Gesichtspunkt in dieser anscheinend von einem Elektrotechniker herrührenden Vorlage vermisst.

Stadtv. Hamburger verteidigt ausführlich die Magistratsvor schläge.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird die Vorlage angenommen.

Das Randgebäude zum Abschluß des Hegelpfades soll nach seiner Errichtung an die Jubiläumstiftung für Erziehung und Unterricht vermietet und der Stiftung der Bestand des städtischen Schulmuseums überlassen werden.

Die Vorlage geht an einen Ausschuh, dessen Einsetzung Stadtv. Hallensleben (Linke), Bruns (Soz.) und Rosenow (Fr. Fr.) beauftragt.

Eine weitere Vorlage betreffend die Erweiterung des Kreises der Kriegsunterstützungsberechtigten nach Maßgabe der Bundesratsverordnung vom 21. Januar d. J. wird ohne Diskussion genehmigt.

Der Entwurf für den Neubau der Eisernen Brücke soll abgeändert werden, nachdem der Generaldirektor der Museen gegen die Rampenanlage an der Westseite des Alten Museums Einspruch erhoben hat.

Die Versammlung stimmt der Abänderung ohne Debatte zu. Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 8 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Die Unterstützung der Kriegerfamilien.

Die Berliner Stadtverordneten nahmen gestern den Bericht des Ausschusses entgegen, der sich mit der Frage einer gleichmäßigen Entscheidung über die Unterstützung von Kriegerfamilien zu beschäftigen gehabt hat. Ein Antrag, der dem bisherigen Zustand der vielbeflagten ungleichen Behandlung ein Ende machen wollte, wurde in der Stadtverordnetenversammlung vor jetzt ziemlich drei Monaten eingebracht, und der Ausschuh trat damals sofort in die Beratung ein. Die Beschlussfassung verzögerte sich aber, weil man über die Unterstützung von Kriegerfamilien eine neue Bundesratsverordnung erwarten durfte, die unter anderem auch dem Verlangen nach einer den Unterstützungskommissionen zu legenden Beschwerdebefugnis entgegenkommen würde. Nachdem inzwischen die Verordnung ergangen ist, hat die Angelegenheit sich insofern vereinfacht, als man schon in der Verwerdung einig geworden ist, einige Gewähr für ein gleichmäßiges Verfahren der einzelnen Unterstützungskommissionen sehen kann. Daß die Stadtverordnetenversammlung auf dem Verlangen des Antrages besteht, Gleichmäßigkeit herbeizuführen, das hat sie in Übereinstimmung mit dem Ausschuh gestern dem Magistrat deutlich genug durch ihre Beschlussfassung erklärt. Auch in der Debatte, die sich an den Ausschuhbericht knüpfte, waren die Redner aller Fraktionen einig über diesen Punkt.

Dagegen kam es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen über einen anderen Punkt, den unser Genosse Adolf Hoffmann, durchaus mit Berechtigung, in die Debatte hineinragte. Noch immer wartet man in Berlin darauf, daß den Kriegerkindern zu ihrer jetzigen Reichsunterstützung der Gemeindegeldzuschuß in gleicher Höhe bewilligt werden soll. 750 M. zahlt jetzt das Reich, aber Berlin gibt nur 6 M. Zuschuh — und nach der gestrigen Erklärung des Stadtrats Dörflein wird man sobald nicht auf Gewährung der noch fehlenden 150 M. rechnen dürfen. Nur im Zusammenhang mit der Etatberatung, die wohl kaum vor Mitte März beginnen wird, will der Magistrat sich auf Verhandlungen hierüber einlassen, wobei er dann über den Einfluß der Familienunterstützungen auf die Finanzlage der Stadt nähere Aufklärungen zu geben gedenkt. Genosse Adolf Hoffmann nannte diese Antwort des Magistrats, über deren Bedeutung niemand in Zweifel sein kann, einen kalten Wasserstrahl.

Die Redner des Freisinnigen samt Oberbürgermeister Wermuth sprachen mit befohlenen Worten von der Pflicht, ernstlich zu prüfen, wie weit die Stadt in der Uebernahme solcher Lasten gehen darf. Nachdem man lange genug immer wieder versichert hat, daß wir loszulassen im Gelde schwimmen, wird vielleicht die Bevölkerung jetzt diese Sparsamkeit des Magistrats nicht so leicht begreifen. Die Mehrausgabe von 150 M. pro Monat macht einen ganzen Sechser pro Tag, aber die Freisinnigen rechneten vor, daß daraus der Stadt eine neue Jahresausgabe von 4 Millionen Mark erwachsen würde. Als Genosse Adolf Hoffmann auf die Bedeutung für die Ernährung der Kinder hinwies und von einer Zunahme der Kindersterblichkeit sprach, entbrannte die Debatte aufs neue. Für den Magistrat ergriff hierzu Stadtmedizinalrat Weber das Wort, von unserer Seite trat ihm Genosse Wehl

entgegen. Erst in der Abstimmung glätteten sich die Wogen der Erregung.

Zu beschließen hatte die Stadtverordnetenversammlung auch über einen Magistratsantrag, der gleichfalls auf die erwähnte Bundesratsverordnung zurückgeht. Er betrifft, wie im „Vorwärts“ schon mitgeteilt wurde, die Erweiterung des Kreises der zum Empfang von Kriegsunterstützung berechtigten Personen. Die Stadtverordneten erklärten ohne Debatte ihr Einverständnis.

Eine dringende Warnung.

Das Berliner Polizeipräsidium erläßt nachstehende Warnung: Laut einer Bundesratsverordnung dürfen Anzeigen, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungsmittel aller Art, sowie rohe Naturerzeugnisse, Geiz- und Leuchtstoffe, Düngemittel oder Gegenstände des Kriegsgeschäfts angeboten werden, oder in denen zur Abgabe von Angeboten über solche Gegenstände aufgefordert wird, in periodischen Druckschriften nur mit Angabe des Namens oder der Firma sowie der Wohnung oder der Geschäftsstelle des Anzeigenden zum Abdruck gebracht werden. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können Ausnahmen zulassen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

Durch einen Sprung aus dem Fenster hat sich der 84 Jahre alte Arbeiter Paul Lange aus der Waisenstr. 2 das Leben genommen. Der Mann war seit längerer Zeit lungenseidend und hoffte nicht mehr auf Besserung. — Wegen unheilbaren Leidens hat auch der 64 Jahre alte Zimmermann August Welenberg aus der Carmen-Sylva-Straße 180 Hand an sich gelegt. Er erhängte sich mit einem Lederrücken am Kleiderständer und war auch schon tot, als man ihn auffand.

Ein großer Gelddiebstahl, bei dem den Tätern für 40—50 000 M. Waren in die Hände fielen, wurde in der Nacht zum Donnerstag auf dem Grundstück Schützenstr. 65—66 verübt. Das ausgedehnte Gebäude beherbergt mehrere große Stoff- und Tuchhandlungen, Kleidergeschäfte usw. Das Erdgeschoss und den ersten Stock an der Schützenstraße nimmt die Konfektion seiner Bekleidungswaren von J. Wolff ein. Im Erdgeschoss befinden sich die Ausstellungsräume, in denen die fertigen Waren für die Einkäufer aus aller Welt zur Schau stehen. In diese Räume drangen Einbrecher mit Nachschlüsseln oder Dietrichen ein. Sie stahlen Pelamantel, Jacketts und andere fertige Waren aller Art und schafften die reiche Beute wahrscheinlich in Säcken weg, die sie sich eigens dazu mitgebracht hatten. Darauf deutet wenigstens der Umstand hin, daß sie in den Räumen einen leeren Sack zurückließen. Dieser Sack ist auch der einzige Anhalt, der vielleicht auf die Spur der Einbrecher führen kann. Er ist „A. G. N. 44800 Berlin“ gezeichnet. Der Sack enthält noch kleine Reste von Futterleinen. Hieran scheint es, als wenn er vielleicht schon einmal in einem Produktengeschäfte verwendet worden ist. Der Wert der gestohlenen Bekleidungswaren ist noch nicht ganz sicher festzustellen. Nach den bisherigen Aufnahmen beträgt er etwa 40—50 000 M.

Einrichtung einer Omnibuslinie. Die Allgemeine Berliner Omnibus-Karren-Gesellschaft wird den Betrieb ihrer Pferdelinie 1 Rotzuber Straße—Schönhauser Tor am Sonnabend, den 19. Februar, abends, mit dem Schluß des Verkehrs bis auf weiteres einstellen.

Ein Diebstahl wurde von der Kriminalpolizei in Lichtenberg unschädlich gemacht. Ende Dezember v. J. wurden aus einem Schuppen an der Wriezener Straße in Lichtenberg für 1000 M. russischer Hanf gestohlen. Die Kriminalpolizei ermittelte den Hanf zum größten Teil bei einer Handlung in Berlin. Diese hatte ihn von einem Manne gekauft, der sich Selmermeister Bruno Wragel aus Wriezener a. D. nannte, sich mit einer Quittungsscheine der Invalidenversicherung auswies und erzählte, daß er den Rohstoff wegen Einschränkung des Betriebes verkaufen wolle. Die Nachforschungen nach diesem Wragel blieben zunächst erfolglos. Dann gelang es aber doch, ihn festzunehmen. Bei ihm fand man jetzt noch 20 Puppen Kolonialhanf und 17 Knäuel ungestrichenen Bindfadens. Auch diese Sachen hat er ohne Zweifel gestohlen. Es ergab sich, daß der angebliche Selmermeister aus Wriezener ein gewerbsmäßiger Selmerwarendieb ist, der seine Beute unter der Maske eines harmlosen Mannes zu verkaufen veruchte. In seinem Betriebe hatte er auch einen Handwagen gestohlen, mit dem er die Sachen wegschaffte und später seinen Kunden zuführte. So er den Kolonialhanf und den Bindfaden erbeutet hat, weiß man noch nicht.

Das Opfer eines Brandunglücks ist das 1 1/2 Jahre alte Söhnchen Walter des Ingenieurs Edinger aus der Reissstr. 10 zu Wittenau geworden. Frau Edinger hatte in der Waschküche zu tun, während ihr Söhnchen im Bett lag. Auf einem Tisch vor dem Bett stand ein Nachtlampchen. Der Kleine, der unruhig wurde, zog das brennende Lampchen zu sich ins Bett. Als die Mutter zurückkehrte, brannte das ganze Bettzeug. Mit Hilfe von Nachbarn löschte sie die Flammen, nachdem sie den Knaben aus dem Bett herausgeholt hatte. Er hatte sich aber am ganzen Körper schon schwer verbrannt und mußte nach dem Paul-Gerhardt-Stift gebracht werden. Hier starb er gestern an den Folgen der Verletzungen.

Verhaftung einer „weisen Frau“. Das Opfer eines unerlaubten Eingriffs ist die Ehefrau Margarete Kleindienst aus der Prinzenallee 48 in Friedrichsfelde geworden. Frau K. hatte, während ihr Ehemann im Felde stand, mit einem anderen Manne ein Liebesverhältnis unterhalten, das nicht ohne Folgen geblieben war. Als ihr Mann ihr mitteilte, daß er demnächst auf Urlaub kommen würde, nahm die K. die Hilfe einer Frau in Anspruch, um die Folgen ihres Fehltritts beseitigen zu lassen. Nach dem unerlaubten Eingriff erkrankte sie jedoch so schwer, daß sie das Elisabeth-Krankenhaus in Oberschönhauser aufsuchen mußte, wo sie unter großen Schmerzen starb. Kurz vor ihrem Tode hatte Frau K. den Namen der „weisen Frau“ genannt, worauf letztere verhaftet wurde.

Was heut noch möglich ist!

Reiche Beute konnte in Gladow eine Zigeunerin machen, die schon mehrfach erfolgreiche Waghspiele erlitten hatte und die Gutmütigkeit anderer mißbrauchen konnte. Bei einem jungen Mädchen erbot sie sich zum Wahrsagen. Die Waghgeier, die über ihre Zukunft manderlei erfahren wollte, willigte ein. Zuerst verlangt die Zigeunerin bares Geld, das sie zum Segnen und Weisseien — wie sie sich ausdrückte — brauchte. Da die Vertrauensvolle kein Kleingeld hatte, mußte sie 70 M. in Scheinen dazu hergeben. Die Wahrsagerin versprach in 14 Tagen mit dem Gelde wiederzukommen. Dadurch, daß sie auch wieder erschien, hatte sie gewonnenes Spiel und besch unbedingtes Vertrauen. Beim zweitenmal wurde sie anspruchsvoller. Sie verlangte der Reuegierigen, daß sie einen Trauersack zu erwarten habe und damit alles gut ablaufe, mußte sie ihr das ganze Bargeld anvertrauen. Natürlich machte sie auch allerlei Schmeicheleinreden und schließlich rügte das Mädchen auch noch 500 M. Erpressung heraus, die die Zigeunerin sofort an sich nahm. Auch die zurückgebrachten 70 M. forderte sie zurück und versprach baldige Rückkehr nach Friedigung aller Gebete und Versprechungen. Was heute liegt sich aber die Gaunerin nicht mehr bilden, denn nun hatte sie, was sie wollte. Der Beschädigten wurde das Verbrechenalbum vorgelegt und daraus glaubte die Geperkte eine gewisse Franz wiederzuerkennen, die in Potsdam schon einmal mit ihren Wahrsagerin und Hausbesitzerin eine Räuberin betört hatte. Damals hatte man die für harmlos gehaltene Schwindlerin nach der gerichtlichen Verurteilung laufen lassen.

Als Leiche gefunden. In Sitzen, beobachtet einige Raucher, wie ein Mann von der Eisenbrücke in die Gabel sprang und in den Wellen versank. Vor kurzem wurde eine männliche Leiche am Ufer auf der Babelsberger Parkseite gefunden, und den Ermittlungen gelang auch die Personalfeststellung. Es handelt sich um den Berliner Kantinenpächter S. Wache aus der Blücherstraße 26. Durch seine Ehefrau konnte zweifelsfrei der Tote erkannt werden.

Aus den Gemeinden.

Fleischkarten in Charlottenburg.

Die Stadt verkauft bereits seit Dreiviertel Jahren an ihre Einwohner Schweinefleisch; zuerst geräuchertes und gepökeltes Schweinefleisch, später daneben auch Gefrierfleisch und seit einer Reihe von Wochen auch frisches Schweinefleisch. Der Verkauf findet in 27 über das ganze Stadtgebiet verteilten Fleischläden statt. Preise und Mengen des an den einzelnen Käufer abzugebenden Fleisches sind vom Magistrat vorgeschrieben. Bisher konnte der Einkauf gegen Vorzeigung einer bei den Brotkommissionen ausgestellten Lebensmittelliste erfolgen. In seiner heutigen Sitzung hat der Magistrat die Einführung besonderer Fleischkarten beschlossen, die am Sonnabend, den 26. Februar in Kraft treten. Von diesem Tage ab können nur diejenigen Charlottenburger Einwohner in den städtischen Verkaufsstellen Fleisch erhalten, die eine Bezugskarte für frisches Fleisch und Fettwaren vorzeigen. Die Karte ist nicht übertragbar. Um einem Mißbrauch durch Uebertragung vorzubeugen, kann neben dieser Bezugskarte auch die Vorzeigung der Lebensmittelliste gefordert werden. Die Fleischkarte berechtigt zum Bezug von wöchentlich 2 Pfd. Fleisch oder 1 Pfd. Fleisch und 1 Pfund Fett. Die wöchentlichen Mengen sind auf vier Abschnitte verteilt, die als Ausdruck die Gültigkeitsdauer des Abschnitts und die entsprechende Fleisch- oder Fettmenge tragen. Eine Fleischkarte reicht aus zum Fleischbezug für sechs Wochen. Beim Fleischkauf werden die entsprechenden Abschnitte abgetrennt. Die Fleischkarten werden in der zuständigen Brotkommission von Montag, den 21. Februar ab gegen Vorzeigung einer Legitimation (Wiedertrag, Steuerquittung, Invalidenkarte, Unterstützungsliste für Kriegerverwandte und dergleichen) ausgegeben. Die Verteilung der Fleischkarte erfolgt also nicht durch die Hausbesitzer, sondern jeder, der eine Fleischkarte haben will, muß sich mit einer Legitimation selbst an die Brotkommission wenden.

Städtischer Reisverkauf in Schöneberg.

Der Magistrat bringt im Februar noch einen beschränkten Vorrat von gutem, glasiertem Reis zur Verteilung. Der Verkauf erfolgt gegen Abgabe der auf je 1 Pfund lautenden Reisscheine zum Preise von 75 Pf. für das Pfund. Die Reisscheine werden von den Brotkommissionen ausgegeben. Bis zum 24. Februar werden nur diejenigen Haushaltungsangehörigen berücksichtigt, die bei der ersten Reisverteilung keine Scheine erhoben haben.

Für die minderbemittelte Bevölkerung findet im März eine dritte Reisverteilung statt.

Kartoffelverkauf in der Gemeinde Treptow.

Die Gemeinde verkauft die von ihr beschafften Kartoffeln in zwei eigenen Verkaufsstellen und in sechzehn über den ganzen Ort verteilten Privatgeschäften. Der Verkauf in der Gemeinde-Verkaufsstelle Cecilienstr. 6 findet Mittwochs und Sonnabends von 8—1 und in der Verkaufsstelle Pfefferstr. 10 Montags und Donnerstags von 8—1 Uhr statt.

Auch beim Kartoffelverkauf sind die von der Gemeinde ausgegebenen Lebensmittellisten vorzulegen und werden mit einem Bemerkt über den Verkauf versehen. Pro Kopf und Woche dürfen nicht mehr als 10 Pfd. abgegeben werden.

Die amtlichen Verkaufsstellen, in denen die übrigen Lebensmittel vertrieben werden, Samskulenstr. 33 und Wildenbruchstr. 54 sind künftig wie folgt geöffnet:

Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 8 bis 3 Uhr und Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 12 Uhr und von 5—8 Uhr.

Gemeindevahlen in Steglitz.

Durch Bekanntmachung des Gemeindevorstandes werden die diesjährigen Gemeindevahlen auf den 1., 2. und 3. März anberaumt. Zu wählen sind im ganzen 11 Gemeindevorordnete, von denen entsfallen: auf die III. Klasse 3, auf die II. Klasse ebenfalls 3 und auf die I. Klasse 5. Die III. Klasse ist in zwei Wahlbezirke geteilt, von denen der erste Bezirk einen, der zweite Bezirk zwei Vertreter zu wählen hat. Von den zu wählenden 11 Vertretern müssen sieben „Angesehene“ sein, während vier „Nichtangesehene“ sein können; diese letzteren verteilen sich gleichmäßig auf die I. und II. Klasse, so daß die III. Klasse diesmal nur Angesehene zu wählen hat, obwohl die Wähler selbst in ihrer Gesamtheit zu den Nichtangesehenen zählen. Auf Beschluß der Gemeindevertretung ist für das Jahr 1916 von der Neuaufstellung der Wählerlisten abgesehen worden. Die Wahlen finden also auf Grund der im Januar 1915 aufgestellten Listen statt; d. h. nur derjenige kann an der Wahl teilnehmen, der bereits im Januar 1915 in Steglitz wohnte oder zu dieser Zeit gewohnt hat. Abweichend von der früheren Uebung werden diesmal Ausweisarten nicht zugefandt. Jeder Wähler muß deshalb einen Ausweis mitbringen, z. B. den Mietvertrag oder den Steuerzettel.

Von den vier Vertretern der Arbeiterklasse in der Gemeindevertretung scheidet Genosse Hamburg durch Ablauf seiner Wahlperiode aus.

Beschluß des Wahlvereins Treptow-Baumschulweg.

In dem von uns vor einigen Tagen wiedergegebenen offiziellen Bericht des Treptower Wahlvereinsvorstandes ist der dort angenommene Beschluß nur in verkürzter Form mitgeteilt. Auf Wunsch dortiger Parteigenossen bringen wir jetzt den Beschluß, der gegen fünf Stimmen angenommen wurde, in vollem Wortlaut. Er lautet: Die Mitglieder des Wahlvereins Treptow-Baumschulweg erklären sich mit der Abstimmung der 20 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zu den Kriegskrediten vom 21. Dezember einverstanden. Sie können in der Stellungnahme der Zwanzig zu den Kriegskrediten, womit sie sich nur konsequent an die Beschlüsse des Parteitagess hielten, nicht den Versuch der Parteipaltung oder gar des Disziplinbruchs erblicken, sondern betonen, daß sich diese Vertreter der arbeitenden Klasse auf den allein richtigen Standpunkt stellen, den Sozialdemokraten zum Kriege einzunehmen haben. Mit dieser Stellungnahme sind die Zwanzig lediglich dem Parteitag, nicht aber einer Fraktionsmehrheit oder dem Parteivorstand verantwortlich.

Weiter erklären die Versammelten, daß die Vorstehendenzusammenkunft vom 30. Januar nicht kompetent dazu war, ein öffentliches Urteil über die Haltung des Abgeordneten des Kreises in der Frage der Kreditbewilligung abzugeben. Dazu sind nur die Wähler des Abgeordneten berechtigt.

Die Ansicht der Parteimitglieder kann nur zum Ausdruck kommen durch eine der Stärke der einzelnen Organisationen entsprechende Anzahl von Delegierten. Der einzig richtige Weg, in diesem Sinne den Willen der Parteigenossen zum Ausdruck zu bringen, ist eine in Kürze einzuberufende Kreisgeneralversammlung, nicht aber eine Zusammenkunft der Vorstehenden der Wahlvereine unter dem Protektorat der Kreisvereinssekretäre.

Die Versammlung protestiert darum entschieden gegen die öffentliche Stellungnahme der Vorstehendenkonferenz in dieser strittigen Frage.

Die Versammlung wendet sich weiter gegen die die Öffentlichkeit irreführende Berichterstattung über die Konferenz vom 30. 1. 1916 in Nr. 31 des „Vorwärts“ vom 1. Februar.

Was den von uns veröffentlichten Bericht betrifft, so haben wir den von der Organisationsleitung dem Pressebureau übermittelten Bericht benutzt.

Der kommunale Kartoffelverkauf in Nowatze,

der bisher im Freien auf dem Rathausgrundstück stattfand, ist jetzt in die Turnhalle in der Schornhorststraße verlegt worden. Die Abgabe der Kartoffeln erfolgt dort in der Zeit von 2 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends, und zwar bis zu einem Zentner und nur gegen Vorlegung der im Rathaus erhältlichen Ausweisarte. Damit ist die Gemeinde einem Teil der Wünsche, die der Wahlverein in der vor einigen Tagen an sie gerichteten Petition ausgesprochen hatte, nachgekommen.

Gerichtszeitung.

Der „Scherz“ eines Schuttmanns.

Vor der 136. Abteilung des Schöffengerichts stand gestern der Schuttmann Ritulla unter der Beschuldigung des Diebstahls. In der Nacht zum 12. November hörte der Angeklagte, der Unter den Linden Straßen dienst hatte, aus dem Café Schön, Unter den Linden, noch um 1/2 12 Uhr lustige Stimmen herausklingen. Er ging deshalb in das Lokal und traf die beiden Brüder Schön und eine Frau Raba an einem mit einem Blumenkorb geschmückten Tisch an. Auf die Frage des Angeklagten erklärte ihm Herr Hans Schön, daß sein Bruder Felig Geburtstag habe und es darauf zurückzuführen sei, daß sie noch im Lokale weilten, während die Gäste schon längst sich verabschiedet hätten. Der Angeklagte war damit zufriedengestellt, er trat an den Tisch und ließ sich in ein heiteres Gespräch ein und lehnte auch eine ihm dargebotene Geburtstagskarte nicht ab. Während der kurzen Unterhaltung hatte sich Frau Raba auf wenige Minuten nach dem Kofettraum entfernen müssen; als sie wiederkam, fand sie den Schuttmann nicht mehr anwesend, sie vernahm aber auch ihre silberne Handtasche, die dicht an dem Blumenkorb auf dem Tisch gelegen hatte. Der Angeklagte hatte sich schnell entfernen müssen, weil ihn ein Kollege mit der Bemerkung, daß die Ablösung da sei, herausgerufen hatte. Nach der silbernen Handtasche, die einen Wert von 90 M. hatte, wurde vergeblich gesucht, schließlich kam man zu der Ueberzeugung, daß sie der Schuttmann Ritulla mitgenommen haben müsse. Hans Schön erinnerte sich auch, daß er eine verdächtige Handbewegung des Angeklagten wahrgenommen hatte und so ging er denn Schornstr. zur Wache, mit der Absicht, die Sache als einen unpassenden Scherz zu behandeln und auf diese Weise leichter wieder in den Besitz der Tasche zu kommen. Auf der Wache traf er den Angeklagten an, er suchte ihn in jovialer Weise um die Herausgabe der Tasche, die er auch ohne weiteres zurückließ, wobei Ritulla bemerkte, daß er sich nur einen Spaß habe machen wollen und nur dadurch an der sofortigen Rückgabe der Tasche verhindert worden sei, daß ihm sein Kollege das Erscheinen der Ablösung gemeldet habe. Diesen Standpunkt vertrat der Angeklagte auch vor Gericht und berief sich auf zwei Kollegen, die bekundeten, daß er auf der Wache auch schon zum Spaß Sachen habe verschwinden lassen, die dann alsbald wieder zum Vorschein gekommen seien. — Der Anwalt wollte aber den hier angeblich beachteten „Spaß“ nicht gelten lassen und beantragte die Bestrafung wegen Diebstahls zu 6 Wochen Gefängnis. Auch der Gerichtshof verurteilte sich nicht zu der Ansicht darzulegen, daß der Angeklagte, der die Inhaberin der Tasche gar nicht und die Gebrüder Schön doch nur oberflächlich kannte, sich einen so frevelhaften „Scherz“ habe erlauben können; er hielt den Angeklagten des Diebstahls schuldig und verurteilte ihn zu sechs Wochen Gefängnis.

Die liebe Eitelkeit.

Unter der Anklage des Betruges, des unbefugten Tragens einer Uniform und der unbefugten Anklage eines Ordenszeichens stand der Zivilingenieur Emil Unstädt gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II. Das Schöffengericht hatte ihn wegen des Betruges zu 30 M. Geldstrafe und wegen der beiden Uebertretungen gegen § 360 a. 14 Tagen Haft verurteilt. Nun stand Unstädt in der Verurteilung an. Der Angeklagte hat als Unteroffizier der Reserve im Felde gestanden und von dort aus bei einem hiesigen Militärfestengeschäft eine Uniform bestellt, wobei er angab, er sei Offizier-Stellvertreter und Feldwebellieutenant. Der Angeklagte ist seinerzeit nach Ueberwindung einer Ruhrkrankheit als dienstuntauglich entlassen, er spazierte aber trotzdem noch weiter in der Uniform umher und hatte diese sogar mit dem Bande des Eisernen Kreuzes zweiter Klasse geschmückt. Vor Gericht wollte er seine Verurteilung dazu daraus herleiten, daß ihm ein Landwehrmann gesagt habe, er sei für das Eiserne Kreuz vorgeschlagen. — Der Verteidiger beantragte die Aufhebung der Strafe wegen Betruges und die Umwandlung der Haftstrafe in Geldstrafe; der Angeklagte habe sehr gute militärische Zeugnisse und sei, ohne Vermögensverhältnisse damit anzustreben, wohl nur das Opfer seiner Eitelkeit geworden. — Die Strafkammer sprach den Angeklagten vom Betruge frei und verurteilte ihn im übrigen zu 140 M. Geldstrafe eventl. 14 Tagen Haft.

Aus aller Welt.

Sturmschäden.

Gewaltige Stürme haben Mittwoch abend und Donnerstag nacht in verschiedenen Gegenden des Reiches gewütet und vielfach großen Schaden angerichtet. Im Rhein- und Maingebiet wurden Gebäude, Wadungen und Telefonleitungen beschädigt. Auf der Strecke Mainz-Worms wurden 50 Doppelgestänge Fernleitungen zerstört. Wegen hohen Wellenganges ist die Rheinschiffahrt unterbrochen. Oberrhein, Neckar und Main steigen rasch. — In Süddeutschland hat ein von Regen, Hagelböen und Gewittererscheinungen begleiteter orkanartiger Weststurm ernsthafte Schäden verursacht. Vielerorts wurden Häuserdächer weggerissen, Bäume entwurzelt und Drahtleitungen zerstört. In Grünwinkel bei Karlsruhe wurde der Kirchturn umgerissen. — Ein heftiger Südweststurm hatte auch in der Danziger Bucht eingesetzt und die Schifffahrt gefährdet. An der Halbinsel Hela ist ein Fischkutter gestrandet. Die Besatzung konnte gerettet werden. Ein Motorboot, der Mittwochabend Hela verlassen hatte, um nach Stolpmünde zu fahren, ist bisher dort nicht eingetroffen. Es wird befürchtet, daß er ein Opfer des Sturmes geworden ist. — Ein schweres Unglück trug sich Mittwoch unterhalb der Halbbrücke in Alt-Wänden (Sachsen) zu. Dort waren in der Nähe des Flusses der 70jährige Arbeiter Wilhelm Probst mit seinem etwa 35jährigen Sohne mit Fischen beschäftigt. Bei dem gegen 1/2 12 Uhr abends einsetzenden heftigen Sturm stürzte eine in ihrer Nähe stehende große Pappel um und fiel mit solcher Wucht auf die beiden Menschen, daß der alte Mann sofort getötet wurde, während dem Sohn beide Beine zerschlagen wurden.

Neue Sturmflutüberschwemmungen in Hamburg. Mittwochabend hat eine neue Sturmflut das Hamburger Gebiet mit Hochwasser und Ueberschwemmungen bedacht. Ein starker Orkan, der nachmittags eingesetzt hatte, steigerte sich andauernd und trieb den Wasserstand in Hamburg bis auf über sieben Meter. In der Stadt überflutete das über die Ufer getretene Wasser des Hafens die in der Nähe gelegenen Straßen und trat in die Keller, aus denen die Bewohner flüchten mußten. Zahlreiche losgerissene Fahrzeuge trieben führerlos auf der Ebbe umher. Die Feuerwehr war ununterbrochen tätig, um das Wasser aus den Kellern zu pumpen. Morgens ging das Wasser zurück. — In Altona war das Hochwasser in die Maschinenräume eines Elektrizitätswerkes gedrungen, was den Stillstand des Betriebes zur Folge hatte. Die Straßenbahn

konnte erst morgens 9 Uhr in der gewohnten Weise verkehren. Menschenleben waren, soweit bekannt, nicht gefährdet. — In Gladstadt richtete der starke Seegang im Außenhafen großen Schaden an. Die Mole ist zerstört.

Ein Nahrungsmittelfälscher schlimmster Art

wurde dieser Tage von der Strafkammer in Kassel zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre und einer Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt. Der Angeklagte, Wahlenbesitzer August Winter aus Wolfshagen, hatte am 14. Dezember 1914 200 Zentner schwefelsauren Kalk bezogen und ihn unter das Mehl gemischt. Die Mehle und Brote wiesen 2,9 bis zu 6,55 Prozent Gips, die Kleie bis zu 22,7 Prozent Gips auf. Bei einer Hausführung in der Wille des Beklagten im Mai vorigen Jahres wurden von den 200 Zentnern des angeklagten Futterkalkes noch 102 1/2 Zentner vorgefunden. Nach dem Gutachten des sachverständigen Chemikers war der angeklagte Futterkalk gewöhnlicher billiger Gips, dessen Genuß bei Menschen und Tieren schwere Gesundheitsstörungen herbeiführen kann.

Mord in Posen. Mittwoch früh wurde in Komdors bei Posen, wie die „Deutsche Presse“ meldet, die Witwe Ottilie H. in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Vermutlich liegt Mordmord vor. Die Ermordete hatte tags zuvor von der Kreisfasse in Strelno eine Nachzahlung der Witwen- und Waisenpension in Höhe von 500 M. erhoben.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 457 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Gonduernments Gdn und Wille.
Infanterie usw.: Garde: 4. Garde-Reg. z. F. (f. Garde-Gren.-Reg. Augusta) u. 5. Garde-Reg. z. F.; 7. Garde-Inf.-Reg.; 1. Garde-Reg.-Reg.; Garde-Gren.-Regiment Alexander (f. auch Inf.-Inf.-Reg. Nr. 213), Franz, Elisabeth, Augusta; Garde-Fuß.-Reg. (f. auch Inf.-Inf.-Reg. Nr. 213); Garde-Landst.-Inf.-Bataillone Döberitz und Bünsdorf. Gren., bezw. Inf.-Reg. Nr. 1, 2, 3, 6, 7, 31, 32, 34 bis einschl. 37, 39, 40, 41, 42 (f. auch Linienkommandantur X Stettin), 43, 59, 70, 75 (f. Inf.-Inf.-Reg. Nr. 213), 89, 90, 91, 93 bis einschl. 98, 110 bis einschl. 113, 115 bis einschl. 118, 128, 131, 132, 135 bis einschl. 138, 140, 142, 144 bis einschl. 151, 153 bis einschl. 157, 164 (f. Inf.-Inf.-Reg. Nr. 91). Inf.-Inf.-Regiment Nr. 1, 5 bis einschl. 8, 31, 34 (f. Inf.-Inf.-Reg. Nr. 213), 35, 36, 37 (f. auch Inf.-Inf.-Reg. Nr. 213), 40, 61, 69, 90 bis einschl. 94, 98, 99, 109, 111, 116, 118, 201 (f. Inf.-Inf.-Reg. Nr. 213), 213, 214, 258 (f. Inf.-Inf.-Reg. Nr. 259), 259, 265. Landw.-Inf.-Regiment Nr. 2, 31, 34, 39, 55 (f. Inf.-Inf.-Reg. Nr. 213), 110, 116, 118. Landw.-Gr.-Inf.-Reg. Nr. 2. Landw.-Gr.-Bataillone Nr. 9 und 13 (beide f. Landw.-Gr.-Inf.-Reg. Nr. 2). Landst.-Inf.-Bataillone: Königsberg i. Pr., 3. Pionier, Reusfahrwasser, Reusdorf i. W.-Pr., 1. Reusfreib., 4. Posen, 2. Kaschau, 1. Schlawa, 1. Schroda, 2. Stolp, 1., 2. und 3. Tilsit, 2. I und 2. II Trier, 3. und 4. Trier, 1. und 3. Wahn, XI. 32. Landst.-Inf.-Bataillone: 3. Krosen, 3. Heidelberg, 1. Metz, 3. des 15. Armeekorps (Oberhofen), 4. Kaschau, 5. des 7. Armeekorps (Genne), 20. des 7. Armeekorps (Straßmoos), Straßmoos, 1. und 2. des 15. Armeekorps (Straßburg i. G.), 14. des 4. Armeekorps (Torgau), Treuenbriegen, 1. Wehlar, 9. des 4. Armeekorps (Wittenberg). Landst.-Inf.-Ausbildungsbataillone: 1. St. Avold und Zarnowitz. Garnison-Ausb. Löben. Etappen-Sammelfomp. Nr. 19. Jäger-Bat. Nr. 6. Unteroffizierschule Potsdam. Feldartillerie: Regiment Nr. 11, 16, 19, 21, 30, 34, 36, 56, 67, 71, 73, 74, 100, 112, 223; Ref.-Regiment Nr. 10, 18, 59. Fußartillerie: Regiment Nr. 9 und 18; Bat. Nr. 52; Landwehr-Bat. Nr. 11; Fußartillerie-Batterie Nr. 215. Pioniere: III. Garde-Bat. Regiment Nr. 20, 24, 29; Bataillone: I. Nr. 2, I. Nr. 6, II. Nr. 15, I. und III. Nr. 16; Ref.-Bat. Nr. 33; Pionier-Kompagnien Nr. 252, 268, 303; Ref.-Kompagnien Nr. 82 und 89; 1. Landw.-Komp. des 8. Armeekorps. Pionier-Kompagnien Nr. 20, 33, 192 L, 230; Mittlere Pionier-Komp. Nr. 153; Pionier-Kompagnien Unterlieh. Verkehrstruppen: Bataillonekommandanturen Küttich und X. Feldjägertruppe. Train: Gr.-Abt. der Train-Abt. Nr. 1. Train-Abteilungen Nr. 5 (f. San.-Komp. Nr. 2 des 5. Armeekorps) und 21. Probantkolonne Nr. 1 der 52. Inf.-Div. Magazin-Fuhrparkkolonnen Nr. 53 und 174. Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 5. Armeekorps. Freiwillige Krankenpflege. Fortifikationen und Armierungs-Formationen: Fortifikationen Königsberg i. Pr. und Löben West. Armierungs-Bataillone Nr. 28 und 93.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 254, deren Inhalt gestern mitgeteilt wurde, wird veröffentlicht.

Die württembergische Verlustliste Nr. 346 enthält Verluste der Inf.-Regiment Nr. 120, 121, 125; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 119, 120, 121, 246, 247, 248; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 119, 120, 122, 126; 1. Landst.-Inf.-Bat. Stuttgart; Landst.-Inf.-Bat. Ehlingen; Radfahrer-Komp. Nr. 1; Landw.-Feldart.-Reg. Nr. 1; Feldart.-Reg. Nr. 29; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 54, 2. Feld-Pionier-Komp.; 3. Ref.-Pionier-Komp.; 3. Landw.-Pionier-Komp.; 4. Feld-Pionier-Komp.; Pionier-Komp. Nr. 116; Verluste durch Krankheiten; Verletzungen früherer Verlustlisten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ständort. 5. IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Quittzettel und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommensentrichtung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. Nr. 35. 1. Unterstützung für das Bündel wird dort gezahlt, wo dieses seinen Aufenthalt hat. Wie hoch die Unterstützung ist, können wir Ihnen nicht angeben, da Sie den Ort nicht genannt haben. Die monatliche Unterstützung beträgt 7,50 M., dazu kommen die kommunalen Zuschläge. 2. Der Antrag ist in Berlin bei der Steuerkasse zu stellen, unter Vorlegung der Beurkundung über die Anerkennung der Vaterchaft. — Anna 77. Ihr Mann hat Anspruch auf Invalidenrente. Unter Einreichung seiner Ausweiskartenbescheinigungen und der letzten Quittungsscheine soll er einen solchen Antrag beim Versicherungsamt, Klosterstr. 67 stellen. — G. 100. Ja. — Gude 100. Die Eltern müssen Sie abgeben. Sie können aber vom Vat. Erbg. verlangen. — G. 1. Lichtenberg 7. Diese Gegenstände werden von Ihnen nicht eingeliefert. — C. D. 111. 1. Da die Finsen in Höhe von 25 M. tatsächlich zu dem Einkommen gehören, so müssen sie mit angegeben und versteuert werden. 2. Ja. — W. W. 110. Nein. — G. 3. 3000. Wenn wir Ihnen einen Rat geben dürfen, machen Sie es so wie wir und werfen Sie anonyme Schreiben in den Papierkorb. — R. 84. 1. Ja. 2. Eventuell durch Klage beim Gericht. 3. Wahrscheinlich ist die Klage beim Landgericht anhängig gemacht. Die Mutter muß dort zu ihrer Vertretung einen Anwalt haben. Sie selbst können sie nicht vertreten. — G. 24. 13. Sie müssen doch zunächst Antrag auf Unterstützung bei der Steuerkasse stellen und zwar unter Einreichung des von Ihrem Name eingegangenen Unterstützungsscheins. — R. 8. 4. Nein. — Bu. 39. Nein. — G. 7. Es ergibt in diesem Falle Verjährungs-Urteil. — Argonnen. 1. Ja. 2. Auch der kriegsgetrauten Frau steht Unterstützung zu, allerdings nur, wenn die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit vorliegt. — G. 6. 100. Sie werden den von der Firma gebildeten erhöhten Preis zahlen oder auf die Zulassung verzichten müssen. — W. R. 12. Sie haben selbstverständlich Anspruch auf Aufwandsentschädigung. Stellen Sie sofort den Antrag bei der Polizei.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit wiederholten Regen-, Schnee- oder Graupelschauern; Temperaturen durchgänglich wenig verändert.